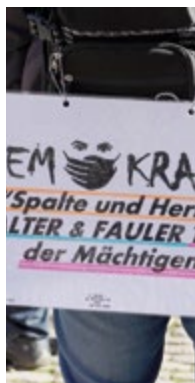


inform



AKSB-Jahresbericht 2021

Geleitwort Gunter Geiger	4
Editorial Dr. Karl Weber	5



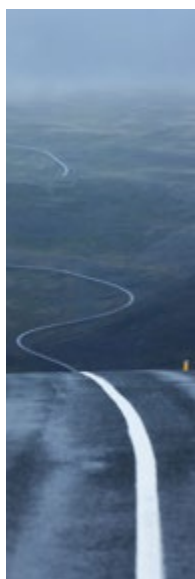
Libérale Demokratie und politische Bildung	6
---	----------

Prinzipien und Werte der Demokratie von der Pike auf lehren	6
Die Debatte um ein Demokratiefördergesetz ist nicht vom Tisch	7
Verschwörungserzählungen fordern die Gesellschaft auf allen Ebenen heraus ...	10
Gefährdetes Grundvertrauen: Es geht um mehr, als Brände zu löschen	12
Zwischen Vertrauen und Entfremdung: das Verhältnis der Deutschen zur Bundeswehr	13
Darüber sprechen, was verbindet: persönliche Fluchtgeschichten gestern und heute	16



Nachhaltige Entwicklung und politische Bildung	18
---	-----------

Die Klimakrise – auch eine Modernisierungschance für die politische Bildung	18
Nachgehakt: Sind Fridays for Future ein Thema bei der Arbeit mit Gesamtschul-SVen?	21
Für jeden gibt es einen Begriff von Nachhaltigkeit, der für ihn persönlich wichtig ist	22
Verzweiflung und Hoffnung, Solidarität und Enttäuschung liegen nah beieinander	24
Eine lokale Gemeinschaft aufzubauen, heißt, gemeinsam Zukunft zu gestalten..	26
Langer Atem gefordert: Nachhaltigkeit nachhaltig gestalten	27
Mit den Menschen über das sprechen, worauf es für sie im Umbruch ankommt	28



Die Profession der politischen Bildung	30
---	-----------

Raus aus der binnenkirchlichen Lähmung, rein in die gesellschaftlichen Fragen	30
Wo sind die Menschen, die für eine solidarische Gesellschaft brennen?	32
An den Erfahrungen, Fähigkeiten und Stärken anzusetzen, passt absolut in die heutige Zeit	34
Nachgehakt: Wieviel Oskar Negt steckt drin, ohne dass es draufsteht?	35
Wir müssen an einer offenen, demokratischen und wohlwollenden Gesellschaft interessiert sein	36
Auf dem Weg zu echter politischer Teilhabe sind noch viele Barrieren zu beseitigen	38
Den eigenen Rassismus zu erkennen und zu überwinden, ist eine gewaltige Herausforderung	40
Erweitert im Fokus, stringent in der Methode	41
Die Qualität der politischen Bildung in der Trägerlandschaft weiter steigern	42



Bestmöglich Erfahrungsräume für politisches Handeln erschließen	43
Die Jugendbeteiligung auf europäischer Ebene forcieren und vertiefen	44
Netzwerke wiederbeleben und neu beatmen	45
Auch junge Menschen haben ein Recht auf politische Bildung	46
Digitalität prägt immer stärker Gegenstand und Methodik der politischen Bildung	47



Regularia des Jahresberichtes 2021	48
Strategien, Entwicklungen, Personalia: Bericht des AKSB-Vorstandes	48
Bundesweite Zusammenarbeit	50
Von Daten zu Qualität: Der Weg ist weiter, als man denkt	51
AKSB in Zahlen	52
AKSB-Mitglieder	53
AKSB im Überblick 2021	54
Termine	56

Impressum und Bildnachweise

Hrsg.: AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Bonn.

Erscheinungsdatum: November 2021

© 2021 AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Heilsbachstr. 6, 53123 Bonn.

Gefördert vom



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Auflage: 1.000 Exemplare

ISSN: 0937-8383

Verantwortlich: Dr. Karl Weber

Redaktion: Thomas Hohenschue, Claudia Krupp

Grafische Gestaltung: deus werbung, Scheidter Straße 23, 42653 Solingen.

Gesamtherstellung: DCM Druck Center Meckenheim GmbH, Werner-von-Siemens-Str. 13, 53340 Meckenheim.

Bildnachweise: Internationales Begegnungszentrum Sankt Marienthal, Ostritz, AdobeStock/Good Studio, Montage deus werbung (Titelbild), imago/Geisser (S. 11), pixabay.com (S. 4, 8, 13, 18, 20, 31, 33, 44, 48, 50), Ute Haupts (S. 5), Ulla Schmidt (S. 6), Gordon Welters (S. 10), SFVV (S. 16, 17), Franziskanisches Bildungswerk (S. 21, 39, 43), Haus Wasserburg (S. 22), Mona Hecker (S. 24, 25), Thomas Hohenschue (S. 26, 27), Demokratiewerkstatt Stolberg (S. 28), Jakobushaus Goslar (S. 36), Caritas-Pirckheimer-Haus Nürnberg (S. 38), Irina Wistoff (S. 42), unsplash.com/ Anna Samoylova (S. 46)

Das Copyright für die Porträtfotos liegt bei den entsprechenden Institutionen und Organisationen.



Geleitwort

Liebe Leserinnen und Leser,

an welchen Themen ist die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in Deutschland dran? Wo fühlt die AKSB sich herausgefordert? An welchen gesellschaftlichen und politischen Zukunftsaufgaben arbeiten der Dachverband und seine Mitgliedsorganisationen mit?

Antworten auf diese Fragen gibt Ihnen die vorliegende Ausgabe des *AKSB-inform*. Sie stellt zum einen die Transparenz her, die einer Organisation, die öffentliche Gelder verwaltet und nutzt, gut zu Gesicht steht. Zum anderen aber geben wir Einblick in aktuelle Debatten und Suchbewegungen.

Mir persönlich gefällt dieser lebendige Austausch von Expertise und Positionen. Er ist kein Selbstzweck, sondern dient dem gesellschaftlichen und kirchlichen Auftrag, der an uns als katholisch-soziale Bildungswerke gestellt ist: mittendrin zu sein in dem, was wichtig für heute und morgen ist.

Schauen Sie bitte selbst! Ob es die Bekämpfung des Klimawandels ist oder die Bearbeitung drängender Herausforderungen der Demokratie, in unserer Bildungsarbeit unterstützen wir zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse und begreifen uns selbst als Akteure, die sich mit aufmachen müssen.

Mich persönlich als Direktor einer katholischen Akademie treibt noch ein Gedanke um. In dem, was wir in der AKSB tun, steckt auch Kirche drin. Sie zeigt hier ein menschenfreundliches Gesicht, ist in ihrer Sprache und ihrem Dialogangebot gesellschaftlich anschlussfähig, vernetzt sich mit vielen.



Das ist für mich ein Hoffnungszeichen, denn ich habe Kirche immer als ein Angebot der Menschen verstanden, ihr Leben mit einer wertebezogenen Haltung zu gestalten. In dieser Rolle sehe ich unsere Mitgliedsorganisationen, wohl wissend um den schweren Schatten, der auf unserer Kirche liegt.

Ich lade Sie herzlich ein, das kennenzulernen, was die AKSB im Jahr zwei der Pandemie besonders beschäftigt hat und beschäftigt. Natürlich gäbe es noch viel mehr zu erzählen. Bitte suchen Sie gerne das Gespräch mit dem Dachverband und seinen Mitgliedsorganisationen über das, was Sie bewegt.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr
Gunter Geiger
Vorsitzender der AKSB



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

auf dem Titelbild dieses Jahresberichts finden Sie den Sockel eines Denkmals. Er stammt aus der Internationalen Begegnungsstätte Sankt Marienthal in Ostritz. Auch in Zukunft wird es für dieses Denkmal nur diesen Sockel geben. Für wen es oder was es gedacht ist, bleibt offen. Allerdings ist die Richtung vorgegeben: WIR steht auf der Inschrift eingraviert. Es bleibt den Besucherinnen und Besuchern des IBZ in Ostritz vorbehalten, daraus etwas zu machen.

Ein passendes Symbol für diesen Jahresbericht 2021! Über dieses WIR, über die Grundlagen für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens in der liberalen Demokratie, gibt es schon lange kein stilles Einverständnis mehr – wenn es denn dieses Einverständnis jemals gegeben hat. Im Gegenteil: Es ist ein Kennzeichen unserer Staatsform, dass sie auf der Grundlage der Menschenrechte lediglich einen Rahmen vorgibt, in denen dieses WIR immer wieder neu bestimmt, errungen und erstritten werden muss. Das ist anstrengend, manchmal unübersichtlich und geht bei zunehmendem Druck aus den sogenannten sozialen Medien manchmal über die Grenze des Zumutbaren hinaus. Paradox: Der größte Bildungsbedarf für demokratische Partizipation entsteht derzeit im digitalen Raum, wo angeblich jede und jeder mitsprechen kann. Das ist im Übrigen kein Grund zur Beunruhigung: „Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein“, sagt Oskar Negt. Zur Übersetzung dieses Ansatzes in die politische Jugend- und Erwachsenenbildung in katholischer Trägerschaft finden Sie eine interessante Debatte in diesem Jahresbericht, ebenso Beispiele aus unserer Arbeit für mehr Jugendbeteiligung, insbesondere in der inklusiven politischen Bildung.

Bei kirchlichen Zukunftsplänen in den Bistümern Deutschlands steht politische Bildung, ja Bildungsarbeit insgesamt, in der Prioritätenliste in der Regel nicht oben. In der „Strategiegruppe“, die sich auf Anregung der Mitgliederversammlung durchaus kontrovers über die Zukunft von politischer Bildungsarbeit innerhalb der AKSB auseinandersetzte, bestand in einem Punkt Einigkeit. Stärker als bisher muss die AKSB auf die kirchlichen Träger zugehen: Katholisch-soziale Bildungsarbeit – insbesondere in der Jugendbildung – erreicht jene, die für Kirche heute schon lange nicht mehr ansprechbar sind. Das Kontroversitätsgebot des „Beutelsbacher Konsenses“ könnte dabei für manche eng geführte kirchliche Debatte hilfreich sein. Und es gibt auch Ansätze, wo



investiert wird, wo aus Umstrukturierung neue Potenziale erwachsen. Darüber gibt dieser Jahresbericht ebenfalls Auskunft. Überhaupt: Das große Interesse aus der Mitgliedschaft am Ausbau der politischen Jugendbildung ist ein ermutigendes Zeichen, ebenso die Anträge auf Anwartschaften in den vergangenen Jahren.

Dieser Jahresbericht wird zugleich der letzte in meiner Verantwortung als Geschäftsführer sein. Zum Jahresanfang werde ich eine neue Tätigkeit bei einem Wohlfahrtsverband antreten. Mit großer Dankbarkeit schaue ich auf die Zusammenarbeit mit dem Vorstand, der IST-Konferenz und die vielfältige Unterstützung der Fördergeber, insbesondere aus dem BMFSFJ und der bpb, zurück. Ein besonderer Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen in der Geschäftsstelle.

Zum Abschluss lade ich Sie zu einem Selbstversuch in Sachen Jahresbericht AKSB 2021 ein: Welche Aktion, welches Projekt, welche Notiz, welches Bild steht für Sie als Beispiel für das WIR? Lassen Sie es die AKSB wissen: auf der Jahrestagung und auf der Mitgliederversammlung im Klausenhof in Hamminkeln, in Hinweisen an den Vorstand oder die neue Geschäftsführung (die zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichtes noch nicht feststeht), einer Nachricht an die Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder im Rahmen des AKSB-Jubiläums im November 2022, bei dem sich hoffentlich viele Weggefährtinnen und Weggefährten aus der katholisch-sozialen Bildungsarbeit wiedersehen werden.

Herzlich

Ihr
Dr. Karl Weber
Geschäftsführer

Prinzipien und Werte der Demokratie von der Pike auf lehren

Fake News, Verschwörungserzählungen und politische Unversöhnlichkeit belasten die politische Kultur in Deutschland. Politische Bildung kann helfen, gegenzusteuern, meint die ausgeschiedene Bundestagsabgeordnete Ulla Schmidt

Mit Wehmut macht Ulla Schmidt wie andere verdiente Mitglieder des Parlaments Platz für jüngere Generationen. Drei Jahrzehnte lang war die Aachener Sozialdemokratin Mitglied des Deutschen Bundestages und bekleidete diverse öffentliche Ämter, aktuell auch als Bundesvorsitzende der Lebenshilfe. Nicht zuletzt als Bundesgesundheitsministerin von 2001 bis 2009 und als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages von 2013 bis 2017 ist ihr das politische Berlin bestens vertraut. Insgesamt blickt die ausgeschiedene Abgeordnete zufrieden auf eine Bundesrepublik, die sich in den letzten Jahrzehnten gut und weltoffen entwickelt hat. So positiv die Gesamtbilanz für Ulla Schmidt aussieht, so klar benennt sie auch ein paar Punkte, die dieses Resümee trüben. Und hier sieht sie neben anderen auch die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung gefordert.



Ulla Schmidt

Wie beurteilen Sie den Zustand der politischen Kultur in Deutschland?

Es gibt vor allem eine Entwicklung, die mich besorgt und wo wir etwas gemeinsam tun müssen. Die Hetze von rechts hat in den letzten Jahren spürbar zugenommen, außerhalb des Parlaments, aber leider auch innerhalb. Dass ich einmal mit solchen Leuten im Deutschen Bundestag sitzen muss, habe ich mir nie vorstellen können. Sie glauben nicht, welche Fake News von diesen Abgeordneten verbreitet werden

und welche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in ihren Äußerungen und Anträgen zu Tage tritt. Diese Damen und Herren verstärken auch die bedenklichen Botschaften und Verschwörungserzählungen der Querdenkerszene, in denen legitime Ängste und Bedenken, die es in Teilen der Bevölkerung gibt, von rechtsextremen und esoterischen Akteuren gekapert wurden.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte, dieser Entwicklung demokratisch entgegenzuwirken?

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das zu tun. Erziehung, Schule und politische Bildung können einen starken Beitrag leisten, zum Beispiel darüber aufklären, dass Social Media nicht die wirkliche Welt ist. Aber auch andere sind gefordert. Unsere Talkshow-Demokratie kommt an einen Punkt, dass einer dem anderen nicht mehr zuhört und die andere Meinung nicht gelten lässt. Wollen wir wirklich auf eine Gesellschaft zusteuern, die wie die US-amerikanische unversöhnlich gespalten ist? Meiner Vorstellung von Demokratie und politischer Teilhabe entspricht das ganz und gar nicht.

Wie sieht Ihre Vorstellung demgegenüber aus?

Ich mache Ihnen an einem Beispiel deutlich, was ich zunehmend vermisse. In meiner Zeit als Abgeordnete gab es fraktionsübergreifende Gesetzesinitiativen wie etwa die, die Vergewaltigung in der Ehe als Straftatbestand zu werten. Hier wurden unabhängig von Parteizugehörigkeiten im Parlament Argumente ausgetauscht. Die Mitstreitenden haben in ihren Fraktionen kämpfen müssen, der Rückenwind der gemeinsamen Initiative half dabei. Das ist etwas, das ich mir für die Zukunft weiter wünsche, und sage politisch Engagierten in Parlament und Zivilgesellschaft: Kämpft für das, was Euch wichtig ist, aber so, dass sich andere anschließen und alle ihr Gesicht bewahren können.

Wo sehen Sie hier einen möglichen Beitrag der politischen Bildung?

Dieses Argumentieren auf Augenhöhe und das Schließen tragfähiger Kompromisse ist etwas, das

auch die politische Bildung fördern kann und fördert. Mir ist der gesellschaftliche Zusammenhalt sehr wichtig. Dazu gehört, dass dieser Zusammenhalt weiter von den Grundrechten und unserer staatlichen Grundordnung getragen ist, die das Grundgesetz in seinen ersten 20 Artikeln garantiert. Man kann in der politischen Bildung nicht früh genug anfangen, die Demokratie von der Pike auf zu lehren. Es gilt eben für jeden, dass die Würde jedes Menschen unantastbar ist, und es ist eben wichtig, zu wissen, dass jeder eine eigene Meinung haben darf, auch wenn es nicht die meinige ist. Respekt ist das, was zählt, für jede Gruppe unserer Gesellschaft. Dass so viel für Inklusion getan wird, sei es für Menschen mit Behinderung, sei es für Zugewanderte, stimmt mich zuversichtlich. Die Gesellschaft ist da weiter, als es manche lautstarke Debatten nahelegen. Die politische Bildung zeigt, dass sie mit ihren Mitteln diesen gesellschaftlichen Prozess unterstützt. Das werte ich als wertvollen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie. ■

Die Debatte um ein Demokratiefördergesetz ist nicht vom Tisch

Zur Stärkung der politischen Bildung braucht es eine bessere Grundfinanzierung der Träger, weniger einseitige staatliche Steuerung, meint Benedikt Widmaier, Direktor des Hauses am Maiberg

Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen Staat und freien Trägern der politischen Bildung? Das ist ein sensibles Feld, das Benedikt Widmaier fest im Blick hat. Gleich mehrere Punkte geben dem Direktor des Hauses am Maiberg in Heppenheim momentan Anlass für skeptische Einschätzungen. Seine Kernaussage im Interview mit AKSB inform: Im Zuge der gesellschaftlichen Polarisierung von rechts kommen politische Konzepte zum Tragen, die eigentlich schon überwunden schienen. Sichtbar wird im Gespräch: Das trifft auch das subsidiäre Selbstverständnis katholisch-sozialer Bildungswerke.

Was stört Sie an dem Begriff „Demokratieförderung“?

Der Begriff „Demokratieförderung“ ist früher eigentlich nur in der Entwicklungszusammenarbeit gebraucht worden. Demokratieförderung meinte dort, Transformationsstaaten mit dysfunktionalen und undemokratischen politischen Systemen beim Aufbau von demokratischen Strukturen zu unterstützen. Erst 2016 wurde der Begriff „Demokratieförderung“ dann von der damaligen Bundesregierung auch im Zusammenhang mit innenpolitischen Entwicklungen in Deutschland benutzt. Im Zuge der Aufarbeitung der NSU-Morde kamen einige Untersuchungsausschüsse zu dem Ergebnis, dass die Gesellschaft insgesamt und damit die Demokratie durch Rechtsextremismus gefährdet sei. Aus dieser Analyse heraus hat die Regierung in einer eigenen „Strategie zur Extremis-

musprävention und Demokratieförderung“ auch die politische Bildung in den Blick genommen. Politische Bildung gilt seither als Teil der extremismuspräventiven Demokratieförderung und ihr wird so neben der bildungspolitischen auch eine sicherheitspolitische Aufgabe zugeschrieben. Diese Funktionalisierung sehe ich sehr kritisch. Denn nun wurde „Demokratieförderung“, ein Konzept hinter dem ursprünglich die Unterstützung defekter Demokratien in anderen Ländern stand, plötzlich zu einem zentralen Begriff der politischen Bildung in Deutschland. Für eine Bildung, die seit Jahrzehnten die demokratische Teilhabe der Bevölkerung im Blick hat und fördert, halte ich den Begriff, an dem sich inzwischen auch das Projekt eines „Demokratiefördergesetzes“ orientiert, deshalb für ungeeignet, auch wenn der Begriff zunächst sehr charmant erscheint.

Aus dem Projekt eines „Demokratiefördergesetzes“ ist bis heute nichts geworden?

In der Tat hat man sich in der schwarzroten Koalition nicht einigen können, welches Verständnis von Extremismus man bei den näheren Bestimmungen zugrunde legt. Das allein zeigt schon, welche Gefahren für die demokratische Kultur und die politische Bildung in der Debatte stecken. Während sich das geplante Gesetz vom Ursprung her um die Prävention von Rechtsextremismus drehte, ging es rasch um vermeintlich gleichrangige Gefährdungspotenziale von links und durch den politischen Islamismus. Mit Blick auf diese Debatte, was und wer inhaltlich förderfähig ist, wäre einigen guten Präventionsprojekten beinahe der Geldhahn zugedreht worden, weil sie von antifaschistischen Initiativen getragen werden. Und nach konservativer Lesart des letzten Innenministers und des Verfassungsschutzes stehen sie zum Teil selbst unter Extremismusverdacht. Diese Initiativen machen gute zivilgesellschaftliche Arbeit, die zweifellos die Demokratie stärkt, aber Initiativen gegen Rechtsextremismus sind keine politische Bildung in unserem Sinne.

Welche Rolle hat politische Bildung denn mit Blick auf Extremismus?

Konzeptionell bin ich der Meinung, dass Extremismusprävention eher der sozialpädagogischen Profession zuzuordnen ist als der politischen Bildung. Denn im Kern ist die Begleitung von Radikalisierungs- und Ausstiegsprozessen vor allem eine Aufgabe der Sozialarbeit, die viel bessere Zugänge zu den Menschen und Gruppen hat, die für Extremismus anfällig sind. Zwar halte ich die populäre Floskel vom „Extremismus der Mitte“ für falsch, denn aus der Mitte der Gesellschaft kommen auch unsere Teilnehmer/-innen. So gesehen haben wir in der politischen Bildung schon immer entsprechend Verantwortung übernommen, weil wir natürlich resilient machen gegenüber dem Menschen-, Gesellschafts- und Demokratiebild der Rechtsextremen. Manche AKSB-Mitgliedsorganisationen haben in den letzten Jahren darüber hinaus eine beachtliche Expertise in der Extremismusprävention



Benedikt Widmaier

im engeren Sinne aufgebaut. Insgesamt können wir sicher noch eine Schippe drauflegen, sollten das aber in Kooperation mit fachlich versierten Partner/-innen tun, etwa mit der schon erwähnten Jugendsozialarbeit.

Ist das Thema Demokratiefördergesetz denn jetzt vom Tisch?

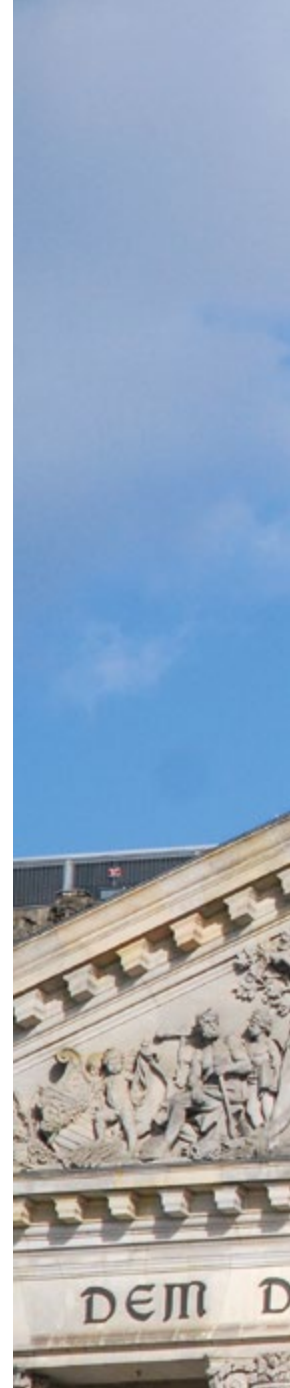
Nein, keinesfalls. In den ersten Papieren der potenziellen neuen Ampel-Koalition taucht das Projekt eines Demokratiefördergesetzes wieder auf. Die Debatte geht also im neu gewählten Deutschen Bundestag sicher weiter. Inzwischen wird gerne von einer „phänomenübergreifenden“ Extremismusprävention gesprochen und die Mittel dafür sind in den vergangenen Jahren enorm angehoben worden, auf inzwischen 200 Mio. Euro pro Jahr. Meine Erwartung an die neue Bundesregierung und den Bundestag in der neuen Legislaturperiode: Politische Bildung muss nachhaltig und nicht projektbezogen gefördert werden. Dabei wünsche ich mir Mut für einen großen Wurf, für ein großes Gesetz zur politischen Bildung, das beispielweise auch die Förderung der Parteilistungen mit einbezieht. Und meines Erachtens sollte auch die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung endlich durch ein solches Gesetz geregelt werden, um die Versuchung von ministeriellen Eingriffen zu stoppen.

Das waren die finanziellen und strukturellen Punkte. Wie sieht es fachlich aus?

Die Exklusionsstrategie gegenüber linken Gruppierungen ist noch nicht vom Tisch. Sie widerspricht in meinen Augen der hohen Integrationskraft unseres demokratischen Systems. Die Grünen haben in ihren Anfängen auch eine massive Ausgrenzung als vermeintlich extreme Partei erfahren und sehen Sie, wo sie heute stehen. Das lehrt mich: Solange wir in einer sehr gefestigten Demokratie leben, entspricht jede Exklusion nicht meiner Vorstellung von demokratischer politischer Kultur, die wir als politische Bildner/-innen stärken wollen. Der Beutelsbacher Konsens verpflichtet uns dazu, politische Kontroversen auszuhalten und demokratisch auszutragen. Damit ist ein wichtiger Rahmen gesetzt. Der Zug fährt aber teilweise in eine andere, ausgrenzende und nicht freiheitliche Richtung. Allen Ernstes wurde nun der Begriff eines „wehrhaften Demokratiefördergesetzes“ in den Ring geworfen, der an die undemokratische Tradition eines „erzieherischen Verfassungsschutzes“ aus den 1950er-Jahren anknüpft. Dieser Bruch mit der emanzipatorischen Weiterentwicklung einer kritischen politischen Bildung in den 1960er-Jahren führt in meinen Augen in die völlig falsche Richtung, gerade für uns als katholisch-soziale Bildungswerke.

Können Sie das näher erläutern?

Hinter der Formel der Demokratie, die wehrhaft sein muss, steckt nicht nur eine repressive Idee von Verfassungsschutz, sondern auch ein Menschenbild, das wir nicht teilen. Der Mensch ist nach dieser Lesart ein potenzieller Gefährder der demokratischen Grundordnung und die Gesellschaft muss mit erzieherischen Mitteln darauf hinwirken, dass er sich in diese Ordnung einfügt. Wir katholisch-sozialen Bil-





derungswerke haben ein anderes Gesellschaftsbild und ein anderes Menschenbild, die unsere Arbeit zutiefst prägen: Wir gehen von einer Gesellschaft der Freiheit und der Vielfalt aus, von freien und demokratiefähigen Menschen, die ihr Leben und Zusammenleben aktiv als mündige Bürger/-innen gestalten und dabei ihren Ort in der pluralen Gesellschaft selbst bestimmen. Bei diesem Prozess unterstützen wir Kinder, Jugendliche und Erwachsene und stärken damit die Demokratie, vor allem mit Blick auf die Akzeptanz und Wirkkraft der Menschenwürde und anderer Grundrechte.

Wie soll es nun weitergehen?

Der Ansatz, subsidiär arbeitende freie Träger zu stärken, muss intensiviert werden, politische Bildung darf nicht vom Staat gesteuert werden! Meine Vor-

stellung von Zivilgesellschaft und Bildungsarbeit ist, dass sie kritisch, von unten her organisiert und vom Staat unabhängig sind. Die Ambivalenz, eine bessere Finanzierung der allgemeinen politischen Bildung zu fordern, ist mir vor diesem Hintergrund sehr bewusst. Die Gefahr, dass mit einer höheren staatlichen Förderung zugleich auch eine höhere staatliche Steuerung einhergeht, müssen wir deshalb sehr im Auge behalten und darüber aktiv und, wo es notwendig ist, auch kritisch mit den staatlichen Fördergebern im Gespräch bleiben. —

Verschwörungserzählungen fordern die Gesellschaft auf allen Ebenen heraus

Die Radikalisierung der Querdenker-Szene erfordert konsequente Strafverfolgung, eine Bildungs-offensive und mehr Ausstiegsberatung, sagt die Bürgerrechtlerin und Publizistin Katharina Nocun

Die aktuellen Verschwörungserzählungen rund um die Bekämpfung von Sars-CoV-2 bilden einen bedeutsamen Baustein in einer Entwicklung, die Katharina Nocun besorgt beobachtet. Die Bürgerrechtlerin und Publizistin arbeitet intensiv zum Erstarren populistischer und rechtsextremer Strömungen in Europa.



Katharina Nocun

Die Wucht, mit der zurzeit Fake News und Verschwörungsberichte kursieren, überrascht die Autorin nicht. Auch bei anderen bedrohlichen Seuchen wie Aids oder Ebola hat es bereits solche Erzählungen gegeben, sagt Katharina Nocun im Interview mit *AKSB-inform*. Heute drängen sie leichter und ungefilterter in private und öffentliche Diskurse als früher, vor allem wegen der hohen Zugänglichkeit und großen Reichweite von Messengern und sozialen Netzwerken. Zur globalen Dimension einer Pandemie tritt also die technologische Komponente.

Exemplarisch zeichnet Katharina Nocun die gefährliche Dynamik an der stetigen Radikalisierung der Querdenker-Szene nach. Einerseits gibt es hier eine krude Mischung verschiedenster und kaum miteinander verbundener Milieus, die nebeneinander auf

die Straße gehen, um ihren Protest gegen die Corona-Maßnahmen zu artikulieren. Andererseits legt ein näherer Blick diverse persönliche, finanzielle und politische Interessen offen, die Wortführende dieser Bewegung antreiben. Die Publizistin sieht Unterwanderungsstrategien vernetzter rechtsextremer Akteure am Werk. Durch geschickt gebaute Erzählungen, die im Kern demokratie- und institutionenfeindlich sind, machen sie ihre Anhängerschaft immun gegen Argumente und bestärken sie auf ihrer vermeintlichen Mission. Und genau dieses Kennzeichen beunruhigt die Bürgerrechtlerin besonders.

Die Verschwörungserzählung baut einen Heldenmythos auf, der Gewalt legitimiert

Denn die Radikalisierung läuft nahezu zwangsweise darauf hinaus, dass es beim vermeintlichen Widerstand gegen eine vermeintliche Verschwörung von Eliten gegen die Bevölkerung nicht bei Worten bleibt, sondern zu Taten kommt, analysiert Katharina Nocun. Die Verschwörungserzählung baut einen Heldenmythos auf, der Gewalt legitimiert und Personen, die dafür anfällig sind, geradezu einlädt, Sachen und Gebäude zu beschädigen, Menschen zu bedrohen, zu verletzen oder gar, wie kürzlich geschehen, zu töten. Diese Entwicklung nimmt bereits Einfluss auf den demokratischen Diskurs, weil sie berechtigte Angst vor Hasskampagnen, persönlichen und juristischen Nachstellungen auslöst, wie Katharina Nocun aus eigenem Erleben heraus nachvollziehen kann. Und die Reichweite der radikalisierten Szene erstreckt sich auf immer mehr Felder des öffentlichen Lebens, auf Medien, Kommunalpolitik, Ärzteschaft, Schulen und und und.

Was tun in einer Situation, wo viele bereits in der Familie und im Freundes- und Bekanntenkreis an die Grenzen des vernunftbasierten Argumentierens stoßen, Beziehungen an der Unversöhnlichkeit der Positionen zerbrechen? Um wieviel größer ist die gesamtgesellschaftliche Herausforderung durch die Verschwörungserzählungen, leitet Katharina Nocun ein. Und betrachtet das Ganze zunächst einmal klipp und klar als ein Thema für die Sicherheitsbehörden: Straftaten wie Volksverhetzung und Gewalttaten müssen konsequent verfolgt werden. Im zweiten Schritt plä-



diert die Publizistin für eine Bildungsoffensive, die Menschen resilient für Verschwörungserzählungen macht. Schon an Schulen, aber auch in Einrichtungen der politischen Bildung sollen die typischen Maschen der Mythen thematisiert werden. Allgemein braucht es eine Aufklärung und kritische Debatte über die Funktionsweise sozialer Netzwerke. Angesichts des freien Flottierens von Fake News und weiteren manipulierten Inhalten hebt Katharina Nocun folgerichtig die Stärkung der Medienkompetenz ins Curriculum der Bildungsoffensive.

Externe Expertise einbinden, um Menschen aufzuklären und zu sensibilisieren

Hier sieht die Publizistin auch die Landschaft der katholisch-sozialen Bildungswerke in Deutschland gefordert. Sie können einen wesentlichen Beitrag leisten, Menschen zu erreichen, die noch nicht komplett in der geschlossenen Welt der Verschwörungserzählungen verfangen sind. Katharina Nocun hat die Erfahrung gemacht, dass ein Faktencheck manchmal viel bringt. Bei Personen, die schon stärker in ihrem alternativen Weltbild gefestigt sind, können Fragen noch etwas ausrichten. Wo sind die Lücken in der Argumentation, was ist unlogisch? Auch die Gegenfrage „Was würde Dich vom Gegenteil überzeugen?“ ist

zuweilen geeignet, ein Nachdenken beim Gegenüber auszulösen. Das alles erfordert allerdings eine gute Vorbereitung und solides Wissen, sagt Katharina Nocun. Sie empfiehlt, bei solchen Veranstaltungen und Angeboten externe Expertise einzubinden, um das gewünschte Ziel wirklich zu erreichen.

Und damit ist die Bürgerrechtlerin nach Strafverfolgung und Bildungsoffensive noch bei einem dritten Punkt, den sie im Umgang mit Verschwörungserzählungen stark machen möchte. Und zwar braucht es in ihren Augen einen flächendeckenden Ausbau von Beratungsstellen, die beim Herauslösen aus der radikalisierten Szene helfen. Ähnlich wie beim Ausstieg aus Sekten oder aus rechtsextremen Vereinigungen ist das ein elender, häufig sehr kleinschrittiger und langwieriger Prozess, der eine professionelle Begleitung benötigt, berichtet Katharina Nocun. Auch hier schlägt die Autorin eine Brücke zur Landschaft der katholisch-sozialen Bildungswerke in Deutschland: Sie sollten sich mit solchen Angeboten vernetzen oder ihnen sogar in eigenen Häusern und Räumen Platz bieten. In diesem Feld über klassische Bildungsformate wie Seminare und Tagungen hinauszugehen, könnte einen wichtigen Beitrag zur Bearbeitung der gesamtgesellschaftlichen Herausforderung beisteuern, schließt Katharina Nocun ab.



Gefährdetes Grundvertrauen: Es geht um mehr, als Brände zu löschen

Zwischenruf: Warum politische Bildung frei nach David Easton diffuse Unterstützung fördern soll

Muss die politische Bildung eine Schippe drauflegen, um die liberale Demokratie zu stärken – oder sollte sie es zumindest? Eine schillernde Debatte mit vielen Fallstricken. Auch Veronika Schniederalters und Alexander Mack, Leitung der Fachgruppe 1 *Politik, Menschenrechte und Medien* in der AKSB, sehen dafür Ansatzpunkte. Dazu ziehen sie das Modell der politischen Unterstützung heran, das David Easton skizziert hat.

Der kanadisch-US-amerikanische Politikwissenschaftler unterschied bei der Loyalität einer Bevölkerung zum politischen System zwischen spezifischer Unterstützung über Steuern und Gesetzestreue und der diffusen Unterstützung, einem Grundvertrauen in die guten Absichten und das Funktionieren der Institutionen.

Bei letzterem sehen die Fachgruppenleitungen Handlungsbedarf. Denn gleich mehrere Entwicklungen rütteln an der Legitimität der liberalen Demokratie. Zuerst ist das Erstarken rechtsextremer Gruppierungen und Diskurse zu nennen. Verschwörungserzählungen versuchen, die Integrität der demokratischen Institutionen zu beschädigen. Nicht nur in der Querdenker-Szene verfährt diese Strategie, trägt Früchte, wabert weiter.

Dass auch in Parlamenten immer wieder über die gegebene Aufsichtsfunktion hinaus Zweifel am guten Willen und am Funktionieren staatlicher Institutionen gesät werden, ist eine jüngere demokratische Entwicklung, welche die diffuse Unterstützung unter-

gräbt. Zudem schreckt eine unehrliche und zugleich entpolitisierte politische Kommunikation viele Menschen ab, angefeuert durch eine aufgebauschte mediale Aufbereitung und Personalisierung.

Diesen Entwicklungen gegenüber sieht sich politische Bildung herausgefordert, sagen die beiden. Reine Staatsbürgerkunde ist zu wenig und blindes Vertrauen ist falsch, soweit, so klar. Dazu gehören also die Offenlegung und Kritik, wenn etwas nicht richtig läuft. Aber auf der aufgeklärten Basis, dass Demokratie Diskurs bedeutet, Meinung und Widerspruch, auch Widerstand, sehen Veronika Schniederalters und Alexander Mack für politische Bildung es durchaus geboten, frei nach Easton das Vertrauen in das verfassungsgemäße Funktionieren der gewaltenteiligen Demokratie in Deutschland zu stärken. Dazu gehört dann letzten Endes auch eine kritische Medienbildung.

Politische Bildung soll nicht in die Rolle einer Feuerwehr hineinrutschen, sondern weiter wie bisher auch schon präventiv wirken, politische Beteiligungserfahrungen unterstützen, auch jenseits des parlamentarischen Systems. Die Kirche sollte diesen gesellschaftlichen Dialog trotz schwindender Mittel weiter ermöglichen, sagen die Fachgruppenleitungen, im Interesse an einem stabilen staatlichen Rahmen. Das nahende Ende der Volksparteien erfordert, sich hier stärker aufzustellen. Dafür braucht es seitens der Kirche fortgesetztes Engagement, es braucht Orte, Strukturen und Häuser.



Veronika Schniederalters, Alexander Mack



Zwischen Vertrauen und Entfremdung: das Verhältnis der Deutschen zur Bundeswehr

Militärische Auslandseinsätze stehen seit dem Ende der Afghanistan-Mission noch einmal stärker in der öffentlichen Debatte. Welchen Beitrag soll politische Bildung dazu beitragen? Vier Fragen, acht Antworten von zwei Mitgliedern der AKSB

Nach rund 20 Jahren sind deutsche Soldaten mit anderen Militärstreitkräften aus Afghanistan abgerückt. Die Taliban übernahmen in Windeseile die Herrschaft über das Land. Die innenpolitische Debatte in Deutschland heizte sich angesichts dramatischer Bilder und Berichte von zurückgelassenen Ortskräften stark auf. Die Gegensätze in der Debatte um Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland flammten erneut auf. Eine polarisierte Situation, die auch die politische Bildung in Deutschland berührt. Vier Fragen an den Leitenden Militärdekan in Berlin, Joachim Simon, Beauftragter des Katholischen Militärbischofs beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr, und Christine Hoffmann, Generalsekretärin der Deutschen Sektion der Internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi.

Wie bewerten Sie persönlich den rund 20-jährigen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und sein Ende im Spätsommer 2021?

Simon: Der Terroranschlag vom 11. September 2001 hatte erstmals in der Geschichte der NATO zur Erklärung des Bündnisfalls geführt. Dass Deutschland, das sich unter dem Schutz der NATO friedlich entwickeln konnte, Bündnistreue zeigte, war richtig. Die Entmachtung des Taliban-Regimes in Afghanistan, das die Al-Qaida-Terroristen auf seinem Territorium

beherbergte und gewähren ließ, war ebenso richtig. Dass sich die Bundeswehr, mandatiert durch den Deutschen Bundestag, an der internationalen Militäroperation ISAF zum Schutz der Übergangsregierung in Afghanistan beteiligte, war die richtige Konsequenz.

Problematisch wurde der Einsatz, als dem Drängen des Übergangspräsidenten Hamid Karzai nachgegeben wurde, das Mandatsgebiet der ISAF von Kabul auf ganz Afghanistan auszuweiten. Problematisch

auch, dass neben der Stabilisierungsmission ISAF die „Operation Enduring Freedom“ in dem von den Vereinigten Staaten von Amerika ausgerufenen Krieg gegen den Terrorismus in Afghanistan fortgesetzt wurde. An dieser Operation, die auch viele Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung kostete, war die Bundeswehr beteiligt.

Beides, Überforderung und Gewalterfahrung, verschärft noch durch Clanwirtschaft und Korruption in Afghanistan, führte zu einem Ansehensverlust der Regierung und des sie stützenden Militärs sowie zu einer zunehmenden Frustration der Bevölkerung, vor allem in den ländlichen Regionen. Die Taliban konnten diese Schwäche für ihre Wiedererstarkung ausnutzen. Der Militäreinsatz wurde zunehmend aussichtslos. Es war deshalb richtig, ihn zu beenden.



Christine Hoffmann

Hoffmann: Aus „9/11“ leiteten die USA ihren „war on terror“ und die NATO den Bündnisfall ab. In Deutschland erzwang Bundeskanzler Schröder die erste Zustimmung zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan durch die Verknüpfung mit der Vertrauensfrage. Der Kampfeinsatz wurde irreführend als Brunnen- und Mädchenschulen-Bauen verharmlost. Es brauchte Jahre, bis Deutschland von den Soldat/-innen lernte, dass es Krieg ist, in den sie geschickt wurden. In Afghanistan blieb die Sicherheitslage prekär, wie die wirtschaftliche und humanitäre Lage insgesamt. Den Mut, die Wahrheit auszusprechen, dass der Militäreinsatz in Afghanistan gescheitert ist, hatte der damalige pax-christi-Präsident Heinz-Josef Algermissen bereits im Januar 2010. Entgegen allen Aufforderungen zu einem geplanten, schrittweisen Abzug der Truppen und zum Ausbau der Zusammenarbeit mit der afghanischen Zivilgesellschaft um Kriegsökono-

mie, Kriminalität und Drogenanbau zu stoppen, folgte Deutschland weiter den NATO-Partnern, die auf Kämpfen und den Krieg gewinnen setzten.

Bei meinen Gesprächen mit Menschen in Kabul im Mai 2013 musste ich erkennen, dass viele das westliche Militär als christlichen Angriff auf ein muslimisches Land wahrnahmen. Auch war ich erstaunt, wie vehement die – von mir ja geteilte – Forderung nach schnellstmöglichem Abzug der westlichen Truppen von unterschiedlichsten politischen Richtungen her vorgetragen wurde. Was hierzulande als vernetzte Sicherheit galt, die enge Kooperation zwischen Militär und zivilen Projekten, führte bei der afghanischen Bevölkerung zum Vertrauensverlust in die Aufbauhilfe. Das Ziel, Afghanistan bei der Demokratisierung zu unterstützen und von den Taliban zu befreien, ist nicht erst im Sommer 2021 blutig gescheitert.

Die deutsche Beteiligung am Afghanistankrieg war von Anfang an eine falsche politische Entscheidung. Solche Außenpolitik ist das Gegenteil von Friedenspolitik. Mich grämt das Leiden der afghanischen Bevölkerung, die nun nach 40 Jahren Krieg – den sowjetischen und die Bürgerkriege mitgezählt - wieder eine Schreckensherrschaft erdulden muss. Auf Zukunft hin ist langfristige wirtschaftliche, kulturelle und soziale Zusammenarbeit mit Afghanistan erforderlich. Das ist Deutschland den Menschen dort schuldig.

Ergeben sich aus Ihrer Sicht aus der gesellschaftlichen Debatte um Afghanistan Konsequenzen für laufende und künftige militärische Einsätze im Ausland?

Hoffmann: Der Blick geht sofort nach Mali. Auch in Mali braucht die Bundeswehr eine Exit-Strategie, die pax christi stets vergeblich für Afghanistan eingefordert hat. Denn auch für Mali waren und sind die Erwartungen in militärisch Erreichbares falsch gesteckt. Vom künftigen Untersuchungsausschuss und einer Enquete-Kommission zu Afghanistan erwarte ich, dass für künftige Konflikte der faktische und finanzielle Vorrang für zivile Maßnahmen eingefordert wird. Auch die Frühwarnsysteme und darauf aufbauende zivile Präventionsmaßnahmen sind auszubauen. Allerdings stehen die Zeichen gerade anders. Die Bundeswehr fordert Aufrüstung durch bewaffnete Drohnen. Die EU setzt auf eine gemeinsame Armee als Wegbereiter zum großen Player auf der Weltbühne. Meine Konsequenz dagegen ist, dem Appell von Papst Franziskus zu folgen: Gewaltfreiheit als Stil einer Politik für den Frieden zu fördern.

Simon: Militärische Gewaltanwendung muss immer die letzte Möglichkeit bleiben, um noch schlimmeres Unheil abzuwenden, beispielsweise Völkermord. Wenn aber keine Aussicht auf Erfolg besteht, sind solche Einsätze unverantwortlich. Auslandseinsätze der Bundeswehr werden vom Deutschen Bundestag zeitlich befristet mandatiert. Verlängerungen solcher Mandate dürfen nicht einfach „durchgewunken“ werden, sondern sollten nach strengen Kriterien über-

prüft werden. Die Katholische Militärseelsorge wird auch künftig die Auslandseinsätze der Bundeswehr seelsorglich begleiten, vorausgesetzt, sie sind durch das Völkerrecht legitimiert.

Wie sehen und bewerten Sie die Verankerung der militärischen Auslandseinsätze in der deutschen Gesellschaft?

Simon: Ich beobachte seit dem Aussetzen der Wehrpflicht 2011 mit Sorge eine zunehmende Entfremdung zwischen Militär und Zivilgesellschaft. Zu Beginn der deutschen Beteiligung an internationalen militärischen Auslandseinsätzen in den 1990er-Jahren war der Rückhalt in der Bevölkerung noch wesentlich größer. Das wiedervereinigte Deutschland wurde als vollwertiges Mitglied der Völkergemeinschaft anerkannt – und militärisch in die Pflicht genommen. Die deutsche Beteiligung an humanitären Einsätzen im Auftrag der Vereinten Nationen wurde von weiten Teilen der Bevölkerung mitgetragen, ebenso die folgenden Einsätze im NATO-Auftrag zur Beendigung des Blutvergießens auf dem Balkan. Die Bündnistreue zu den NATO-Partnern, insbesondere die Solidarität mit den USA, hat Deutschland viel abverlangt. Durch die Erfahrung des militärischen und politischen Scheiterns in Afghanistan und die fraglichen Erfolgsaussichten des Auslandseinsatzes in Mali scheinen Verständnis und Wertschätzung der Deutschen gegenüber solchen Einsätzen im Ausland zu schwinden.

Hoffmann: Keiner will Krieg. Weit verbreitet ist aber die Annahme, Gewalt könne Gewalt eindämmen. Aus meiner Sicht ist das Vertrauen, das die Bundeswehr genießt, eine Art „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“. Das berechtigte Streben nach internationaler Verantwortung, kommt in der deutschen Debatte oft dem Ruf nach dem Einsatz der Bundeswehr gleich. Nach dem Motto: Schickt doch die, dann haben wir etwas getan, müssen aber nicht weiter nachdenken und insbesondere selbst nichts tun. Viele wissen um die Zusammenhänge zwischen unserem Wohlstand, den ökonomischen Ausbeutungsstrukturen der Globalisierung und Krieg, Flucht und Elend. Auch unsere Rolle als Industrienation beim Klimawandel ist bekannt, genau wie die Wirkungen deutscher Rüstungsexporte. Anscheinend ist die misstrauische Akzeptanz des Militärs bequemer, als etwas zu ändern und Sicherheit neu zu denken.

Welche Erwartungen und Wünsche haben Sie an die politische Bildung? Welchen Beitrag zum Diskurs können Träger und Einrichtungen beisteuern?

Hoffmann: Politische Bildung kann Menschen aufrütteln. Eindrucksvoll sind auch im Kontext heutiger Konflikte Gespräche mit Zeitzeug/-innen. Wie haben Friedensfachkräfte in sozialen und kulturellen Projekten und die Soldat/-innen ihren Einsatz in Afghanistan erlebt? Oder befragen sie die Abgeordneten der damaligen SPD-Bundestagsfraktion, die nicht zur Zustimmung zum Afghanistaneinsatz neigten, wie sie dann doch dazu gebracht wurden. Laden Sie Ge-

flüchtete aus Afghanistan ein und erfahren von ihrem Leben und ihren Hoffnungen. Die Erfolge gewaltfreier Konfliktbearbeitung sowie Kenntnis und Handlungssicherheit in Methoden aktiver Gewaltfreiheit müssen noch viel mehr verbreitet werden. Strategien jenseits der Abschreckung müssen viel mehr diskutiert werden. Mein Ziel wäre, dass politische Bildung in diesem Sinne mehr Friedensbildung betreibt und über heute mögliche Wege der Abrüstung informiert.

Simon: Deutschland war und ist keine „Insel der Glückseligen“. Die Auswirkungen von Globalisierung und Klimawandel, der Kampf um nicht regenerierbare Ressourcen lassen diese Tatsache immer deutlicher werden. Ein großes Problem bei den Bemühungen um die Entwicklung in Afghanistan war die zunehmende Entfremdung zwischen den urbanen Eliten und der abgehängten Landbevölkerung. Es ist deshalb zu begrüßen, dass Organisationen wie „Caritas International“ erklärt haben, sich auch unter der Herrschaft der Taliban weiterhin für die Menschen in Afghanistan zu engagieren, um der Verelendung entgegenzuwirken. Gleichzeitig sehe ich die Aufgabe der sozialen Bildungswerke im Inland sowie der politischen Bildung in der Bundeswehr vor allem in ihren Beiträgen zur Bewusstseinsbildung, dass nationale Egoismen in die Irre führen und die Menschheit nur als Ganzes überleben kann. —



Joachim Simon

Darüber sprechen, was verbindet: persönliche Fluchtgeschichten gestern und heute

Das neue Dokumentationszentrum der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin bietet viele Schnittmengen und Schnittstellen für eine Zusammenarbeit mit katholisch-sozialen Bildungswerken

Gründerzeiten sind dynamische Zeiten. Erst recht gilt das für die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Im Juni 2021 hat sie in Berlin ein lang debattiertes Dokumentationszentrum eröffnet. Seine Dauerausstellung arbeitet nach Prinzipien, die auch der politischen Bildung in der AKSB nicht fremd sind, wie Partizipation, Multiperspektivität und Lebensbezug. Im Moment sammelt das multiprofessionelle Team der Stiftung in seiner Bildungs- und Vernetzungsarbeit Erfahrungen, die es gleich in Veränderungen umsetzt. „Wir testen, schrauben und justieren nach“, berichtet Jenny Baumann vom Team „Bildung und Vermittlung“ im Interview mit AKSB-inform.

Der Zuspruch zum neuen Dokumentationszentrum ist groß. Es erzählt die Geschichte von Flucht und Vertreibung europäisch, ordnet die Geschehnisse während und nach dem Zweiten Weltkrieg in den Kontext millionenfacher Zwangsumsiedlungen und Heimatverlusts ein. Die Rolle, die dabei das Unrecht des Nationalsozialismus spielte, wird thematisiert, ohne Leid zu relativieren und aufzurechnen. Und als wichtige weitere Komponente schlägt die Dauerausstellung eine Brücke zu den Fluchtbewegungen, die es weltweit und in Europa immer wieder gab und auch heute gibt. Respekt vor den Lebensgeschichten und Lebensperspektiven aller Betroffenen prägt die Ausstellung, sie erzählt vor allem von unten, vom Erleben der Menschen her. Alltagsgegenstände laden ein, sich in Situationen und Erfahrungen hineinzuversetzen und einen Bezug zu eigenen Erlebnissen und Gedanken herzustellen.

Eine inspirierende Kombination von aktivierenden Methoden

Dieser basale Ansatz funktioniert bestens, wie auch die an zentraler Stelle in der Ausstellung ausgesprochene offene Einladung, sich kreativ und digital mit

eigenen Lebensgeschichten, mit Meinungen und Perspektiven in die weitere Gestaltung der Ausstellungsthemen und -inhalte einzubringen, erzählt Jenny Baumann. Für Jugend- und Erwachsenenbildner/-innen im Bereich der politischen Bildung könnte die Kombination von aktivierenden Methoden, wie sie im Berliner Dokumentationszent-



Jenny Baumann

rum angewandt werden, eine spannende Inspiration, Bestärkung, Herausforderung sein. Sie spricht nicht nur Jugendliche und junge Erwachsene an, die über Schulen und Vereine kommen. Sondern auch die hochbetagten Menschen, welche Flucht und Vertreibung in den 1940er-Jahren erlebt haben, sind dankbar, dass ihre Geschichte in dieser Form sichtbar und besprechungsfähig wird.

Konflikte, die aufgrund der langen und durchaus kontroversen Geschichte des Dokumentationszentrums durchaus zu erwarten gewesen wären, blieben in der Vermittlungsarbeit bisher vereinzelte Ausnahmen. Für einen Teil der Vertriebenenverbände kann es mitunter schwierig sein, die persönliche Sichtweise mit dem Schicksal anderer Menschen zusammen zu betrachten. Die Mitarbeitenden der Stiftung gehen sensibel mit dieser Herausforderung um. Es verlangt viel ab, anzuerkennen und auszuhalten, dass Deutsche in jener Zeit gleichzeitig Opfer und Täter gewesen sein





konnten und dass beides miteinander zusammenhing. Letztlich aber geht es um universelle Erfahrungen und Fragen, unterstreicht Jenny Baumann. Überall werden Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, überall sorgen und sorgen Nationalismus und Krieg für Unrecht, überall machen und machen Geflüchtete traumatische Erfahrungen auf ihrem Weg. Die meisten Besucher/-innen des Dokumentationszentrums verstehen diese Sichtweise, die rote Faden in der Konzeption der Dauerausstellung ist, und machen sie sich zu eigen. Viele junge Menschen können überhaupt nicht nachvollziehen, wie man das nicht zusammen denken kann, sagt die Stiftungsmitarbeiterin, für sie ist die Gegenwart von persönlichen Fluchtgeschichten Bestandteil ihres Alltags.

Über Vernetzung und Kooperation neue Adressat/-innen erreichen

Der Ansturm der ersten Monate auf das Dokumentationszentrum möchte sich kaum legen. Die Berliner Stadtgesellschaft hat lange auf diese Einrichtung gewartet, sie wurde intensiv im Vorfeld debattiert, auch im Bundestag. In direkter Nachbarschaft liegen mehrere Häuser, an deren Spektrum die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ thematisch andocken kann. Die Hoffnung ist, dass viele, die sich politisch und geschichtlich interessieren, ihre Berlin-Reisen jetzt und künftig auch mit einem Besuch des Zentrums verbinden. Viele Institutionen, welche Migration und Integration in ihren Angeboten und Lehrplänen führen, haben die Dauerausstellung auf dem Schirm. Über die fachliche Vernetzung mit anderen Museen wird ein steter Zustrom von Fachpublikum und deren Umfeld angestrebt und ist zum Teil bereits initiiert. Die Mund-zu-Mund-Propaganda wird in diesem Kontext zum Selbstläufer.

Aber wie erreicht man Menschen, die normalerweise nicht ins Museum gehen? Jenny Baumann setzt auf die Bewegung nach außen, fachsprachlich „Outreach“ genannt. Dem dient zum Beispiel die Kooperation mit Schulen. Lehrkräfte werden dafür gewonnen, im Unterricht persönliche Fluchtgeschichten zum Thema zu machen. Ähnliche Effekte verspricht sich die Stiftung von der Zusammenarbeit zum Beispiel mit Migrantenselbstorganisationen oder mit Initiativen aus der Kiezarbeit. Überall leben in unserer Gesellschaft Menschen, in deren eigenen Geschichte oder in der ihrer Familien Verfolgung, Vertreibung und Flucht eine wichtige Rolle spielen. Dass auf Augenhöhe über diese individuellen und kollektiven Erfahrungen gesprochen wird, ist gesellschaftlich wichtig, sagt Jenny Baumann. Diesen Gedanken möchte die Stiftung in die Fläche tragen.

Zu den geborenen Partner/-innen bei diesem partizipativen Projekt gehört in ihren Augen auch die Landschaft der katholisch-sozialen Bildungswerke in Deutschland. In die fachliche Vernetzung, wissenschaftlich wie didaktisch, einzusteigen, bedeutet für Jenny Baumann auch, digitale Materialien zu teilen, die in der Stiftungsarbeit entstehen. Es gibt viele Schnittmengen und Schnittstellen, an denen in der Bildungsarbeit Synergien genutzt werden können. Voneinander zu lernen, wie die Diversität der Gesellschaft multiperspektivisch in der eigenen Arbeit durchdekliniert werden kann, ist so ein Punkt. Jenny Baumann ist bewusst, dass katholische Träger da momentan ihre ganz eigenen Herausforderungen schultern müssen. Aus eigener Erfahrung weiß sie, wie wichtig es ist, sich stets zu hinterfragen und durch fremde Perspektiven bereichern zu lassen. Die Kirche hat hier ihre Hausaufgaben zu machen, denn: „Wenn sie das nicht tut, verliert sie krass an Relevanz.“



Die Klimakrise – auch eine Modernisierungschance für die politische Bildung

Die Wahrnehmung der Klimakrise als Generationenkonflikt, fokussiert auf die Debatte um die Jugendbewegung Fridays for Future, verengt den Blick. Katholisch-soziale Bildungswerke können von einem Perspektivwechsel nur profitieren, sagt Detlef Herbers von der Kommende Dortmund

Im Kulturkonflikt um die Bewältigung der Klimakrise spielen klischeehafte Zuspitzungen eine Rolle. Manche verengen die Klimakrise auf einen Generationenkonflikt zwischen Jung und Alt. Dies liegt sicher an der medialen Aufmerksamkeit für Fridays for Future, sagt Detlef Herbers. Der stellvertretende Direktor der Kommende Dortmund betrachtet die Klimadebatte im Interview mit *AKSB-inform* breiter. Das Bundesverfassungsgericht habe Regierung und Parlament im Zusammenhang mit ausbleibender Klimapolitik bescheinigt, zu wenig für die Sicherung der Lebenschancen und Freiheitsrechte ab dem Jahr 2030 zu tun. Dieses Versagen der Klimapolitik betreffe ihn als 61-Jährigen ebenso wie Menschen, die heute 50, 40 oder 30 seien. Eben nicht nur die Jugend. Es sei höchste Zeit für einen Perspektivwechsel.

Ist die Bewältigung des Klimawandels eine Zukunftsfrage?

Für mich nicht. Für mich ist sie eine Frage der Gegenwart. Bereits heute sind die Folgen des Klimawandels spürbar. Er ist in seiner Dramatik nicht nur wissenschaftlich belegt, sondern auch was zu tun ist, ist zur Genüge bekannt. Aber Öffentlichkeit und Politik diskutieren am Thema vorbei. Sie tun so, als wäre es eine bloße Zukunftsfrage und wir hätten Zeit, den richtigen Weg auszuloten. Die Wahrheit ist: Unser CO₂-Budget

ist begrenzt und wir brauchen es gerade mit rasantem Tempo auf. Wir nehmen die Gestaltungsaufgabe, die uns hier und heute aufgegeben ist, nicht wahr.

Wenn die Klimakrise alle angeht, was folgt daraus für die politische Bildung?

Die Bewältigung dieser Krise kann folgerichtig nicht nur ein Thema der Jugendbildung sein, sondern muss umfassend bearbeitet werden, also auch in der Erwachsenenbildung. Die Anliegen von Fridays for



Future sind doch völlig kompatibel mit den Zielen und Wertannahmen der AKSB. Die Bildungswerke und Bildungshäuser müssen ihnen einen Ort und Gehör geben, auch um zu lernen, was an der Zeit ist. Aber eben nicht nur mit den Aktivisten von FFF, sondern in Dialog und Begegnung auch mit anderen Interessen, Gruppen und Generationen. Denn allen wird Zukunft geklaut, wie es freitags auf den Transparenten heißt. Die FFF-Leute verkörpern dabei im Grunde das, worauf politische Bildung letztlich zielt: mündig, fit, kommunikativ und informiert für gesellschaftliche Interessen eintreten. Dabei beanspruchen die „Fridays“ eben nicht, selber die konkrete Politik machen zu wollen – sie fordern aber von den gewählten „Profis“ die Verantwortung für die Klimakrise ein. Und das mit reichlich Impulsen für die erforderliche sozialökologische Transformation. Letztlich ist doch deren Einsatz ein wünschenswertes zivilgesellschaftliches Engagement. Das sollten Träger und Einrichtungen der politischen Bildung unterstützen, auch die katholisch-sozialen Bildungswerke.

Wie können sie das tun?

Indem sie im Gespräch mit zivilgesellschaftlich engagierten Teilnehmenden Positionen und Haltungen entwickeln, ohne den Habitus, es schon besser zu wissen. Wichtig wäre es, die Angebote und Diskurse als gemeinsame Lernprozesse anzulegen. Was ja gut mit dem Aufklärungsauftrag der politischen Bildung zusammengeht: Klischees, wie etwa falsche Gegensätze von sozialer Gerechtigkeit und teurer Klimapolitik,

enttarnen und latente Interessen demaskieren. In der Auseinandersetzung mit der Klimakrise müssen wir auch konkret das individuelle Handeln thematisieren, um neben der staatlichen und institutionellen Ebene auch die persönliche Ebene und die eigene Verantwortung bewusst zu machen. Denn wir haben eine Kluft zwischen dem, was wir wissen, und dem, was wir tun. Unbequem ist das Thema nicht nur für Politik und Wirtschaft, sondern auch für uns, wir müssen unseren Lebensstil ändern. Die konkrete persönliche Ebene bietet sich in politischen Seminaren als ein erster Zugang zu komplexen politischen und institutionellen Herausforderungen an.

Was können politische Bildner/-innen neben dem bereits Erwähnten noch von der Fridays-for-Future-Bewegung lernen?

Mich inspiriert, wie die jungen Menschen Dinge zusammendenken. Sie verbinden die genannten Ebenen von Staat, Institutionen und Personen wie selbstverständlich. Ökonomische Aspekte und Lösungsmodelle haben sie im Blick, wie zum Beispiel die CO₂-Bepreisung. Ich lerne zum Beispiel daraus: Wir politischen Bildner/-innen müssen viel mehr die wirtschaftsethischen Aspekte wahrnehmen. Etwa um das Wirtschaften wieder mit dem Gemeinwohl in Einklang zu bringen. Solche Fragen liegen eigentlich brach. Da müssen wir mehr Kompetenzen aufbauen. Die Enzyklika „Laudato si“ ist da weiter. Der Papst hat die unterschiedlichen Ebenen im Blick und spielt sie nicht gegeneinander aus. In der Erklärung



der AKSB zur Nachhaltigkeit ist das auch sehr gut in der Gesamtsicht aufgegriffen worden.

Was bedeutet das in der konkreten Praxis?

Es geht halt nicht, dass wir das Thema bloß pädagogisch aufgreifen und uns für den Rest, also unser eigenes Handeln oder Nicht-Handeln als Einrichtung, einfach mal entschuldigen. Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit in unserer Bildungsarbeit. Die Menschen und die Öffentlichkeit sind sehr sensibel, was die moralischen Forderungen und das eigene Handeln angeht. Aber das ist auch eine Chance und wir können Zeichen setzen – als kirchliche Einrichtungen auch gegen den Relevanzverlust der Kirche. Also den eigenen Betrieb und das eigene persönliche Handeln nachhaltig gestalten – als Vorbild und Best Practice. Und damit sofort anzufangen. Es ist keine Zeit mehr, den notwendigen Wandel lang und breit zu diskutieren. Die „Transformation“ der eigenen Praxis wäre auch ein Prüfstein, wie ernst denn der AKSB ihre Nachhaltigkeitserklärung ist. Entscheidend ist jede eingesparte Tonne an CO₂, und zwar nicht morgen, sondern heute.

Ihr Fazit?

Wenn wir es schaffen, unser Handeln und Angebote als politische Bildung thematisch, methodisch, aber auch ganz praktisch im eigenen Handeln als Institution unter die Perspektive der sozial-ökologischen Transformation stellen, dann ist das auch eine große Modernisierungschance für die politische Bildung.



Detlef Herbers

Die eingespielten Routinen, Themen und Konzepte einfach weiter zu bespielen, ist nicht zukunftsfähig. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Klimaschutzpolitik der Bundesregierung sollte auch für die politische Bildung Mahnung sein – und Richtschnur für eine veränderte Praxis werden.

Nachgehakt: Sind Fridays for Future ein Thema bei der Arbeit mit Gesamtschul-SVen?

In der Schülerschaft engagieren sich in der Regel Jugendliche, die weiterschauen und Werte leben. Für andere einzutreten, ist etwas, das ihnen bereits im Blut liegt. Ihr Handlungsraum ist die Schule als Lernort, aber auch als Lebensort. Politische Bildung eröffnet ihnen ein moderiertes Strukturierungsangebot, um ihren Ideen und ihren Vorschlägen eine umsetzbare Form zu geben.

Als neue politische Bewegung, die sich aus der Schülerschaft heraus rekrutiert, ist die Fridays-for-Future-Bewegung seit Jahren am Start. Wie weit schlägt sich dieses Engagement gegen die Klimakrise in der Arbeit mit Schülerschaften nieder, etwa aus dem Bereich der Gesamtschulen? Erstaunlich wenig, berichtet Ulrike Maqua vom Franziskanischen Bildungswerk Großkrotzenburg.

Es ist nicht so, dass die SVen uninteressiert am Thema Umwelt und Klima sind. Nur brechen sie es auf das herunter, was sie in der Schule gestalten können. Vorschläge für die Speisezettel und Ausstattung der Cafeteria oder Mensa, die Optimierung der Mülltrennung, die Bildung von Fahrgemeinschaften per Fahrrad – das sind die Aktionsformen, für die sich die Schülerschaften entscheiden.

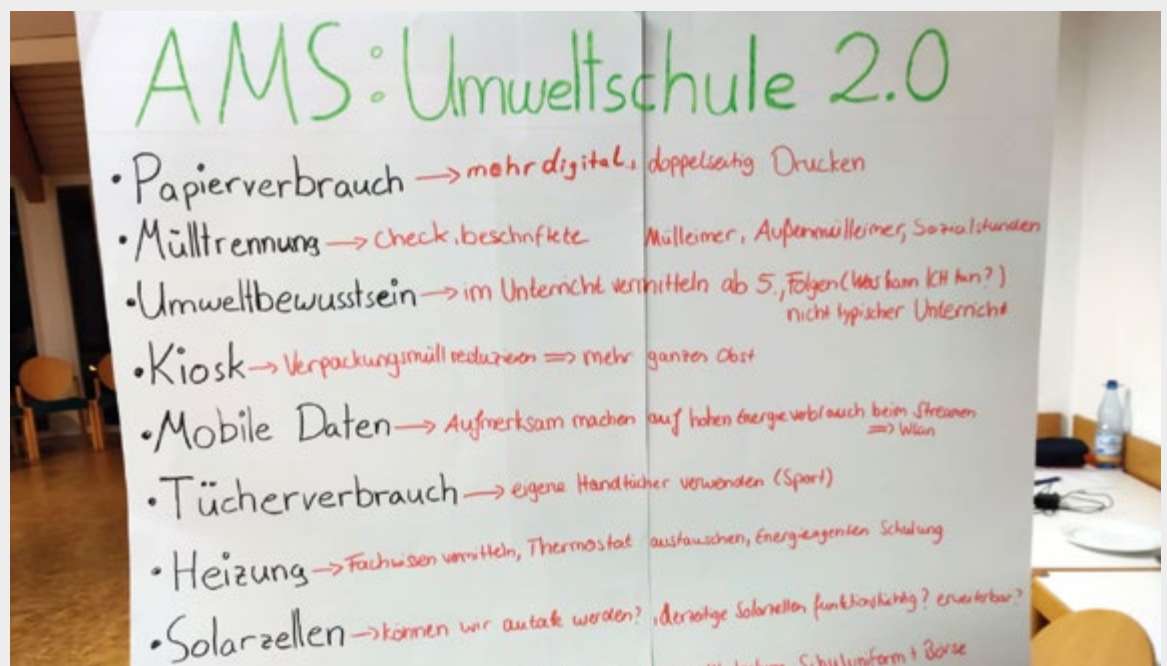
Einen direkten Bezug zu den „Fridays“ haben Gesamtschul-SVs eher nicht. Wenn, dann bilden sich spezielle Arbeitsgemeinschaften zum Klimaschutz, die sich aus besonders motivierten Schüler/-innen speisen, nicht aus der demokratischen Delegation. Bei Gymnasien werden hingegen zum Teil neben zwei Klassensprecher/-innen auch zwei Umweltbeauftragte gewählt, erzählt Ulrike Maqua.

Gleich, welches Etikett nun auf dem Engagement pappt: Gibt es engagierte Fürsprecher/-innen für Um-



Ulrike Maqua

welt und Klima, sei es auf Seiten der Schüler/-innen und auf Seiten der Lehrer/-innen, tut sich etwas in den Schulen. Kirchliche Schulen bemühen sich etwa um das Umweltsiegel „Grüner Gockel“. SV-Arbeit kann das flankieren, aber kaum anstoßen. Oft liegen halt andere, soziale Fragen auf dem Tisch, die Vorrang genießen.



Für jeden gibt es einen Begriff von Nachhaltigkeit, der für ihn persönlich wichtig ist

Wenn sich eine Einrichtung der politischen Bildung auf den Weg der eigenen nachhaltigen Entwicklung macht, gilt es, alle mitzunehmen. Einblicke in einschlägige Erfahrungen des Hauses Wasserburg

Zukunftsfähig ist unsere Gesellschaft nur, wenn unser Leben, Arbeiten, Wirtschaften nachhaltig ausgerichtet werden. Das erfordert viele kleine Schritte, in Worten und Taten. Melanie Gehenzig dekliniert das mit Herzblut seit mehr als zehn Jahren in Vallendar durch. Die Theologin ist in Haus Wasserburg für den Bereich „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ verantwortlich. Im Gespräch mit AKSB-inform zeichnet sie nach, wie sich aus sporadischen Anfangsimpulsen ein breit aufgesetzter Prozess für mehr Nachhaltigkeit im Alltag ihres Bildungshauses entwickelte.

Wie begann alles?

Den Anfang markiert die Kooperationsanfrage einer Umweltorganisation. Sie wollten mit uns eine Kooperation im Bildungsbereich zum Thema nachhaltige Entwicklung, speziell zum Klimawandel. Da haben wir gemerkt, das hat viel mit dem zu tun, was wir bisher im Fokus hatten: entwicklungs- und friedenspolitische Bildung. Das hat uns inspiriert. Wir standen dem ja auch nicht ablehnend gegenüber, aber wir hatten es nicht so stark auf der Agenda. Als Einrichtung bewegen wir uns in einem katholischen Umfeld, da hat man ja meist viel Zeit, auf Entwicklungen zu reagieren.

Und was geschah dann?

Mein Arbeitstempo hat sich seitdem erhöht. (lacht)
Wir merkten: Hinter diesen Punkt können wir nicht

mehr zurück. Wir haben erste Veranstaltungen zur Nachhaltigkeit aufgelegt und sind immer stärker in Projekte eingestiegen. Der Schwerpunkt lag in der Arbeit mit Jugendlichen, in Kooperation mit Schulen aus der Region, aber auch mit Erwachsenen und Familien haben wir zum Thema gearbeitet. Als Theologin ist mir immer mehr aufgegangen, auch hier nicht in Sparten zu denken, sondern Nachhaltigkeit verzahnt zu begreifen. Persönliches, Politisches und Religiöses gehören zusammen. Papst Franziskus hat das mit „Laudato si“ bestätigt. Das hat viele in unserem Umfeld angeregt. Überhaupt war 2015 das Boosterjahr für unser Engagement in Sachen Nachhaltigkeit: neben der Enzyklika das Pariser Klimaabkommen und die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Auch letztgenannte Beschlüsse verbinden die Umweltfrage mit sozialen Fragen.

Wie schlug sich dieser Impuls in Haus Wasserburg nieder?

Wir kamen an den Punkt: Es ist ja schön und gut, wenn wir mit anderen über nachhaltige Entwicklung sprechen. Aber was tun wir selbst dafür? Wir haben daraufhin beschlossen, als Einrichtung diesen Weg zu gehen, um der Sache und der Glaubwürdigkeit willen. Wir haben angefangen, indem wir auf Ökostrom umgestellt haben und mit der Gestaltung des Außenengeländes die Biodiversität in unserem Umfeld zu fördern. Unser Bienenvolk erzählt uns ganz viel über die Natur und das Klima. Das können wir sehr gut mit der Bildungsarbeit verbinden. Unsere Kaugummi-automaten spucken abwechselnd Tipps für umweltgerechtes Verhalten und Kapseln mit Blumensamen aus. Das waren prima Anfänge, aber wir wollten noch mehr. In der Jugendakademie Walberberg haben wir uns fortbilden lassen, um unseren Weg zu einer nachhaltigen Bildungsstätte weiterzugehen.

Worauf kommt es Ihnen bei diesem Weg an?

Damit das klappt, ist es wichtig, das ganze Haus auf die Reise mitzunehmen. Direktiv geht es nicht, son-





Melanie Gehenzig

dem eher so, wie wir auch unsere Bildungsarbeit gestalten. Die Belegschaft bildet die gesamte Gesellschaft ab. Meine Erfahrung ist: Wir brauchen für jeden Menschen eine Botschaft von Nachhaltigkeit, von der er sich angesprochen fühlt. Das können Werte sein oder ganz praktische Überlegungen, die Gesundheit oder wie wir als Haus im Wettbewerb bestehen. Und dann sind da noch die Jugendlichen, die uns danach fragen, wie wir zu den Anliegen von Fridays for Future stehen. Da müssen wir gute Auskünfte geben können, um nicht dumm dazustehen. Wir wollen den jungen Menschen auch morgen noch ins Gesicht schauen können.

Was folgt aus diesem gewachsenen Bewusstsein?

Die kritischen Rückfragen führen uns auf unsere Widersprüche: Wie können wir den hohen Fleischkonsum als eine Ursache für die Klimakrise geißeln und zugleich selbst in unserer Küche jeden Tag ein Fleischgericht anbieten? Wie kann es sein, dass wir unseren Hund so vergöttern und verhätscheln und unseren Gästen Fleisch aus schlechter Tierhaltung servieren? Aus dieser kognitiven Dissonanz herauszukommen, fordert uns. Unsere Nachhaltigkeitsgruppe bringt hier vieles auf den Weg. Beispiel Energieverbrauch: Bei einer Begehung mit einem Experten haben wir Möglichkeiten für eine Verbesserung besprochen, die wir umsetzen wollen. Die Ernährung ist ein riesiges Thema, wir wollen zunehmend Bioprodukte nutzen und auf regionale Lieferbeziehungen setzen. Gerade auch beim Fleischkonsum suchen wir nach möglichen Antworten, wie wir Nachhaltigkeit kommunizieren, ohne dass beim Gegenüber die Rollläden runtergehen. Die Zeit des Moralisierens, des reflexhaften Trotzes, der gegenseitigen Beschuldigungen wollen wir hinter uns lassen. Sonst kommen wir nicht weiter.

Hört sich gut an. Ist es auch so einfach?

Wir sind gemeinsam auf einem Weg, wir diskutieren viel. (lacht) Unsere Nachhaltigkeitsgruppe ist bewusst aus sehr unterschiedlichen Bereichen zusammengesetzt, neben der Bildung eben auch das Belegungsmanagement, die Küche, Verwaltung und die Haustechnik. Wir brauchen uns gegenseitig, denn für die Umsetzung brauchen wir die eigenen Fachleute und Praktiker/-innen. Oft stellen wir auch fest, dass manche vermeintlich guten Ideen sich nicht umsetzen lassen oder gar kontraproduktiv sind. Beispiel PET-Flaschen: Sie durch Glasflaschen zu ersetzen, wäre zu aufwändig und birgt zu viele Risiken. Glas zerbricht halt rasch im Alltag einer Jugendgruppe. Es muss also praktikabel sein, was wir uns da überlegen. Und wir müssen es gut begründen können, und zwar nicht irgendeine beauftragte Person, sondern jeder und jede von uns, die Küche beim Essen, die Haustechnik beim Inventar etc.

Wie geht es nun weiter?

Mit der nachhaltigen Entwicklung kommen wir nie an ein Ende. Wir fragen uns immer wieder: Geht es noch besser? Dabei schauen wir auch rechts und links: Wie machen es andere? Was können wir übernehmen? Zu dieser Frage vernetzen wir uns auch mit anderen Häusern in der Region. Wir wollen den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung so in die Fläche tragen, Strukturen hin zu mehr Nachhaltigkeit verändern helfen und unseren Beitrag zur nötigen Transformation der Gesellschaft leisten. Das gleiche möchte ich von der Vernetzung und dem Austausch in der AKSB sagen. Wir spüren in dieser neuen Komponente unserer Arbeit eine Menge Selbstwirksamkeit, wir werden als Player gesehen und angefragt und lernen zugleich von anderen. Und für die Sache ist es ohnehin der richtige Weg, denn auch wir sind als Personen und Institutionen gefordert, das Unsrige zur Bekämpfung der Klimakrise beizusteuern. ■

Verzweiflung und Hoffnung, Solidarität und Enttäuschung liegen nah beieinander

Auch bei uns kommt die Klimakrise an: Die Flutkatastrophe hat im Ahrtal nicht nur äußerlich Verwüstungen angerichtet. Betroffenenberichte heben Themen ins Licht, die auch für die politische Bildung wichtig sind

Wenn sich die idyllische Heimat in ein Kriegsgebiet verwandelt: Dieses Gefühl ereilte die Menschen im Ahrtal, ganz plötzlich. Eine Flutkatastrophe spülte Häuser, Autos, Infrastruktur weg. Menschen starben, Familien verloren alles. Das Tal steht vor den Trümmern seiner bisherigen Existenz. Nun geht es ans Weiterleben und Wiederaufbauen, eine Aufgabe für viele Jahre. Mittendrin im Geschehen: drei Mitarbeiterinnen der AKSB-Geschäftsstelle. Sie berichten im Interview mit *AKSB-inform* über ihre Erfahrungen, vom Trauma der ersten Eindrücke, von Solidarität und Hilfe, Hoffnung und Enttäuschung. Die Katastrophe und die Zeit danach haben für sie und viele andere Fragen und Gefühle aufgeworfen, die auch aus Sicht der politischen Bildung wichtig sind.

Immer, wenn es zur Arbeit geht, muss man quer durch eine traurige Trümmerlandschaft. Für Besorgungen in der Stadt nimmt man besser das Rad, denn mit dem Auto kommt man kaum durch und man kann es nirgendwo abstellen. Denn jeder Quadratmeter freie Fläche wird benötigt, um zerstörtes Mobiliar, Schrott und Schutt zwischenzulagern. Unendliche Mengen. Immer wieder klingeln Leute, bringen Wäsche vorbei, nehmen eine Dusche. Denn da, wo diese Verwandten, Freund/-innen, Bekannten bisher lebten, gibt es kein Wasser, kein Strom, kein Gas mehr. Die Waschmaschinen bei den drei AKSB-Mitarbeiterinnen laufen

den ganzen Tag durch. Abends wird mit Betroffenen und Helfenden gequatscht, zusammen gegessen. Ab und zu können sie Hilfsgüter weitergeben, die AKSB-Kollege Stefan Braun organisiert hat.

Das ist der neue Alltag im Ahrtal. Sandra van Bergerem, Cornelia Ockenfels und Mona Hecker wohnen im höher gelegenen Bereich im Landkreis Ahrweiler, weit genug entfernt von den zerstörerischen und mörderischen Fluten waren sie in jener Nacht. Aber alle haben sie um Menschen gebangt, ab der Abenddämmerung gab es weder Strom noch Telefon noch



Sandra van Bergerem



Mona Hecker



Cornelia Ockenfels





Mobilfunk. Diese Ungewissheit war schlimm, nicht auszuhalten. Als das Tageslicht offenbarte, welche Verwüstung die Flut angerichtet hatte, konnten die drei das nicht fassen. Noch heute kommen sie sich immer wieder so vor, als ob sie in einem Tunnel unterwegs sind. Viele Tränen sind geflossen, die Katastrophe lastet schwer auf den Seelen der Bevölkerung. Viele müssen immer wieder reden reden reden, man kommt kaum zur Ruhe, berichten die drei.

Weil sie täglich Kontakt mit direkt Betroffenen haben, auf ihre bescheidene Weise einen selbstverständlichen Anteil an der Hilfe haben, die den Menschen zugutekam und -kommt, haben sie ihr Ohr ganz nah am Geschehen und an den Leuten. Und da sind Wahrnehmungen dabei, die ganz unmittelbar Themen und Auftrag der politischen Bildung berühren. Das beginnt zuallererst bei der überwältigenden Hilfsbereitschaft und Solidarität, welche die Menschen im Ahrtal von vielen privaten Personen, Initiativen, Unternehmen aus nah und fern erfahren haben. Dass so offensichtlich die Zivilgesellschaft ein so großes Potenzial der gegenseitigen Fürsorge birgt, überrascht und bewegt bis heute. Politische Bildner/-innen mag das in ihren Annahmen für ihre Arbeit bestärken.

Solidaritätserfahrungen, Enttäuschungsgeschichten, Instrumentalisierungskritik

Andere Wahrnehmungen heben Themen auf die Tagesordnung, die bearbeitet gehören. In Teilen der ausgewählten Bevölkerung kam die Trägheit und

Kompliziertheit der staatlichen Hilfe nicht gut an. Berichte über blockierte Hilfsteams kursieren. Mancherorts trafen staatliche Hilfskräfte erst Tage nach den privaten an. Das haben sich viele aus der örtlichen Bevölkerung gemerkt, wie sie auch sensibel registrierten, ob jemand aus der dramatischen Situation politisches Kapital schlagen wollte. Das fing nach dieser Lesart bei Parteipolitiker/-innen an, die bereits in den Stunden größter Not gleich die Untätigkeit beim Klimaschutz geißelten, anstatt erst einmal alles anzubahnen und zu tun, um die aktuelle Katastrophe in allen Folgen zu bewältigen. Und endete bei den Rechtsextremen, die vorübergehend eine Grundschule nutzten, um Hetze gegen staatliche Institutionen zu verbreiten.

Solidaritätserfahrungen, Enttäuschungsgeschichten, Instrumentalisierungskritik und die fortwährende Not beim Wiederaufbau sind Themen, die sich über das traumatisierte Ahrtal hinaus für die katholisch-sozialen Bildungswerke anbieten. Angesichts der sich verschärfenden Klimakrise werden uns auch in Deutschland immer wieder solche Extremwetter und ihre Folgen beschäftigen. Mit der AKSB-Erklärung zur nachhaltigen Ausrichtung der Träger und Einrichtungen ist sicher ein wichtiger Schritt gemacht. Die wertvollen, authentischen Erzählungen der AKSB-Mitarbeiterinnen aus dem Ahrtal legen aber den Finger in die Wunde, bei der nötigen Debatte über die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft die Bruchstellen fest im Blick zu behalten.



Eine lokale Gemeinschaft aufzubauen, heißt, gemeinsam Zukunft zu gestalten

Wenn Menschen sich im Stadtteil miteinander denken und anpacken: Nach der Flutkatastrophe ist der aktivierende Ansatz der Demokratiewerkstatt Stolberg noch einmal bedeutsamer

Auch die Kupferstadt Stolberg hat massiv unter der Flutkatastrophe 2021 gelitten. Gerade im benachteiligten Stadtteil Mühle haben viele Menschen ihre Heimat verloren. Mittendrin: die Demokratiewerkstatt Stolberg mit dem umtriebigen Sozialarbeiter Benjamin Hoven, sein Büro und die vielen Ergebnisse, die in seinem Projekt bereits auf den Weg gebracht worden waren. Das Wasser schwemmte alles weg, Geräte zerstört, Unterlagen vernichtet, Dateien, Dokumente, Plakate. Das war ganz bitter, wie Dr. Christina Herrmann vom Nell-Breuning-Haus berichtet, die das Projekt der Demokratiewerkstatt leitet.

Monate später sieht es immer noch düster im Stadtteil aus. Viele Menschen sind ausquartiert, haben woanders eine Bleibe gefunden. Sicher wird eine größere Zahl nicht mehr zurückkehren, denn die Aufbauarbeiten dauern und das Leben war ohnehin nicht so einfach in Mühle. Benjamin Hoven residiert inzwischen in einem Container, als Anlaufstelle für die örtliche



Dr. Christina Herrmann

Bevölkerung. Dank guter Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen wie örtlichen Vereinen bis hin zu Studierenden aus Aachen ist es ihm gelungen, neue Initiativen und Projekte aufzubauen für die Zeit nach dieser Flut.

Somit ist die quartiersbezogene politische Bildung, mit der die Demokratiewerkstatt Stolberg antritt, wieder ans Laufen gekommen. Benjamin Hoven leistet einen wesentlichen Anteil, um Projekte und Hilfen miteinander politisch zu vernetzen und Bürger/-innen zu organisieren. Das tut auch dringend Not, wo ganze Straßenzüge wegen der Flut nun wie eine Geisterstadt wirken. Mit den Menschen die lokale Gemeinschaft aufzubauen, ist als Anliegen noch wichtiger als zuvor. Davon konnten sich auch der Bürgermeister und die regionale Bundestagsabgeordnete überzeugen, mit denen Bürger/-innen des Stadtteils dank Einladung der Demokratiewerkstatt ins Gespräch kamen. Dabei inspirierten die aktivierenden Künste des Kreativensembles „Brachland“.



Langer Atem gefordert: Nachhaltigkeit nachhaltig gestalten

Eine kurze Kommentierung der Selbstverpflichtungen, welche sich AKSB-Mitglieder in der Klimaerklärung des Dachverbands auferlegen. Durch Prof. Dr. Brigitta Herrmann

„Klimakrise bekämpfen – persönlich, strukturell, politisch!“ Unter diesem Titel hat die AKSB im Nachgang zur Jahrestagung 2020 im Februar 2021 eine Erklärung herausgegeben, die Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit in der Klimakrise zusammenfasst. Prof. Dr. Brigitta Herrmann gefällt dieser Text sehr gut. Besonders gefällt der Professorin of Globalization, Development Policies and Ethics bei der CBS International Business School in Köln, dass sich die Träger auch selbst in die Pflicht nehmen, bei ihrer Bildungsarbeit, aber auch in ihrem institutionellen Handeln. Den meisten Feststellungen und Forderungen kann sie sich gut anschließen. Einige Bestärkungen, Anmerkungen und Ergänzungen hätte sie schon noch beizusteuern – mit Freude in diesem AKSB-inform.

Alles hängt mit allem zusammen

Wichtig sind Brigitta Herrmann die Interdependenzen. Die Dinge gemeinsam zu betrachten, nicht losgelöst, sie miteinander ins Verhältnis zu setzen, ist ihr wichtig. Das gilt für Ökologie und Ökonomie, für Klimaschutz und Technologie, für Kosten und Folgekosten, für die Konsequenzen des Nichthandelns und die Konsequenzen des Handelns. Populistischen Parolen möchte die Professorin Fakten entgegensetzen, über Zusammenhänge aufklären. Zum Beispiel zwischen Klimakrise und Fluchtbewegungen. Oder zwischen Handelsabkommen und nachhaltiger Entwicklung in Schwellenländern. Ein Anliegen, bei dem viele Einrichtungen die Tore bereits weit auf haben.

Regional denken und handeln

Brigitta Herrmann begrüßt die Empfehlungen und Selbstverpflichtungen im Papier, die nachhaltige Mobilität betreffen. Sie möchte den Gedanken erweitern: Noch wichtiger als das Verkehrsmittel, das man wählt, ist überhaupt der Radius des Reisens und Agierens. Die Professorin regt an, stärker regional zu denken und zu agieren. Das fängt bei Bildungsreisen an, die man auch in neuen Formaten in der näheren Umgebung gestalten könnte, mit Fahrrad und ÖPNV. Die eigene Region bietet ebenfalls Vielfalt. Und als Bezugspunkt für politische Bildung, die Teilnehmende zu nachhaltiger Mitgestaltung von Gesellschaft einlädt, dient sich das Umfeld einer Einrichtung ebenso an.

Wachstum neu verstehen

Die Abkehr vom klassischen Wachstumsparadigma der Wirtschaft ist ganz im Sinne von Brigitta Herrmann. Es gelte, den Wert und die Würde jedes einzelnen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Bestandteil dieser Würde sei auch die Erwerbsarbeit, wenn sie gut ausbalanciert und gut ausgestaltet sei. Die Professorin wirbt für einen neuen Wachstumsbegriff, der sich an der Lebensqualität ausrichtet. Das impliziert auch, aktiv gegen die Klimakrise vorzugehen. Ein



Dr. Brigitta Herrmann

solches Konzept vom qualitativen Wachstum möchte sie gerne dem gängigen Bild vom quantitativen Wachstum entgegensetzen, wie es im Bruttoinlandsprodukt gemessen wird – das erste ist nachhaltig, das zweite nicht, weder ökologisch noch sozial, am Ende des Tages noch nicht einmal wirtschaftlich.

In Gespräch und Bewegung bleiben

Sehr gut findet Brigitta Herrmann, dass die AKSB dazu aufruft, dass die Mitglieder sich an ihren Ansprüchen messen lassen. Je überprüfbarer die Kriterien sind, anhand derer das geschieht, umso besser. Aber wichtig ist der Professorin, dass jedes Jahr auch die Kriterien selbst geprüft werden. Denn die Dynamik im Bereich der nachhaltigen Entwicklung erfordert dies. Rahmenbedingungen ändern sich, politische Vorgaben, technologische Möglichkeiten, institutionelle Standards. Brigitta Herrmann appelliert, bewusst im Gespräch zu bleiben und auch den Dialog mit den Fördergebern aktiv zu suchen. Dann verstetigt sich der nachhaltige Impuls des Papiers.

Das Dokument im Wortlaut auf der Website der AKSB:
<https://www.aksb.de/ueber-uns/>



Dr. Manfred Körber

Mit den Menschen über das sprechen, worauf es für sie im Umbruch ankommt

Das Nell-Breuning-Haus setzt vielschichtig an, um den Strukturwandel im Rheinischen Revier als Einrichtung der politischen Bildung zu begleiten. Es braucht verstärkt demokratische Mitgestaltung

Das Rheinische Revier steht vor einem tiefgreifenden Strukturwandel. Wo sich zurzeit noch massive Bagger durch die Bodenschichten fressen, um Braunkohle herauszuholen, soll in absehbarer Zeit Schluss damit sein. Milliarden von Euro werden in diese Region gepumpt, um den Übergang in die postfossile Phase zu gestalten. Mit hoher Dynamik entstehen Verwaltungsstrukturen, welche die Verteilung von Fördermitteln nach politischen Vorgaben ordnen. Im Vordergrund stehen bislang eher wirtschaftliche, infrastrukturelle und wissenschaftliche Förderzwecke. Wie aber wird die örtliche Bevölkerung mitgenommen? Wie sichert man die Attraktivität nicht nur des Wirtschaftsstandortes Rheinisches Revier, sondern auch die Lebensqualität und Lebensperspektiven der Menschen?

Das ist eine Fragestellung, in die sich das Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath mit reichlich Elan einmischt. Leiter Dr. Manfred Körber hat schon beim

letzten großen Strukturwandel, der beim Ende der Steinkohleförderung in der Region einsetzte, mitgedeutet und mitgestaltet. Auch damals ging es um Fragen der Identität, der sozialen Sicherheit, um Wohnen und Armut, um Arbeit und Ausbildung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Damals hatte das Nell-Breuning-Haus ein Bündnis von Kirchen, Gewerkschaften und Kammern an seiner Seite. Heute schmiedet es erneut Allianzen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, um den Umbruch unter sozialpolitischen und sozial-ethischen Gesichtspunkten mitzugestalten. Die Bretter sind genauso dick und hart wie damals.

Als Einrichtung der politischen Bildung geht es dem Nell-Breuning-Haus um Partizipation. Gerade erst hat es mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW und anderen Akteuren ausgelotet, ob sich das bewährte Konzept der Demokratiewerkstätten im Quartier auf die Herausforderung des regionalen Strukturwandels übertragen lässt. Die Antwort im

Fachgespräch lautete: ja, unbedingt, im Grunde geht es sogar nicht anders, wenn man die Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels sozial abfedern und flankieren möchte. Denn die Situationen im Rheinischen Revier sind zu verschieden, um global mit der Gießkanne über alle Kommunen Gelder nach Schema F zu verteilen. Wenn es darum geht, substanzvoll etwas zu bewegen, braucht es einen genauen Blick auf lokale Bedarfe.

Lernort, Dialogort und Projektort für gelebte demokratische Haltung sein

Der Ansatz, den das Nell-Breuning-Haus dabei stark macht, ist die Grundüberzeugung der heutigen politischen Bildung: Demokratie nicht nur formal zu vermitteln, sondern als Haltung. „Demokratie muss gelernt werden“, zitiert Manfred Körber gerne den Sozialphilosophen Oskar Negt. Auch im regionalen Strukturwandel sollen Mitbestimmungsrechte wirklich werden, in die alltägliche Praxis einfließen, Selbstwirksamkeit erfahren werden. Das Nell-Breuning-Haus sieht sich als Lernort, an dem sozialökologische Transformation selbst gelernt und gelebt wird, zum Beispiel, indem man sich nach Kriterien der Gemeinwohlökonomie zertifizieren lässt. Fachkräfte in Fragen von Biodiversität zu schulen und dabei selbst Projekte am Haus und anderswo zu gestalten: ein zweites Beispiel.

Ein Dialog-Ort sein, ist die zweite Linie, die Manfred Körber zieht. Viel beachtet veranstaltete das Nell-Breuning-Haus schon früh eine Dialogreihe mit dem treffenden Namen „Kohlegesprache“, mit dem Ziel, Brücken zu schlagen zwischen den polarisierten

Lagern (s. Foto). Es holte Klimaschützer/-innen, kritische Aktionär/-innen, Gewerkschaften, Bergbaubetreiber und Beschäftigte an den Tisch. Im Bildungszentrum wurden so Gespräche möglich, die im lautstarken Konflikt um die Förderung und Verstromung von Kohle meist zu kurz kommen, untergehen in der verhärteten Gegenüberstellung. Wie aber soll das Zusammenleben morgen aussehen? Es braucht



solche Formate, sich offen über die gemeinsame Zukunft und ihre Ausgestaltung zu unterhalten.

Dritter Gedanke: Projekt-Ort zu sein, auch in der Frage des regionalen Strukturwandels, ist Überzeugung und Notwendigkeit für eine Einrichtung der politischen Bildung. Projekte setzen Impulse mit der Hoffnung, nachhaltig zu wirken, Wissens- und Erfahrungstransfer zu organisieren. Und solange es keine bessere Grundfinanzierung gibt, sind sie auch essentiell, um die wirtschaftliche Grundlage einer qualitativ guten Bildungsarbeit herzustellen.



Raus aus der binnenkirchlichen Lähmung, rein in die gesellschaftlichen Fragen

Eine Arbeitsgruppe in der AKSB hat über verbindende Linien der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung beraten. Ziel ist, 2022 die Stärken und Bedeutung dieser Arbeit öffentlich sichtbar zu machen

Eine Standortbestimmung durchführen, sich einem verbindenden Leitbild nähern, um gemeinsam in der Öffentlichkeit aufzutreten: Das sind die Ziele eines engagierten Verständigungsprozesses innerhalb der AKSB, aus dem heraus 2022 eine Öffentlichkeitskampagne erfolgen soll. Mit aktiv in der Arbeitsgruppe, die sich mit diesem anspruchsvollen Vorhaben beschäftigte: Reinhard Griep, seit 1992 Leiter der Jugendakademie Walberberg in Bornheim und seit dieser Zeit aktiv im Dachverband, und Dr. Christiane Bongartz, Direktorin der Bischöflichen Akademie des Bistums Aachen in Aachen, sie ist seit November 2018 dabei. Im Gespräch mit *AKSB-inform* formulieren die beiden ihren Blick auf Anliegen und Perspektiven für eine zukünftige Kampagne.



Dr. Christiane Bongartz, Reinhard Griep

Vor welchem Hintergrund sind Sie in das Vorhaben gestartet?

Griep: Wir beobachten in jüngerer Zeit in der Trägerlandschaft der AKSB vermehrt Diskussionen und Entscheidungen, ob man sich noch Einrichtungen der politischen Bildung leisten kann und soll. Aus der Jugendbildung sind mir solche Diskurse aus eigener Betroffenheit heraus bekannt, in den letzten 15 Jahren sind die Hälfte aller Häuser bundesweit geschlossen worden. Letzten Endes befinden wir Einrichtungen uns alle an verschiedenen Stellen eines Zeitstrahls, bis zu der expliziten Entscheidung, ob bzw. wie es weitergeht. Das wollten wir nicht fatalistisch der Dynamik bei einzelnen Bistümern und sonstigen Trägern überlassen, sondern einen selbstbewussten Akzent in der Debatte setzen. Wir wollten gemeinsam deutlich machen, was die Gesellschaft und die Kirchen von katholisch-sozial orientierter politischer Bildung hat, was diese einbringt, was sie auszeichnet. Hier mit einer Stimme zu sprechen, öffentlich wahrnehmbar, schien uns die richtige Herangehensweise. Dann sind wir gestartet.

Wie ließ sich die Zusammenarbeit an?

Bongartz: Die Härte mancher Wortwechsel hat mich als ziemlichen Neuling in der Runde überrascht. Der

Existenzdruck ist bei manchen Einrichtungen bereits sehr hoch und da fehlte es nach meiner Wahrnehmung zu Beginn am gegenseitigen Verständnis. Aber wir sind sehr gut ins Arbeiten gekommen und ich schätze es sehr, dass der Dachverband diesen Rahmen geschaffen hat, über die verbindenden Merkmale der eigenen Arbeit zu sprechen. Mich hat sehr positiv beeindruckt, mit welcher Leidenschaft alle über das sprechen, was für sie eine kirchlich getragene politische Bildung ausmacht. Wir sind irgendwann über den Punkt hinausgekommen, uns in Kleinigkeiten zu verzetteln. Dafür läuft vielen von uns gerade einfach die Zeit weg. So sind wir auf das Wesentliche gekommen, auf gemeinsame Grundlinien, die wir auch Dritten gegenüber vertreten können.

Griep: Der Knackpunkt war sicher die große Vielfalt, mit der wir in der AKSB unterwegs sind. Wir haben Träger unterschiedlichster Größe und Finanzkraft, wir haben Träger ohne und mit Häusern. Und natürlich haben wir auch unterschiedliche Schwerpunkte und Akzente in der Ausrichtung unserer Bildungsangebote. Allen gemeinsam sind die kirchliche Anbindung und die pastorale Dimension. Aber das stellt heute auch keinen stabilen Rahmen mehr dar angesichts der veritablen Kirchenkrise, in der wir uns befinden und in der wir unsere Rolle neu bestimmen müssen.



Haben Sie auf den letzten Punkt hin gute Antworten finden können?

Bongartz: Die Debatte darüber hat uns eine Zeit lang gelähmt. Über die Kirchenkrise haben wir sehr viel gesprochen, das hat alle Kräfte gebunden. Wir waren ratlos und auch uneinig, welche Konsequenzen sich für uns als Träger und Einrichtungen, die in einen Dialog mit der Gesellschaft gehen, aus Themen wie Missbrauch, Sexualmoral, Ausgrenzung von Frauen und Homosexuellen ergibt. Sowohl nach innen als auch nach außen hin hat dieses Spannungsfeld sehr viel Sprengkraft. Wir haben uns, wie die Kirche insgesamt, eher an diesen internen Themen festgebissen, anstatt über unsere gesellschaftlich bedeutsamen Beiträge durch politische Bildung zu reden. Erst als wir diese Binnenfragen verließen, haben wir die Kurve bekommen und über unsere Stärken gesprochen.

Griep: In dieser Ambivalenz haben wir selbstbewusst geschaut: Was bedeutet unsere konfessionelle Tradition heute, wie inspiriert sie unsere Bildungsarbeit, welche Werte leiten uns? Und auch nach vorne haben wir geschaut, nicht allein mit der Brille der Existenzsicherung. Ein guter Rahmen muss her, um auch morgen wirkungsvolle und zukunftsorientierte politische Bildung mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu betreiben. Über die Strukturen kann und muss man sicherlich reden, mit den Trägern, mit dem Staat. Zum einen gilt es herauszustellen, was katholisch-sozial orientierte politische Bildung ausmacht und stark macht, zum anderen geht es auch darum, herauszuarbeiten, welche Rolle und Funktion dabei den Bildungshäusern explizit zukommen – denn die gelten einigen Bistümern lediglich als Kostenfaktor und weitgehend verzichtbar. Und sicher müssen wir auch unsere Hausaufgaben machen: Sind unsere Angebote inhaltlich, zielgruppenspezifisch in der traditionellen „Komm-Struktur“ noch zeitgemäß oder wo müssen wir uns verändern, vielleicht aufsuchender werden und lebensweltorientierter?

Welche Herausforderungen bleiben?

Bongartz: Was wir festgestellt haben in unseren Gesprächen: Ein Profil lässt sich nicht am Reißbrett entwickeln, man muss es praktisch leben. Das heißt, dass das, was wir im nächsten Jahr öffentlich kommunizieren, von der Arbeit der katholisch-sozialen Bildungswerke gedeckt sein muss. Für mich ist das, was wir bisher erreicht haben, daher nur ein Zwischenergebnis. Ein Label ist wichtig, aber jetzt muss die Verständigung weitergehen. Was bedeutet das, was wir für uns reklamieren, konkret? Der Dachverband bleibt für mich der richtige Ort, um über Fragen des gemeinsamen Verständnisses zu sprechen und dabei auch die offenen Knackpunkte ehrlich und ziel führend ausdiskutieren. Dazu gehört für mich zum Beispiel die Frage: Wie viel Beutelsbacher Neutralität ist demokratisch geboten, wenn es um Parteien geht, die aktiv gegen Grundrechte und Grundordnung arbeiten?

Griep: Da kann ich mitgehen. Mir sind zwei Aspekte noch wichtig, die in meinen Augen konstitutiv für unsere katholisch-soziale Trägerlandschaft sind. Zum einen möchte ich, dass wir immer im Blick behalten, dass wir unseren Teilnehmenden demokratische Teilhabe erschließen, Handlungsoptionen anbieten, damit sie selbstwirksam Gesellschaft mitgestalten. Zum anderen plädiere ich dafür, den Zugang für die Bevölkerungsgruppen offen zu halten und zu erleichtern, für die unsere Angebote bisher zu sehr mit Barrieren behaftet sind. Eine solche Öffnung und Verbreiterung der Reichweite von politischer Bildung ist für mich der demokratische Auftrag, den die Gesellschaft an uns stellt. Diese Kernaufträge sehe ich sehr gut mit unserem christlichen Auftrag verbunden. Ich denke, darüber zu reden, wird uns sowohl mit Blick auf die Träger als auch auf die Gesellschaft weiterhelfen.

Wo sind die Menschen, die für eine solidarische Gesellschaft brennen?

Katholisch-soziale Bildungswerke können als zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam mit anderen viel für benachteiligte Bevölkerungsgruppen bewegen. Das sagt Dr. Peter Klasvogt, Direktor der Kommende Dortmund und Sprecher des Akademieleiterkreises

Eine Kirche, die nicht dient, dient zu nichts: Dieses markante Wort des früheren Bischofs von Evreux, Jacques Gaillot, leitet auch Prälat Dr. Peter Klasvogt. Mit Blick auf die katholisch-sozialen Bildungswerke in Deutschland sagt der Direktor der Kommende Dortmund im Gespräch mit *AKSB-inform*: „Papst Franziskus ruft uns auf, an die Ränder der Gesellschaft zu gehen, zu den Armen und Bedrängten. Dafür haben wir die christliche Soziallehre an unserer Seite. Sie bietet uns die Chance, aus der Selbstbeschäftigung mit binnenkirchlichen Themen auszubrechen und aus christlicher Verantwortung heraus einen Dienst an der Gesellschaft zu leisten.“

Peter Klasvogt lässt keinen Zweifel daran, dass die Zuwendung zum Nächsten für ihn die Vitalität des Christentums ausmacht. Das hat für den Direktor klare Konsequenzen für die Haltung, mit der katholisch-soziale Bildungswerke wie das, das er leitet, arbeiten. Er fragt zum Beispiel: Kann es uns egal sein, dass ein Fünftel der jüngeren Bevölkerung vom Bildungsabschluss her von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen sind? Den Menschen in den Blick zu nehmen, sich von seiner Not berühren zu lassen, mit ihm gemeinsam Wege suchen und gestalten, die Situation zum Besseren zu wenden: Das sind Ansätze, die der politischen Bildung auch professionell eigen sind und zugleich aus einer solidarischen Haltung heraus Werte der katholischen Träger im Alltag wirken lassen.

Die Kommende Dortmund macht das auf verschiedenen Ebenen. Im Grundgeschäft arbeitet sie mit chancenbenachteiligten Jugendlichen, zum Beispiel in Form von Sozialen Seminaren in- und außerhalb von Schulen. Wer daran teilnimmt, kommt sichtbar besser durch das Leben und nimmt Gestaltungsmöglichkeiten wahr, beobachten die Mitarbeitenden der Kommende immer wieder. Die Kommende geht in Hauptschulen und in soziale Brennpunkte, sucht Orte der Jugendlichen auf.

Solidarität und Respekt sind Werte, um gelingend zusammenzuleben

Die Persönlichkeit entlang politischer Fragestellungen zu entwickeln, ist angesetzt am konkreten Alltag gut möglich. Junge Menschen erschließen sich die Welt und setzen sich mit ihren Lebensperspektiven auseinander. Dies bedeutet auch, sich zu fragen: Was sind die Werte, für die es sich lohnt, zu leben. Peter Klasvogt macht deutlich, dass Solidarität und Res-



Prälat Dr. Peter Klasvogt

pekt solche Werte sind, um gelingend zusammenzuleben, auch mit Arbeits- oder Wohnsitzlosen, auch mit Geflüchteten. Das wird in der politischen Jugendbildung der Kommende geleistet und ist Basisarbeit, um die Jugend nachhaltig immun zu machen gegen die Einflüsterungen des Rechtsextremismus.

Beim bloßen Bilden bleibt die Kommende allerdings nicht stehen, sondern begreift ihren Auftrag, aus christlicher Sendung heraus Welt mitzugestalten, umfassend. So betätigt sie sich konkret als Lobbyist für die Menschen, deren Stimme nicht oder kaum gehört werden. Das macht sie einerseits durch entsprechende Tagungen und Abendveranstaltungen, in denen sozialpolitische Themen auf die Tagesordnung gehoben werden. Das ist auch der Ort, wo zum Beispiel die anstehende große sozialökologische Transformation oder die bereits eingesetzte forcierte Digitalisierung auf die sozialen Aspekte hin besprochen werden, die sich damit verbinden.

Gemeinsam Motor einer sozialen Entwicklung im Gemeinwesen sein

Andererseits aber engagiert sich die Kommende konkret, vor allem in der Dortmunder Stadtgesellschaft.



Sie vernetzt sich mit Politik, Verwaltung, Kammern, Gewerkschaften, anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, moderiert Dialogforen und hilft, Projekte zu entwickeln. Gemeinsame Schnittmengen zwischen den Partnern werden genutzt, um etwas bei sozialen Herausforderungen wie Kinderarmut und Arbeitslosigkeit in Dortmund zu unternehmen. Wo sind die Menschen, die für eine solidarische Gesellschaft brennen? Peter Klasvogt entdeckt sie in diesen Momenten. Die Kommende gestaltet den Rahmen mit, um diese Leidenschaft wirksam werden zu lassen. Im besten Fall stößt auch die spirituelle Dimension hinzu, die Verbindung zu Gott, ergänzt der Direktor. Sich selbst als zivilgesellschaftlichen Akteur zu begreifen, der etwas im Gemeinwesen tun kann und soll, mit anderen zusammen, ist der Qualitätsschritt,

der das christliche Profil rund macht. Peter Klasvogt möchte mitweben an einem geistigen Klima, das die soziale Marktwirtschaft mitdenkt für Menschen mit geringen Einkünften oder kleinen Renten. Die katholisch-sozialen Bildungswerke haben Verbindungen in die bürgerlichen Milieus hinein, häufig sind sie vernetzt mit Gymnasien und Hochschulen. Hier die Prinzipien der christlichen Soziallehre lebendig halten und stark machen, ist ein leistbarer Beitrag. Den Schulterchluss mit der Wissenschaft hält der Direktor ebenfalls für sehr bedeutsam. Überhaupt, der Blick über den Tellerrand: Dass die Kommende seit mehr als 15 Jahren einen Transfer der Soziallehre in die Kirche der postkommunistischen Länder gestaltet, erfüllt Peter Klasvogt mit einem gewissen Stolz. Hier wird Weltkirche weltgestaltend wirksam. ■



An den Erfahrungen, Fähigkeiten und Stärken anzusetzen, passt absolut in die heutige Zeit

Der Sozialphilosoph Oskar Negt und sein Konzept der gesellschaftlichen Grundkompetenzen tragen seit mehr als 50 Jahren als theoretisches Konzept für politische Bildung. Es lohnt sich, einmal näher hinzuschauen

Kürzlich ist Wilfried Wienen in Rente gegangen. Mit ihm hat eine profilierte Stimme der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung die AKSB verlassen. Eine Konstante prägt seine Berufsbiografie und das, was er in den Dachverband als Reibungspunkt eingebracht hat: Oskar Negt. Dessen Konzept von politischer Bildung begleitete Wilfried Wienen von 1985 bis 2008 im Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath und von 2008 bis 2021 bei der KAB Deutschlands in Köln. Wilfried Wienen geht, Oskar Negt bleibt. Im persönlichen Gespräch hat der Sozialphilosoph, inzwischen 87 Jahre alt, dem Bildungsreferenten einmal erklärt: „Es ist alles noch gültig.“ Im Interview mit *AKSB-inform* skizziert Wilfried Wienen, warum der Ansatz von Oskar Negt auch heute Aktualität beanspruchen kann.

Kurz und knapp für Anfänger erklärt: Worum geht es bei Oskar Negt?

Oskar Negt hat ein ganzheitliches Konzept für die politische Bildung vorgelegt, das Lernen an der Erfahrung in den Mittelpunkt stellt. Wenn Menschen politisch gebildet werden, geht es darum, ihr Urteilsvermögen zu fördern, so dass ihnen eine Orientierung möglich ist. Sie sollen lernen, Zusammenhänge herstellen zu können. Dabei kommen sechs Kompetenzen zum Zuge. Die Identitätskompetenz: sich selbst verorten zu können, auch mit einer gebrochenen Biografie. Die technologische Kompetenz: Technik und Medien anwenden und kritisch in ihren Folgen einschätzen zu können. Die Gerechtigkeitskompetenz: Recht und Unrecht unterscheiden zu können, Ungerechtigkeit in der Gesellschaft benennen zu können. Die ökologische Kompetenz: die Lebensgrundlagen der menschlichen Existenz einschätzen zu können. Die historische Kompetenz: sich erinnern können, in Alternativen und Utopien für bessere Verhältnisse denken zu können. Und die ökonomische Kompetenz: die wirtschaftlichen Zusammenhänge unserer Gesellschaft verstehen zu können. Oskar Negt belegt diese Kompetenzen auch mit dem Begriff „gesellschaftliche Kompetenzen“.

Der Ansatz ist ein halbes Jahrhundert alt. Ist er heute noch aktuell?

Ich meine, diese theoretische Folie, die Oskar Negt anbietet, hilft auch heute, politische Bildung zu konzipieren. An den Erfahrungen, Fähigkeiten und Stärken anzusetzen, welche die Teilnehmenden einbringen, passt absolut. Die ganzheitliche Systematik der Kompetenzen, die Oskar Negt vorlegt, schärft nach meiner Einschätzung den bildnerischen Blick, um zum Beispiel mit heutigen Herausforderungen wie der sozialökologischen Transformation umzugehen. Der Ansatz hat besonders die Menschen im Blick, welche sozial und wirtschaftlich benachteiligt sind. Was bei



Wilfried Wienen

ihnen funktioniert, klappt auch bei allen anderen. Und wir müssen uns als Gesellschaft insgesamt in unserem Alltag und unserem Lebensstil bewegen, damit der Planet gerettet werden kann. Beim eigenen Leben anzusetzen, um zu sehen, und darüber ins Urteilen und Handeln zu kommen, ist der Dreischritt, der mit Oskar Negts lebensnaher Konzeption möglich wird.

Manches klingt sehr vertraut aus der aktuellen Bildungspraxis. Der Name Oskar Negt fällt trotzdem selten. Warum?

Es gibt sicherlich mehrere Gründe dafür. Zum einen kippt die Auseinandersetzung mit theoretischen Grundlagen häufig im Alltag hinten über. Wirtschaftlicher Druck und verdichtete Arbeit führen dazu, dass eher praktikable Methoden im Fokus stehen als die

Theorie dahinter. Ich persönlich bedauere das, man sollte nicht theorielos unterwegs sein, denn die Theorie gibt dem Einsatz von Methoden eine Richtung. Zum anderen gibt es sicher Berührungspunkte gegenüber Oskar Negt wegen seiner ideologischen Herkunft, wegen seiner Gewerkschaftsnähe, seiner Verortung im sozialkritischen Spektrum, mit Anklängen an sozialistische Gesellschaftsvorstellungen. Träger, die sich explizit im Kontext der christlichen Sozialethik bewegen, haben damit vielleicht weniger Pro-

bleme. Aber die Bandbreite in der Trägerlandschaft der katholisch-sozialen Bildungswerke ist weit. Das versperrt manchen einen expliziten Zugang zu Oskar Negt, obwohl seine Herangehensweise zielführend ist. Ich werbe dafür, diese Schere im Kopf beiseitezulegen und sich professionell mit dem Bildungskonzept zu beschäftigen. Mein Argument dafür ist, dass es absolut dafür taugt, heutige Herausforderungen in der politischen Bildung zu bewältigen. —

Nachgehakt: Wieviel Oskar Negt steckt drin, ohne dass es draufsteht?

Die Konzepte von Arbeiterbildung und Arbeitslosenbildung, die sich explizit mit dem Namen Oskar Negt verbinden, sind in der AKSB am ehesten im Bereich der Fachgruppe 2 *Arbeit – Bildung – Soziales* verortet. Wieviel von den theoretischen Annahmen und Schlussfolgerungen des Sozialphilosophen findet sich heute in der praktischen politischen Bildung wieder?

Ein Gespräch von *AKSB-inform* mit den Fachgruppenleitern Robert Kläsener und Matthias Blöcher zeigt ganz schön viel. Manches ist heute einfach Standard, ist der politischen Bildung in Fleisch und Blut übergegangen. Zum Beispiel der Gedanke, Bildung allen Menschen zugänglich zu machen. Aktuell sucht man da einen verstärkten Schulterschluss mit der Jugendsozialarbeit, um die Zugänge zu bildungsbenachteiligten Jugendlichen weiter zu verbessern, etwa durch aufsuchende politische Bildung. Und einige Träger aus dem Umfeld der AKSB suchen eine inklusive Anschlussfähigkeit ihrer Bildungsarbeit zu Menschen

mit starken Lernschwierigkeiten, um nur zwei Ausformungen zu nennen.

Die Orientierung an der Lebensrealität der Teilnehmenden gehört fest zum Repertoire der politischen Bildung, wie auch das Ziel, sie in ihrer Orientierung und Handlungsfähigkeit zu stärken. Diese Dimension gewinnt mit den veränderten Rahmenbedingungen, in denen schulische Bildung stattfindet, noch einmal für die außerschulische politische Jugendbildung an Bedeutung. Denn politische Bildung zielt nicht auf Zertifikate, auf beruflich verwertbare Qualifikationen ab. In ihren Kooperationen mit Schulen geht es den Trägern außerschulischer Bildung vielmehr darum, die Jugendlichen in ihrer Gestaltungskompetenz zu stärken, so dass sie ihr Leben meistern sowie ihr Umfeld und die Gesellschaft mitgestalten können. Das fordert auch die Bildenden heraus: Nicht Zuschreibungen tätigen, sondern Erfahrungen ermöglichen, das ist ihr Auftrag. Und das klingt dann doch schon sehr nach Oskar Negt, ohne es zu sagen. —



Matthias Blöcher



Robert Kläsener



Wir müssen an einer offenen, demokratischen und wohlwollenden Gesellschaft interessiert sein

Abschied und Neubeginn: Was der Umzug der Akademie des Bistums Hildesheim bedeutet und welche Herausforderungen sich daraus ableiten, die für viele in der kirchlich getragenen politischen Bildung gelten

Die Nachricht machte kurz Schlagzeilen: Die Akademie des Bistums Hildesheim verlässt bis 2022 das St. Jakobushaus in Goslar, das sie seit 1958 beherbergt hat. Sie zieht um in die Landeshauptstadt Hannover. Die vielschichtigen Prozesse, die sich mit diesem Projekt verbinden, schildert Akademiedirektorin Dr. Ruth Bendels im Interview. Sie engagiert sich auch im Vorstand der AKSB.

Ganz praktisch gefragt: Wie sieht der aktuelle Stand der Umzugsvorbereitungen aus? Arbeiten Sie nur noch aus gepackten Kisten heraus?

Tatsächlich stehen so einige Kisten herum und im ganzen Haus laufen die Vorbereitungen – was soll wohin kommen? Man glaubt ja nicht, was ein Bildungs- und Tagungshaus alles an Inventar, Büchern, Bildern und „materieller Geschichte“ hat! Aus Koffern leben wir aber noch nicht, zumindest nicht im eigentlichen Sinn des Wortes – die Büro-Infrastruktur steht noch, wir haben auch jeder noch einen Bürostuhl... Im übertragenen Sinn allerdings, doch, da geht es schon darum, das Wichtigste griffbereit zu haben, weil Vieles – an Prozessen, Bezügen, erprobten Konzeptionen usw. – nicht mehr einfach so bzw. noch nicht wieder zur Verfügung steht. Wir brauchen gerade noch etwas mehr Konzentration als sonst.

Mit welchen Aspekten beschäftigen Sie sich heute, die Sie beim Antritt eher nicht mit dem Amt der Direktorin verbanden?

Ach, ich habe mir beim Amtsantritt ganz sicher nicht vorgestellt, ein so schönes, lebendiges Haus auflösen zu müssen und den Kolleg/-innen zu sagen, dass sie richtig gut gearbeitet haben, das Haus gut weiterentwickelt wurde und es trotzdem geschlossen werden muss. Dieses „Trauerjahr“, das wir in unterschiedlicher Weise miteinander hatten, hat mich schon sehr betroffen. Das Technische oder Logistische, das Sie vielleicht vor allem meinen – ach, naja, das kriegen wir schon hin!

Die Entscheidung hat sicher zunächst Ängste, Ärger, Trauer und Verunsicherung ausgelöst. Wie ist

die aktuelle Stimmungslage bei den Beteiligten? Rückt der Blick nach vorne?

Ich glaube, das ist immer noch unterschiedlich. Einige berichten, dass sie mit ihrem persönlichen Weg nun sehr zufrieden sind, aber für andere ist die Trauer noch präsenter oder auch der weitere Weg noch unklar. Zum Glück ist es bei vielen Kolleg/-innen wirklich sehr gut gelungen, innerhalb des Bistums oder auch außerhalb gute neue Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Um das Jakobushaus mit seinen vielen (Bildungs-)Geschichten tut es uns, ich glaube, allen, noch genauso leid wie am Anfang. Ich bin sehr dankbar für die intensive Zeit hier.

Ich persönlich brauche es jetzt aber auch, mit der neuen Akademie loslegen zu können und wieder etwas Positives zu gestalten! Es ist sehr gut, dass wir die wichtigsten Beschlüsse nun treffen konnten, dass ich ein Team zusammenstellen kann und wir mit der gemeinsamen Arbeit richtig beginnen. Und ich bin wirklich sehr froh über die geschaffenen Grundlagen, auf denen sich die neue Akademie nun entwickeln darf. Das sind Rahmenbedingungen, die alles andere als selbstverständlich sind. Das kann eine wirklich gute Akademie werden, ein guter Ort mit anspruchsvollen Zielen!

Man kennt es aus dem privaten Leben: Ein Umzug bietet auch Chancen, sich von etwas zu trennen, es also nicht mitzunehmen, und sich neu einzurichten. Wie sieht es übertragen auf den Umzug Ihrer Akademie aus? Was nehmen Sie mit, was bleibt in Goslar? Was gibt es Neues in Hannover?

Ich versuche mir tatsächlich vorzustellen: Wir fangen ganz neu an... Als ich 2016 als Akademiedirektorin

begann, habe ich mit Kollegen aus den anderen Akademien viel über die Welt, die „plötzlich aus den Fugen geraten“ sei, gesprochen – im Anschluss an einige Texte von Gila Lustiger. Heute würde ich vielleicht eher sagen, sie ist schon ganz schön lang aus den Fugen, insgeheim und auch gar nicht so insgeheim. An vielen Orten, auch und gerade innerkirchlich. Und in dieser Situation habe ich die Chance, neu zu fragen, was kann eine Akademie bewirken? Wie können wir am besten nützlich sein? Wo ist die Utopie nicht zu klein und doch auch realistischer Boden unter den Füßen? Und wir wollen dem neuen Ort bzw. den neuen Orten gerecht werden. Ich empfinde das als großes Glück und ungeheure Verantwortung.

Natürlich nehme ich dabei aber eigentlich doch eine Menge mit: Kolleginnen, Kompetenzen, Ideen und Erfahrungen, auf die ich allesamt auf keinen Fall verzichten möchte. Das Umfeld im Bistum Hildesheim und überregional, die vielen guten Kontakte, die es schon gibt. Und: Die politische Bildung, die nehme ich auch mit. Auch das macht mich besonders froh, auch hier müssen wir für Hannover manches anders und neu denken, wollen uns unterschiedlichen Denk- und Lebensweisen noch stärker aussetzen, partizipativer, durchlässiger werden.

Wie gestalten Sie Ihre Zukunftssuche? Auf der Website des St. Jakobushauses deuten Sie an, bewusst ohne Leitbild zu arbeiten. Denn die Veränderung selbst ist aktuell Ihr Markenzeichen. Wer ist an Ihrer Transformation beteiligt und wie geschieht das?

Auf der einen Seite, ja, ich versuche tatsächlich, diesen „Möglichkeitsraum“ deutlich zu markieren. So etwas gibt es nicht oft. Ich versuche, uns das präsent zu machen – nicht zu schnell den üblichen Wegen folgen, neue Dinge anschauen! Auf der anderen Seite heißt das aber natürlich nicht, dass wir wirklich bei Null beginnen und ohne Konzept agieren. Die Zielsetzungen sind klar, Anforderungen sind klar, es gibt einige Dinge, die wir unbedingt schaffen, andere die wir dringend ausprobieren möchten. Die Akademie, so sehr es auch ein Neustart wird, steht ja auch nicht im luftleeren Raum, sondern in einem gewachsenen Umfeld, und sie hat einen Auftrag.

Insofern würde ich nicht sagen, dass Veränderung im Moment unser Markenzeichen ist – aber wir nehmen



Dr. Ruth Bendels

sie ernst. Im Moment stelle ich ein Team zusammen – es ist mir wichtig, dass wir bald so viel wie möglich miteinander entwickeln können. Parallel diskutieren wir aber öffentlich weiter – zum Beispiel in diesem Monat über Kirche und Demokratie mit Bischof Wilmer, Ministerpräsident Weil, Rainer Eppelmann und Helga Schubert.

Sie sind durch Entscheidungen des Trägers in einen solchen Prozess gezwungen worden. Angesichts der Chancen und Potenziale, die er eröffnet, stellt sich die Frage: Was können andere Träger und Einrichtungen der politischen Bildung von Ihren Erfahrungen und Ansätzen lernen? Würden Sie empfehlen, sich dem freiwillig auszusetzen?

Ach, mit Empfehlungen tue ich mich schwer, aber klar ist doch: Wir stehen – als Gesellschaft wie als Kirche – jetzt in einer Vehemenz vor all den Gerechtigkeitsfragen, die wir seit mindestens 50 Jahren hätten lösen müssen, dass uns die Zeit davonläuft. Verschärft durch Ressourcenfragen – hier wie dort, wenn auch auf sehr unterschiedlichen Ebenen. Das heißt, es braucht jetzt alles zugleich: Engagement, Entscheidungen und einen weiten Horizont.

Es ist also nicht viel Zeit für Kämpfe um Macht und um Gewohnheiten, die bei Veränderungen immer auch mitverhandelt werden. Sondern wir müssen uns relativ nüchtern die Werte ansehen, für die wir stehen wollen.

Und da bin ich fest davon überzeugt, dass es um dieselbe Sache geht: Wir verantworten als Kirche die Gesellschaft, in der wir leben, mit. Und wir müssen an einer offenen, demokratischen und wohlwollenden Gesellschaft interessiert sein – nicht nur, weil wir ihr unsere Freiheit verdanken. Das heißt, es führt überhaupt gar kein Weg daran vorbei, dass wir uns für Bildung und für kluge, faire gesellschaftliche Diskurse einsetzen. Das wiederum geht aber nur, wenn wir unsere eigene Institution so fassen, dass sie den Werten auch entspricht, die wir vertreten wollen. Sonst wird das niemand verstehen können – und auch nicht mehr wollen.



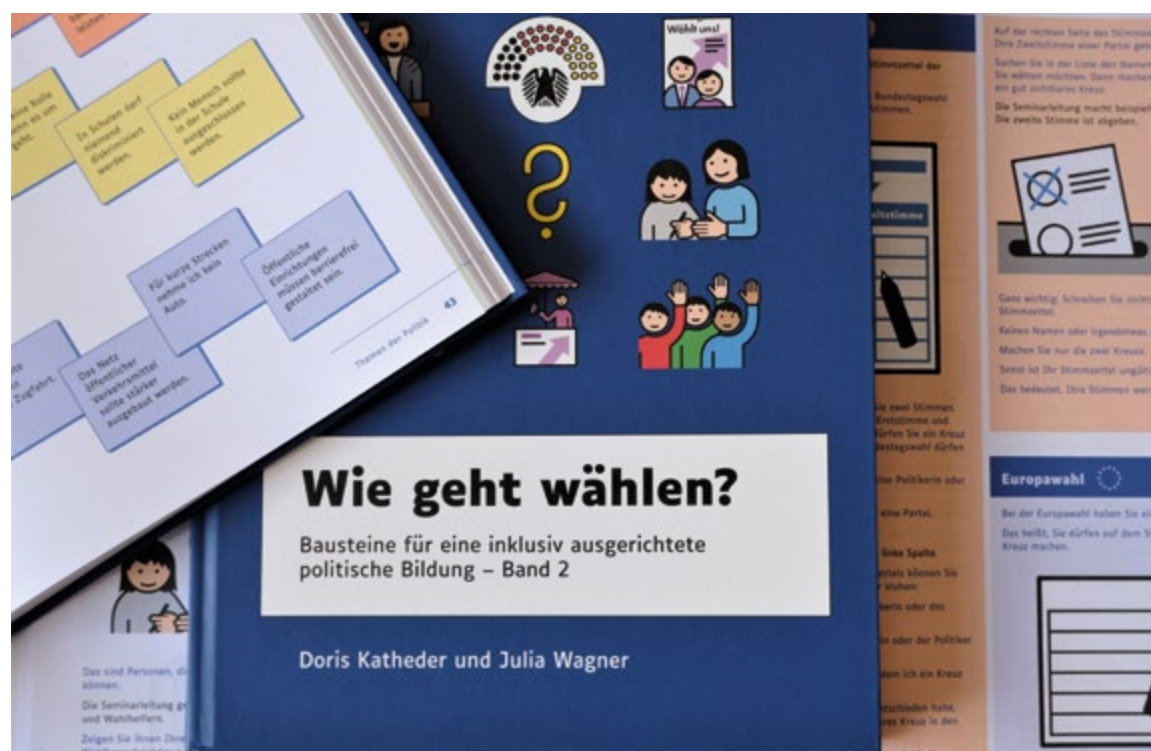
Auf dem Weg zu echter politischer Teilhabe sind noch viele Barrieren zu beseitigen

Wie sieht der Zwischenstand bei der inklusiven Ausrichtung von politischer Bildung aus? Das AKSB-Projekt „Wie geht Demokratie?“, gefördert vom Bundesprogramm „Demokratie leben“, organisiert den nötigen Austausch zwischen Einrichtungen und Adressat/-innen

Die Bundestagswahl 2021: erstmals inklusiv? Da äußern viele Beteiligte große Zweifel. Rechtlich ist zwar der Rahmen gesetzt, mit Blick auf das allgemeine Wahlrecht und das Diskriminierungsverbot gegenüber Menschen mit Einschränkungen. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus 2019 ebnete 81.000 Personen unter Vollbetreuung die Teilnahme an den Wahlen. Aber: Die Wirklichkeit sieht anders aus. Es ist noch viel zu tun, um eine selbstbestimmte politische Teilhabe von Menschen mit Lernschwierigkeiten zu gewährleisten. Diese brauchen weltanschaulich neutrale Wegbegleiter, die mit ihnen gemeinsam politische Information, Meinungsbildung und Mitwirkung erschließen. Und auch diese wichtige Bedingung ist noch bei weitem nicht hergestellt.

In diesem Problemfeld kommt der AKSB bundesweit eine Bedeutung zu. Im Projekt *Wie geht Demokratie?* erproben Bildungshäuser und Bildungswerke inklusive, barrierearme Formate der politischen Bildung. Auch treten diese Modellstandorte und weitere AKSB-Mitglieder in einen Austausch und in eine Kooperation mit Einrichtungen und Diensten, die mit der genannten Bevölkerungsgruppe arbeiten. Nicht zuletzt sind da auch die Menschen mit Einschränkungen und ihre Familien wichtige Gesprächspartner/-innen. Dass daraus eine wirkungskräftige Annäherung an das geschieht, was wirklich zu tun ist, um Inklusion zu erreichen, zeigte sich bei der digitalen AKSB-Fachveranstaltung „Deine Wahl!“ am 9. September 2021. Hier kamen alle Beteiligten miteinander ins Gespräch. Die Problemanzeigen mit Blick auf die Bundestags-

wahl waren dabei zahlreich: Die Parteien haben sich nur halbherzig der Verpflichtung unterworfen, sich verständlich auszudrücken. Um von der besonderen Zielgruppe verstanden zu werden, müssten sie stärker verdichten und konkretisieren. In vielen Familien und Einrichtungen fehlt es an Personen, die sich in der nötigen Übersetzungsleistung engagieren. Am Wahltag selbst warten zahlreiche Barrieren auf die Menschen, längst nicht alle Wahllokale sind räumlich so gestaltet und ausgeschildert, dass sie gut zugänglich sind. Und auch die amtlichen Unterlagen zur Wahl sind nicht angepasst und völlig unverständlich. So manches, was zu tun ist, würde auch anderen Bevölkerungsgruppen bei ihrer politischen Teilhabe gut tun.



Der gemeinsame Weg ist aufwändig, unbequem, bereichernd

Eine echte und nachhaltige Partizipation ist das Sternziel jeder politischen Bildung, betonte AKSB-Vorsitzender Gunter Geiger bei der Fachtagung. Dass innerhalb des Dachverbandes Expertise und Erfahrungen bei der inklusiven Ausrichtung ausgetauscht werden, begeistert den Direktor des Bonifatiushauses Fulda. Dies überwinde ein Grundübel der üblichen inselhaften Projektlogik, die unverbunden Ansätze erprobe. Sich auf den Weg zur echten Inklusion aufzumachen, ist allerdings alles andere als bequem, ergänzte Rüdiger Paus-Burkard, Direktor der Akademie Klausenhof, welche die Fachtagung logistisch ausrichtete. Noch viele Schritte sind zu gehen, um die eigene Sperrigkeit etwa in Sprache und Formaten zu überwinden. Darauf verwies auch AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber. Und er unterstrich: Wenn Einrichtungen der politischen Bildung ihre eigenen Beschränkungen auflösen wollen, geht das nur im lebendigen Austausch mit den besonderen Adressat/-innen und den Einrichtungen und Diensten, die mit ihnen im Alltag arbeiten.

Bei der gemeinsamen Aufgabe lauern viele Fallstricke. Im AKSB-Projekt *Wie geht Demokratie?* werden im Zuge vielfältiger Seminare engagierter Träger zahlreiche Materialien entwickelt, die politische Inhalte und Fragen niedrigschwellig vermitteln. Und dennoch ist ein wichtiges Zwischenresümee: Es braucht überall im Alltag Menschen, die diese Videos, Grafiken, Spiele und Texte in einfacher Sprache zugänglich machen, mit den Adressat/-innen diskutieren, um sie in ihrer politischen Meinungsbildung zu unterstützen. Eine große Herausforderung ist dabei, dies wertneutral zu leisten, sprich: nicht die eigene Haltung in die Meinungsbildung des jeweiligen Menschen mit Lernschwierigkeit einfließen zu lassen. Partizipation soll schließlich nicht Manipulation bedeuten, sondern Menschen befähigen, sich mit ihren eigenen Werten in die Gestaltung von Politik und Gesellschaft einzubringen. Diese Gefahr gilt es auf allen Seiten und allen Ebenen zu erkennen und so weit wie möglich zu bannen.

Bewusste Auseinandersetzung und Entwicklung gefordert

Allein diese Herausforderung macht deutlich, dass allen Beteiligten eine Organisationsentwicklung bevorsteht, wenn sie sich entsprechend der UN-Behindertenkonvention auf die Adressat/-innen einrichten wollen. Ein wichtiger erster Schritt sei dabei, sich vom Ableismus zu lösen, betonte während der Fachtagung am 9. September Dr. Dorothee Meyer von der Leibniz Universität Hannover. Ein Begriff, der seinerseits erstmal verstanden werden muss. Er beschreibt den unbewussten Prozess, dass man bestimmten Personen bestimmte Fähigkeiten zuschreibt oder aberkennt, ohne sie genau zu kennen. Diese Vorurteile haben handfeste diskriminierende Folgen zum Beispiel im Alltag von Einrichtungen, auch bei denjenigen, die sich die Inklusion und politische Teilhabe auf



Stefan Braun

die Fahne schreiben. Die bewusste Auseinandersetzung mit dem eigenen Ableismus geht am besten per direktem Austausch aller Beteiligten, einschließlich deren Interessenvertretungen wie den einschlägigen Verbänden.

Im AKSB-Projekt *Wie geht Demokratie?* wird einfach angefangen, miteinander abgestimmt vor Ort die komplexe Herausforderung der inklusiven politischen Bildung anzupacken. Alle Problemkreise, die bei der Fachtagung angesprochen wurden, werden im Gesamten betrachtet und im Austausch zusammengeführt. Die Fachtagung „Deine Wahl!“ am 9. September 2021 zeigte beispielhaft auf, welche Qualität aus dieser übergreifenden Vernetzung entsteht. Dies bekräftigte Projektkoordinator Stefan Braun, der die Online-Fachtagung lebendig moderierte.

Ein weiteres Fazit aus der Tagung zeigte auf: Inklusion, die diesen Namen verdient, erfordert flächendeckend erheblich mehr personellen und finanziellen Einsatz. Damit rechtliche Rahmensetzung und Selbstverpflichtungen wirklich Früchte tragen, muss daher mittelfristig auch die Regelfinanzierung von Einrichtungen und Diensten sowohl der politischen Bildung als auch der beruflichen und sozialen Integration auf diese erhöhten Anforderungen angepasst werden.



Den eigenen Rassismus zu erkennen und zu überwinden, ist eine gewaltige Herausforderung

Die katholisch-sozialen Bildungswerke haben viele Stellschrauben, Diskriminierung zu überwinden. Dafür aber muss die Welt erst einmal aus anderer Sicht gesehen werden

Als mächtige Querschnittsthemen liegen den Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung bereits einige auf dem Tisch, zum Beispiel Nachhaltigkeit, Digitalisierung, gendergerechte Sprache oder die Inklusion von Menschen mit starken Lernschwierigkeiten. Als weitere, von der Dimension her nicht minder gewichtige Herausforderung ploppt nicht erst jetzt das Anliegen auf, rassistische Strukturen und Muster in der eigenen Arbeit zu erkennen und zu überwinden. In der AKSB verortet ist es in einer Arbeitsgruppe, die sich viel vorgenommen hatte, aber inzwischen die eigenen Vorsätze erden gelernt hat. Dafür ist die Herausforderung für alle Beteiligten zu groß. Das berichten die AG-Mitglieder Veronika Schniederlbers und Alexander Mack im Interview mit *AKSB-inform*.

Ausgangspunkt der noch jungen Diskussion im Dachverband ist die Einschätzung gewesen, dass das Thema Rassismuskritik gesellschaftlich in der Luft liegt. Immer stärker werden Alltagsrassismus und struktureller Rassismus öffentlich debattiert. Also muss sich politische Bildung noch stärker als bisher dazu verhalten, einerseits auf Ebene ihrer Tagungen und Seminare, andererseits als kritische Anfrage an die eigenen Strukturen, Standards und Abläufe. In der Arbeitsgemeinschaft selbst engagieren sich Personen aus unterschiedlichen Kontexten, aus der Jugendbildung und internationalen Jugendbegegnung zum Beispiel, wo einzelne Wahrnehmungen zu einer Sensibilität führten, oder aus einer machtkritischen Position heraus, welche bereits auf einer systematischen Beschäftigung mit Grundlagen fußt. In dieser Spannweite entwickelten die AG-Mitglieder zunächst Konturen eines gemeinsamen Verständnisses der Thematik.

Die Barrieren, die eigene tiefe Sozialisation und die der anderen anzuerkennen, sind hoch

Damit ist noch niemand an Bord, der sich dem anstrengenden Prozess der persönlichen und institutionellen Selbstprüfung auf rassistische Strukturen und Muster einmal aussetzen soll. Am eigenen Erleben haben die AG-Mitglieder erkannt, wie tiefgreifend und kleinschrittig die nötige Auseinandersetzung ist. Damit haben sie die Vorstellung beerdigt, dass die Sache für sich selbst spricht und ein Selbstläufer im Verband wird, wo es nur einige Leitlinien und Handreichungen braucht. Die Barrieren des Themas sind im Gegenteil besonders groß, denn anzuerkennen, dass man selbst trotz bester Bemühungen nur unzulänglich seiner eigenen Sozialisation entkommt, ist

schwer. Wenn das jemand von einem verlangt, liegen Reflexe nah: Ich bin nicht so. Ich tue doch schon so viel. Ich bin am Limit mit den anderen Themen. Der Berg, der bewältigt werden muss, scheint zu groß.

Die Schlussfolgerung für die AG-Mitglieder, aber auch für jede Mitgliedsorganisation: mit kleinen Schritten einfach anfangen. Die flankierende Forschung legt offen, wie mächtig die kolonialen Bilder sind und welche rassistisch begründeten Unterschiede zwischen Menschen aufgrund ihrer äußerlichen Merkmale getroffen werden. Es ist für Engagierte, die alles andere als diskriminierend unterwegs sein wollen, schwer zu akzeptieren, dass auch sie vielfach Teil des alltäglichen und strukturellen Rassismus sind. Und zwar immer dann, wenn sie einen Unterschied machen. Es diskriminiert eben auch, wenn man besonders nett zu schwarz gelesenen Menschen ist. Oder wenn man sie immer nur als Teilnehmende zu Bildungsveranstaltungen einlädt, aber nicht auch als Akteure und Mitgestaltende. Es diskriminiert, wenn im Personal nur weiß gelesene Menschen angestellt sind. Die bittere Erkenntnis: Am Ende des Tages können keine wohlfeilen Erklärungen über die eigene weltoffene Haltung darüber hinwegtäuschen, dass sich im Verhalten und in den Entscheidungen Rassismus ausdrückt.

Es geht nicht um Schuldzuweisungen, sondern um Verantwortung für die Zukunft

Es ist dieser weitreichende Perspektivwechsel, der das Thema für die meisten in der politischen Bildung so langwierig und intensiv macht: die Welt aus den Augen der Menschen sehen, die aufgrund ihrer Herkunft oder auch nur ihres Aussehens benachteiligt, beleidigt, ausgegrenzt oder auch übergriffig bedauert oder überhöht werden. Das zu versuchen, hat seine Grenzen, denn jahre- und jahrzehntelange Lebenserfahrung können nicht so einfach nachgefühlt und intellektuell erschlossen werden. Eines ist Alexander Mack und Veronika Schniederlbers ganz wichtig festzuhalten: Auch wenn Rassismus immer persönliche Anteile hat, geht es nicht um die Frage persönlicher Schuldzuweisungen. Niemand soll sich in seiner eigenen Geschichte rassistischer Äußerungen, Handlungen und Entscheidungen verheddern. Was zählt, ist ein Gefühl zu entwickeln, wie es als Gesellschaft strukturell und institutionell künftig anders, wie es besser gehen kann. Das heißt, Verantwortung für die gemeinsame Zukunft zu übernehmen. Darum geht es.

Viele Stellschrauben sehen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, bei den Mitgliedsorganisationen der AKSB, aber auch im Dachverband selbst. Überall gilt es, Diversität zu fördern, zum Beispiel schwarz gelesene Menschen einzubinden in das hauptberufliche Personal, auch auf Leitungsebene. Oder sie durchgängig als Referent/-innen und Podiumsteilnehmer/-innen anfragen und einbeziehen, bei allen Themen, die im Angebot sind. Oder mit Migrantenselbstorganisationen zusammenarbeiten, in projektbezogenen Kooperationen oder auch als fester Netzwerkpartner

im Verbund. Es gibt so viele Möglichkeiten, aber sie aufzuzeigen, ist deutlich einfacher, als sie zu nutzen. Die katholisch-sozialen Bildungswerke brauchen dafür Pioniere. Manche greifen das Thema Rassismuskritik in Fortbildungen für Fachkräfte auf. Das ist ein Mut machender Beginn. Es muss halt kein Riesending sein, ermutigt Veronika Schniederlbers, einfach anzufangen. Auch der Dachverband kann Akzente setzen und als Vorbild vorangehen, ergänzt Alexander Mack.

Erweitert im Fokus, stringent in der Methode

AKSB-Projekt *Religionssensible politische Bildungsarbeit* ist voll auf Kurs

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit trägt viele Gesichter in unserer Gesellschaft. So ist es für Ann-Kristin Beinlich nur folgerichtig, dass der Blickwinkel im Projekt *Religionssensible politische Bildungsarbeit 2021* erweitert wurde. Dies machten Anpassungen des Bundesprogramms „Respekt Coaches“ möglich, die im Zuge rechtsextremer Anschläge und anderer gesellschaftlicher Anforderungen erfolgten.

„Das Programm hatte zu diesem Zeitpunkt bereits so gute Grundlagenarbeit geleistet, dass es auf diese Dynamiken reagieren konnte“, würdigt die AKSB-Projekt Koordinatorin Ann-Kristin Beinlich. So geraten nun ganz generell Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus auf die Tagesordnung, weg von der ursprünglichen Engführung auf die Primärprävention religiös begründeter Radikalisierung. Die Bildungspraxis war dem schon in diese Richtung vorausgegangen.

Methodisch bleibt die Arbeit stringent auf Linie. Denn stets geht es bei der politischen Jugendbildung darum, mit jungen Menschen entlang ihrer Stärken und Ressourcen zu arbeiten, sie nicht auf Defizite und Bedrohungspotenziale zu reduzieren. Ziel ist einerseits, sie zu befähigen, sich jenseits kulturell oder milieubedingt eingeschliffener Stereotype und Vorurteile ein eigenes Urteil zu bilden. Andererseits sollen sie ermutigt werden, selbstreflektiert Handlungsoptionen zu ergreifen und Selbstwirksamkeit zu erfahren.

Die dahinter liegende Vision ist, auf vielfältige Weise Bildungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit zu fördern und so der Zunahme von unterschiedlichen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, aber auch Phänomenen wie Desinformation, Hate Speech und Verschwörungserzählungen etwas nachhaltig Wirkendes entgegenzusetzen. In der Kooperation mit Schulen, Trägern der Jugendsozialarbeit und der politischen Jugendbildung soll das Anliegen auf breiter Basis vorangetrieben werden.



Ann-Kristin Beinlich

Musste während der ersten eineinhalb Jahre der Pandemie vieles anders, digitaler laufen, wurden Alternativen zu klassischen Präsenzveranstaltungen in den Schulen geschaffen, nimmt der Zug im Projekt nun wieder Fahrt auf. Für das nächste Jahr sind Fachdiskurse und Fachpublikationen in der Pipeline. Die Potenziale in der Zusammenarbeit von politischer Jugendbildung und Jugendsozialarbeit sollen weiter ausgelotet werden. In Fortbildungen und Tagungen sollen die verschiedenen Ansätze und Erfahrungen aus den Angeboten der Netzwerkpartner im Projekt zusammengeführt werden.

Die Qualität der politischen Bildung in der Trägerlandschaft weiter steigern

Das Projekt *Mehrwert Verantwortung* fördert innovative Formate der politischen Erwachsenenbildung, entwickelt eine gemeinsame Weiterbildung für Fachkräfte und klopft Zertifizierungen auf ihren Beitrag zur Entwicklung ab

Wen erreicht die politische Bildung, die von der gewachsenen Trägerlandschaft der AKSB ausgeht, vorrangig? Wenn man ehrlich ist, adressieren die meisten Angebote eher die Mitte der Gesellschaft. Suchbewegungen erweitern den Radius der Träger und Einrichtungen. Und sie verändern Zugänge – was nötig ist. Denn auch die bislang erreichten Milieus verändern sich in ihrer Struktur, in ihren Erwartungen, ihren Gewohnheiten – und auch in ihrer Positionierung gegenüber der liberalen Demokratie. Genug Problemanzeigen und Herausforderungen für die AKSB, die Suchbewegung verbindlich zu organisieren: im Projekt *Mehrwert Verantwortung*.



David Brixius

Im Interview mit *AKSB-inform* skizzieren Annika Janssen und David Brixius, die das Projekt fachlich als Referent/-in begleiten, die Grundzüge. Zentrales Ziel: die Qualität der Arbeit in der politischen Erwachsenenbildung systematisch weiter steigern. Dazu gibt es drei Ansatzpunkte: neue Formate der politischen Bildung zu erproben und zu evaluieren,

qualitativ hochwertige trägerübergreifende Weiterbildungen für Fachkräfte der politischen Bildung entwickeln und durchführen, sowie die unübersichtliche Landschaft von Zertifikaten auswerten und Empfehlungen auszusprechen. Corona hat den bisherigen Projektzeitraum überschattet. Seit Mitte 2021 wird mit neuen Formaten durchgestartet.

So haben einige mitmachende AKSB-Mitgliedsorganisationen spannende Experimente durchgeführt, die sich neuen Zielgruppen zuwandten oder neue Wege zu bislang erreichten Gruppen suchten. Zustande kam zum Beispiel ein Brückenschlag zwischen den Transformationsregionen Ruhrgebiet und Lausitz. Oder ein Seminar mit Menschen mit Lernbeeinträchtigung, bestens vorbereitet durch einen vorgeschalteten Workshop mit den betreuenden Fachkräften. Ein Filmfrühstück thematisiert am Beispiel der Bonner Republik die Rolle der Frauen in der deutschen Politik, verbunden mit einem Gespräch mit einer ehemaligen Staatssekretärin. Und in 2022 ein Familienseminar, welches eine Auszeit für Familien mit der Frage, wie sie Einfluss auf Kommunalpolitik nehmen können, verbindet.

Der Grundkurs politische Bildung bringt Fachkräfte innerhalb der AKSB-Trägerlandschaft auf ein gemein-

sames Verständnis, was die konzeptionellen und methodischen Eckpunkte heutiger politischer Bildung sind. Nicht nur wissenschaftliche Grundierung und theoretische Reflexion kommen hier zum Zuge. Vielmehr setzen die Teilnehmenden das Erworbene in Praxisprojekten um, zum Beispiel mit Schulkassen, in denen per Rollenspiel Radikalisierungsprozesse nachgezeichnet und reflektiert wurden. Oder in einem Familienzentrum, in dem zum Thema Heimat symbolische Koffer gepackt wurden. Durch die Flutkatastrophe im Juli bekam das Format eine neue Bedeutung, da die Erfahrung des Verlustes eine Verbindung zwischen neuen und alten Nachbarn schuf. Im Rahmen



Annika Janssen

der gemeinsamen Weiterbildung wurden die Ansätze und Erfahrungen reflektiert. Dieser Ansatz hat die Beteiligten weitergebracht als Inspiration für die Weiterarbeit im Projekt und der Arbeit vor Ort.

Die systematische Betrachtung von Zertifikaten, die Aussagen über die Qualität der Arbeit treffen, erbrachte kein eindeutiges Bild.

Unstrittig ist, dass Zertifikate nach außen hin signalisieren, dass das jeweilige Bildungswerk seriös unterwegs ist. Manche Zuschüsse hängen von einer bestimmten Zertifizierung ab, auch das ein Entscheidungskriterium, welchen Prüfprozessen und Prüfkriterien man sich unterwirft. Alles in allem bedeuten Zertifikate in jedem Fall eine mögliche neue Etappe der Qualitätsentwicklung und -sicherung in der politischen Bildung der AKSB-Mitgliedsorganisationen.

Das Projekt hat in den letzten zwei Jahren viele Aspekte angestoßen, die es weiter zu vertiefen gilt. Die Dynamik im Projekt *Mehrwert Verantwortung* legt nahe, den Impuls weiter zu verlängern.



Bestmöglich Erfahrungsräume für politisches Handeln erschließen

Neben einer guten Haltung sind auch handfeste Methoden in der politischen Bildung gefragt. AKSB-Mitgliedsorganisationen können ihr Wissen teilen, untereinander und mit Dritten – zum Vorteil aller

Politische Bildung ist in vielfacher Hinsicht eine Haltungsfrage. Davon ist in dieser Ausgabe des *AKSB-inform* häufig die Rede. Aber ohne didaktisches Handwerkszeug taugt die beste theoretische Konzeption wenig. In und außerhalb der Trägerlandschaft der katholisch-sozialen Bildungswerke existieren viele erprobte Ansätze, mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bildnerisch zu arbeiten. Das enorme Erfahrungswissen, das sich in diesem Methodenschatz verbirgt, ist jedoch häufig nicht zugänglich. Ulrike Maqua kümmert sich im Auftrag des Dachverbandes darum, Brücken und Verbindungen zu schlagen. Sie vermittelt Konzepte, bildet fort, vernetzt Akteur/-innen, um den methodischen Austausch und Facettenreichtum in der politischen Bildung zu forcieren

Mit der Zeit hat die AKSB-Infrastruktur-Stelleninhaberin, so die offizielle Bezeichnung dieser Teilzeit-Beschäftigung, einen größeren Fundus an Methoden dokumentiert, der auf der Website www.aksb.de zugänglich ist. Ansonsten wird sie auf Anfrage aktiv, recherchiert im Netz, durchforstet Datenbanken, um Leute aus den Mitgliedseinrichtungen, Fachgruppen oder der Öffentlichkeitsarbeit der AKSB mit spezifischen Hinweisen und Querverweisen zu versorgen. Der Klassiker bei diesen Anfragen an ihr Wissensmanagement sind Kennenlern- und Einstiegsmethoden sowie Ergebnispräsentationen. Die recherchierten Modelle inspirieren die Anfragenden dann häufig zu Lösungen, die auf ihre jeweiligen Seminar- und Tagungskontexte passen.

Relativ neu im Programm sind Visualisierungsmethoden, zum Beispiel wie man anschaulich und ansprechend Flipcharts gestaltet, Präsentationen digital und analog gut unterstützt. Ein erstes Fortbildungsangebot im Frühjahr 2021 stieß auf so großes Interesse, dass die Neuauflage kommt. Viele trauen es sich nicht zu, so schöne selbstgestaltete Grafiken bei der Visualisierung einzusetzen, erzählt Ulrike Maqua. Das kann man lernen, macht sie aus eigener Erfahrung Mut, die eigene Schere im Kopf zu überwinden. Die belebende Wirkung solcher Techniken auf die Atmosphäre und die Abläufe von Bildungsveranstaltungen lohnt die Auseinandersetzung.

Ein Beispiel von vielen für Ulrike Maqua, wo man gut voneinander lernen, aneinander wachsen kann. Daher liegt ihr der Austausch von Fachkräften der AKSB am Herzen. Dabei möchte sie allerdings nicht stehenbleiben und die Vernetzung mit Partner/-innen aus der Zivilgesellschaft, aus Schulen und vielen anderen verstärken. Mit ihnen die Kooperation zu suchen, nicht in Konkurrenz zu verharren, hebt nach ihrer Einschätzung gewaltige Synergien. Am freien Austausch von Best-Practice-Beispielen können alle Beteiligten nur gewinnen. Das Methodenwissen auszuweiten, ist schließlich kein institutioneller Selbstzweck. Es geht darum, bestmöglich mit den Adressat/-innen der politischen Bildung zu arbeiten und ihnen Erfahrungsräume für politisches Handeln zu erschließen. —



Die Jugendbeteiligung auf europäischer Ebene forcieren und vertiefen

Das Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung nimmt auf die Ausgestaltung der EU-Förderkulisse im Sinne der AKSB Einfluss. Es berät und unterstützt auf vielfältige Weise

So ein Dachverband wie die AKSB ist komplex. Die Förderlandschaft für die politische Bildung ist komplex. Die Europäische Union ist komplex. Das alles zusammenzubringen in fachlicher Vernetzung, in institutioneller Lobbyarbeit und politischer Anwaltschaft, ist die Aufgabe von Florian Sanden. Er ist Mitarbeiter im Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung, das im Auftrag verschiedener katholischer Träger arbeitet. Es ist in Brüssel angesiedelt. Der Europa-Referent selbst pendelt viel nach Deutschland, nach Bonn zum Beispiel zur AKSB-Geschäftsstelle und an andere Orte, wohin ihn die Arbeit für die katholisch-sozialen Bildungswerke ruft.

Fachtagungen und Konferenzen mitgestalten oder zumindest wahrnehmen, gehört dazu. In Brüssel selbst ist er neben der politisch-institutionellen Kontaktarbeit auch in der Betreuung von Besuchsgruppen aktiv, erzählt Florian Sanden im Gespräch mit *AKSB-inform*. Er berät bei Projektdesigns und Projektanträgen, verbindet Förderanliegen mit Trägeranliegen, hilft beim Brückenbau zwischen europäischen Anliegen und bildnerischen Formaten. Transfer erfolgt auch über Fachimpulse und Fachtagungen, zuletzt vieles online, dank Corona. Das hat auch Vernetzungen anders gestaltet, unter Verlust persönlicher Begegnung, wie es überall zu beobachten war.

Den Kreis der Förderberechtigten ausgeweitet

Weil politische Bildung mit Jugendlichen und Erwachsenen sich nicht von allein trägt, wenn sie für die Teilnehmenden nicht zu teuer sein soll, braucht sie eine öffentliche Bezuschussung. Zu den Fördergebern gehören auch europäische Programme, welche zum Beispiel die internationale Begegnung und Zusammenarbeit unterstützen. Hier ist es durch beharrliche Lobbyarbeit gelungen, den Kreis der Förderberechtigten auf die Erwachsenenbildung auszuweiten. Ein weiterer Fortschritt liegt in einer immer stärkeren inklusiven Ausrichtung der politischen Bildung, die eine wichtige Wurzel in den internationalen Nachhaltigkeitszielen hat. Auch im Klimasektor wird der Brückenschlag versucht, katholisch-soziale Bildungsarbeit in die Kulisse zu fördernder Zwecke zu integrieren.

Das ist alles andere als einfach, weil in Europa ganz andere Themen und Interessen im Vordergrund stehen. Die Bereitschaft europäischer Regierungen, bei vermeintlich softeren Themen wie zum Beispiel der Jugendpolitik zusammenzuarbeiten, ist recht gering, resümiert Florian Sanden. Sie wird eher als Teil der

nationalen Innenpolitiken betrachtet, um Einfluss auf die Prägung der eigenen Jugend zu behalten. Ob sich das ändert? Auf Basis der gravierenden Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie ist für 2022 recht kurzfristig ein Europäisches Jahr der Jugend aufgesetzt worden. Damit das nicht zur bloßen Ansammlung von Schaufenster-Veranstaltungen gerät, werden hinter den Kulissen kräftig Möglichkeiten für partizipative Formate echter Jugendbeteiligung ausgelotet. Ein europäischer Jugenddialog hört sich zunächst gut an, aber er darf kein zahloser Tiger sein, soll er seine Zwecke erfüllen. Pseudo-Beteiligung tut niemandem gut, weder den Bürger/-innen noch der europäischen Idee.



Florian Sanden

Dank Netzwerks mit Partner/-innen gewinnt die katholische Stimme an Gewicht

In diesem Sinne versucht das Europabüro zusammen mit anderen, die Idee der politischen Bildung, Menschen mit Empowerment an der Gestaltung von Gesellschaft zu beteiligen, auf europäischer Ebene stark zu machen. Die aktuelle Haushaltsphase von 2021 bis 2027 gibt dazu einen guten Rahmen, wenn auf die Förderpolicy Einfluss genommen werden kann. Lobbyarbeit heißt dabei, fachlich im Dachverband abgestimmte Stellungnahmen zu aktuellen Debatten und Vorhaben in der EU zu schreiben und zu wissen, wer für diese Dokumente im komplexen Gebilde eine richtige Adresse ist. Dank des Netzwerks der Partnerorganisationen gewinnt die katholische Stimme Gewicht. Über informelle und formelle Kanäle wird so im Maschinenraum der europäischen Politik versucht, Einfluss auf Diskurse und Entscheidungen zu nehmen, wie andere Interessenvertretungen auch. Das ist Teil des demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses, wie er in Brüssel üblich ist.

Damit landet Florian Sanden im Gespräch noch bei einem Punkt, der ihm ebenfalls wichtig ist. Er möchte gerne mittelfristig ein Schulungsangebot für Jugendliche entwickeln, wie sie selbst ihre Interessen bei der Europäischen Union vertreten können. So schwer ist es eigentlich nicht, sagt er. Die EU ist sehr transparent, wer wofür zuständig ist und wen man wie kon-





taktieren kann. Und dann geht es vor allem darum, sich zu trauen und die eigenen Anliegen im direkten Austausch zu formulieren. Andererseits ist ihm aus eigener Anschauung auch klar: Politische Arbeit ist ein Fass ohne Boden. Gut begleitet, können solche Initiativen aber tragende Erfahrungen von Selbstwirksamkeit ermöglichen. Und das ist das Herzstück po-

litischer Bildung, wie sie in der AKSB vertreten ist. Als erstes wird eine Fachtagung 2022 entlang guter Praxisbeispiele den Diskurs darüber eröffnen, in welchen Konstellationen, Kooperationen und Förderszenarien eine Jugendbeteiligung auf europäischer Ebene forciert und vertieft werden kann. ■

Netzwerke wiederbeleben und neu beatmen

Die internationale Arbeit und der internationale Jugendaustausch haben sich konzeptionell weiterentwickelt. Aber die gewünschte Intensivierung braucht Präsenz. Da liegt die Hoffnung auf 2022

Im Berichtsjahr konnte wegen der andauernden Corona-Pandemie keine Intensivierung der internationalen Arbeit und des internationalen Jugendaustauschs erfolgen. Bis auf wenige Ausnahmen mussten die geplanten Maßnahmen abgesagt werden. Einzelnen Mitgliedern gelang es zumindest, ihren Austausch Online fortzusetzen (ICE Dresden). Der Ausblick auf die Antragssituation für 2022 stimmt dagegen wieder hoffnungsfroh: Alle bisherigen Antragssteller im internationalen Austausch versuchen, mit ihren neu beantragten, vielfältigen Maßnahmen ihre internationalen Netzwerke wiederzubeleben.

Parallel zu diesen Entwicklungen versuchte die AKSB-Geschäftsstelle erneut, weitere Kompetenzen im digitalen Bereich zu vermitteln, damit die Partnerschaften zumindest online fortgesetzt werden konnten. Zusätzlich fand am 1. Juni 2021 ein zentrales Arbeitstreffen innerhalb der AKSB statt. Ziel des Arbeitstreffens sollte die Entwicklung von konkreten Strategien und Arbeitsschritten für einen Neustart des internationalen Austauschs der AKSB-Mitgliedereinrichtungen nach Corona und die Stärkung der internationalen Arbeit innerhalb der AKSB sein. Dank der Vermittlung durch das zuständige Vorstandsmitglied Benedikt Widmaier konnte das Treffen unter Einbeziehung der wissenschaftlichen Expertise von Prof. Dr. Andreas Thimmel (TH Köln) im Feld der internationalen Jugendarbeit und des internationalen Jugendaustauschs online durchgeführt werden. Dazu wurden im Vorfeld bereits einzelne Problemlagen im Bereich der internationalen Jugendarbeit bei den Teilnehmenden abgefragt.

Folgende Punkte lassen sich u.a. aus dem zentralen Arbeitstreffen zur Weiterverfolgung festhalten:

- Regelmäßige Arbeitstreffen und Netzwerktreffen im Themenfeld „internationale Jugendarbeit und internationaler Jugendaustausch“ innerhalb der AKSB,

- Stärkung der internationalen Arbeit innerhalb der AKSB durch die Bereitstellung zusätzlicher personeller Ressourcen,
- Auf- und Ausbau eines Netzwerkes auf Bundes- und Europaebene,
- Diskurs über die Fragestellung, welche geförderte Infrastruktur der internationale Jugendaustausch benötigt,
- Stärkung der Partner in den Austauschländern, die oftmals nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen,
- Stärkere Sichtbarkeit der eigenen internationalen Jugendarbeit und deren positive Auswirkungen auf Jugendliche.

Der AKSB-Vorstand wird in der Mitgliederversammlung 2021 über die Umsetzung einzelner Punkte berichten.

Ein ähnliches Bild zeigt sich für das Berichtsjahr im deutsch-polnischen Jugend- und Schulaustausch. Auch hier kam der Austausch in Präsenz zum Erliegen. In zwei digitalen Austauschtreffen der AKSB in Kooperation mit dem Jugendhaus Düsseldorf und der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) (18.02.2021 und 15.11.2021) wurde die Gelegenheit gegeben, sich über neue digitale Austausch-Plattformen (DINA International u.a.) und digitale Weiterbildungsangebote des DPJW auszutauschen. Dabei bleibt natürlich die aktuelle politische Entwicklung in Polen und ihre Auswirkung auf den deutsch-polnischen Schulaustausch im Blick.

Trotz aller digitalen Möglichkeiten wird jedoch deutlich: Digitale Tools eröffnen zwar neue Chancen, den tatsächlichen Austausch in Polen oder Deutschland können sie jedoch nicht ersetzen. Daher wird es Zeit für den Austausch in Präsenz, um die bestehenden Netzwerke wiederzubeleben und neu zu beatmen. ■

Auch junge Menschen haben ein Recht auf politische Bildung

Erfahrungen aus der Bildungspraxis bekräftigen rechtliche Vorgaben für Bildungsteilhabe unter 14 Lebensjahren. Eine Arbeitsgruppe hat dazu eine Beschlussvorlage für die Mitgliederversammlung der AKSB erarbeitet

In ihrer Sitzung vom 25. November 2020 hat die Mitgliederversammlung der AKSB auf Antrag des Franziskanischen Bildungswerkes, des Haus Wasserburg, der Kommende Dortmund, der Jugendakademie Walberberg sowie des Jugendbildungs- und Freizeitgestaltungsvereins der KAB e.V. mehrheitlich beschlossen, die KJP-konforme Altersgrenze von acht Jahren auch für die politischen Bildungsmaßnahmen der AKSB gelten zu lassen.

Den gemeinsamen Antrag hatte Ulrike Maqua, Jugendbildungsreferentin des Franziskanischen Bildungswerkes Großkrotzenburg, in der Mitgliederversammlung für die Antragsteller begründet. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unter 14 Jahren sei bereits jetzt in den SV-Seminaren Praxis: „Viele Träger veranstalten SV-Seminare und andere Bildungsveranstaltungen für Schüler/-innen, an denen Kinder und Jugendliche ab der fünften Klasse teilnehmen. Faktisch werden hier schon Bildungsveranstaltungen für Kinder ab zehn Jahren angeboten.“ Diese zeigten aus Sicht von Maqua, wie lohnend das Angebot bereits für diese Altersgruppe sei: „Bei diesen Veranstaltungen ist es immer wieder bemerkenswert, wie begeisterungsfähig und engagiert gerade die jüngeren Schüler/-innen sind und wie wichtig es ist, dass sie in Seminarformen wie SV-Seminare hineinwachsen und sich im Laufe der Zeit weiter entwickeln können.“

In der schriftlichen Begründung ihres Antrags führten die Antragsteller zudem die Artikel 12, 13 und 28 der UN-Kinderrechtskonvention an, aus denen sich ein Recht auf politische Bildung herleiten ließe. Eine Altersgrenze von 14 Jahren werde daher den Aussagen dieser Konvention nicht gerecht.

Ergänzend zu der Festlegung der Altersgrenze von acht Jahren beauftragte die Mitgliederversammlung die IST-Konferenz, für die nächste Mitgliederversammlung eine konzeptionelle Schwerpunktsetzung für die politische Bildung mit dieser Zielgruppe neben den bestehenden SV-Formaten zu erarbeiten. Die IST-Konferenz hat dazu zum Jahresbeginn 2021 eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Bildungsreferenten Markus Schuck eingerichtet, die mittlerweile eine entsprechende Vorlage erarbeitet hat und der Mitgliederversammlung vorlegen wird.

Dabei wurden auch die Ausführungen des 16. Kinder- und Jugendberichtes zu den Kinderrechten herangezogen. „Dieser Bericht zeigt, dass wir uns mit dem Beschluss der AKSB-Mitgliederversammlung auf dem

richtigen Weg befinden. So konstatiert die Bundesregierung in Kapitel 4 ihrer Stellungnahme zum Kinder- und Jugendbericht unter der Überschrift „Alle jungen Menschen haben ein Recht auf politische Bildung“, dass politische Bildung „ein Kinderrecht sei (vgl. Drucksache 19/24200, S. 11)“,



Markus Schuck

berichtet Alexander Mack, Referent für politische Jugendbildung beim Haus am Maiberg und Mitglied der Arbeitsgruppe. Der 16. Kinder- und Jugendbericht leitet ein Recht aller jungen Menschen auf politische Bildung aus ihrem Recht auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (§1 SGB VIII) sowie aus dem über die UN-Kinderrechte verbrieften Recht auf Bildung her. Dies müsse, so die Bundesregierung, u.a. auch durch außerschulische politische Bildung gefördert werden.

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe für die Mitgliederversammlung wird einen Katalog von Qualitätskriterien enthalten, die innerhalb der AKSB für die politische Bildung mit Kindern unter 14 für die Mitglieder bindend sein sollen. „Damit wollen wir unseren Anspruch an qualitätsvolle politische Bildung auch für diese Altersgruppe umsetzen“, betont Robert Kläsener, Referent für politische Bildung der Kommende Dortmund und weiteres Mitglied der Arbeitsgruppe. Die Kinder sollen dabei im Mittelpunkt stehen, denn die inhaltliche, pädagogische, methodische und organisatorische Gestaltung der AKSB-Bildungsarbeit richte sich direkt nach den individuellen Interessen der Lernenden sowie deren Lebenswelt aus. Die politischen Bildungsangebote sollten dazu für diese Zielgruppe Analyse- und Kritikfähigkeit, Wissen, Reflexion und tatsächliche Partizipation vermitteln.



Digitalität prägt immer stärker Gegenstand und Methodik der politischen Bildung

Kooperationen, Konferenzen, Tagungen innerhalb der AKSB verstärken den Digitalisierungsschub aus der Pandemie bis hin zur institutionalisierten Zusammenarbeit bei „Medienbildung: politisch und digital“

Der in 2020 begonnene Digitalisierungsschub setzte sich Corona-bedingt 2021 innerhalb der politischen Bildungsarbeit der AKSB fort. Verschiedene Methoden und Tools für die digitale wie coronapräsente Bildungsarbeit wurden erprobt. Besonders gefragt waren in dieser Zeit die AKSB-Infrastrukturstellen *Politische Bildung in der Praxis*, Ulrike Maqua und Lena Wacker, die wertvolle Beratungsaufgaben übernahmen. Sie setzen die in 2020 gegründeten digitalen Vernetzungstreffen der Jugendbildungsreferent/-innen fort, in denen sie über neue Methoden und Tools für Online-Formate informierten und methodische Empfehlungen und Adaptionen für Präsenzseminare unter Corona-Bedingungen vorstellten. Das Netzwerktreffen in 2021 bot erneut einen hilfreichen Erfahrungsaustausch und bündelte die Kompetenzen der teilnehmenden AKSB-Einrichtungen. Mit ihrer Unterstützung konnte die Kooperationskonferenz in 2021 in digitaler Form erfolgreich weiterentwickelt werden.

Eine Weiterentwicklung erfuhr im Jahr 2021 auch die Kooperation der AKSB mit dem Bonifatiushaus Fulda, der LPR – Medienanstalt Hessen und der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz, die nun auch vertraglich festgehalten wurde: Die seit 2012 bestehende gemeinsame Fachtagungsreihe wird jetzt unter dem Namen „mepodi – Medienbildung: politisch und digital“ fortgeführt und richtet sich an politische Bildner/-innen, Eltern, Lehrkräfte und Multiplikator/-innen. Informationen zur Reihe finden sich unter <https://mepodi.de>.

Titel der Fachtagung in 2021 war „Wir spielen doch nur – Die Inszenierung von Gesellschaft in Digitalen Spielen“. Die einzelnen wissenschaftlichen Beiträge und Diskurse der Teilnehmenden verdeutlichten die

Bedeutung von Games für die Kommunikation der Zielgruppe Jugendlicher in unserer Gesellschaft. Dies gilt gerade in Zeiten von Corona. Denn zum einen sind sie ein wichtiges Kommunikationsmittel der Jugendlichen in der Pandemie. Sie haben sich neben Facebook, Instagram und TikTok zu einem wichtigen sozialen Netzwerk entwickelt. Zum anderen sind die Spiele zunehmend politisch geworden.

Pandemiebedingt konnte die zweitägige Veranstaltung – erneut im Rahmen des Projekts *Religionssensible politische Bildung* – nicht im Bonifatiushaus in Fulda stattfinden, sondern reihte sich ein in die Vielzahl von Online-Veranstaltungen. Das tat dem Format und der Beteiligung aber keinen Abbruch, ganz im Gegenteil: Der Einladung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien, der Clearingstelle Medienkompetenz, des Bonifatiushauses Fulda und der AKSB folgten rund 150 Teilnehmer/-innen.

In 2022 wird die Fachtagungsreihe am 11. und 12. Mai mit dem Thema „Aus Erfahrung gut?! Politische Bildung und Medienbildung nach Corona“ fortgesetzt und soll die gesellschaftlichen Folgen von Corona und deren Konsequenzen für den Bereich der politischen Bildung und der Medienbildung beleuchten.

Im Jahr 2021 erschien zudem das Fachbuch „Die Attraktion des Extremen – Radikalisierungsprävention im Netz“ im AKSB-Projekt *Religionssensible politische Bildung*, an dem die Kooperationspartner Bonifatiushaus Fulda, LPR-Medienanstalt Hessen und die Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz ebenfalls beteiligt waren. Die Publikation dokumentiert die Ergebnisse der Fachtagung im Jahr 2019 im Bonifatiushaus in Fulda, die als Veranstaltung im Projekte *Religionssensible politische Bildungsarbeit* vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen seines Programmes „Respekt Coaches“ gefördert wurde.

Im Fachbuch wird der Hintergrund von Radikalisierung und Prävention dargestellt. Fake News, Hate Speech, religionssensible politische Bildung, aber auch medienpädagogische Interventionsmöglichkeiten werden betrachtet. Zudem werden unterschiedliche Extreme dargestellt, wie Rechtsextremismus, Islamismus oder auch Spielgemeinschaften als Orte der politischen Orientierung. Erfahrungsberichte aus der Bildungspraxis und Schlussfolgerungen für die Bildungsarbeit runden das Buch ab.



Strategien, Entwicklungen, Personalia: Bericht des AKSB-Vorstandes

Noch gibt es in der nun beginnenden Post-Corona-Zeit keine Rückkehr zum Status quo vor der Pandemie. In der bundesweiten Zusammenarbeit der AKSB macht sich das weiterhin bemerkbar. Für manche Veranstaltungsformate, zum Beispiel für die Koordinierungskonferenz, hat sich das digitale Format bewährt. Zugleich ist deutlich zu spüren, dass insbesondere in der Fachgruppenarbeit eine persönliche Präsenz zum Austausch unerlässlich ist. Für die Zukunft rechnen wir mit einer stärkeren Verzahnung zwischen digitalen und Präsenzformaten.

Der Vorstand der AKSB hat im vergangenen Jahr fünf Sitzungen durchgeführt, darunter zwei zweitägige Klausuren, sowie drei kurzfristige digitale Treffen einberufen. Das Berichtsjahr war geprägt von tiefgreifenden Veränderungen in der KJP-Landschaft durch den Mittelaufwuchs. Die Ausschreibung von Personalstellen zur bundesweiten Zusammenarbeit bei den Einrichtungen und eine neue Schwerpunktbildung ist ein Paradigmenwechsel. Er wurde in der Beratung und in Zusammenarbeit mit der IST-Konferenz und der Geschäftsstelle vorbereitet. Die dazu notwendige Mitgliederversammlung im Juli in Kombination mit der Koordinierungskonferenz unterstützte den Kurs des Vorstandes. Das große Interesse im Anschluss signalisiert, dass die AKSB damit mittelfristig auf dem richtigen Weg ist. Die Personalentwicklung in der politischen Bildung wird auch in Zukunft eines der großen Themen sein, in die sich zu investieren lohnt.

Den Anspruchsträgern die Leistungskraft des Verbundes präsentieren

Ein weiterer Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit war die Mitwirkung und Begleitung der sogenannten Strategieguppe. Sie hatte sich unter dem Ein-

druck der Häuserschließungen auf Initiative aus der Mitgliedschaft gegründet und legt nun zur Mitgliederversammlung eine Kampagne zur Stärkung der katholisch-sozialen Bildungsarbeit zur Entscheidung vor. Auch für die Zukunft wird die Profilierung der katholisch-sozialen Bildungsarbeit in den Häusern als ein besonderer Lernort und die Weiterentwicklung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung hin zu einer aufsuchenden Bildungsarbeit ein kreatives Antriebsmoment unserer Arbeit sein. Als Ergebnis der Beratungen der Strategieguppe plädieren wir als Vorstand, den kirchlichen und staatlichen Anspruchsträgern die Leistungskraft des Verbundes als Arbeitsgemeinschaft und Katalysator politischer Bildung zu präsentieren.

Die Stärkung der internationalen Arbeit ist ein langfristiges Projekt der Arbeitsgemeinschaft. Die geringen Fördermittel, die derzeit aus der Bundesförderung kommen, stehen nicht im Verhältnis zu den vielfältigen Aktivitäten unserer Mitglieder. Diese organisieren ihre Arbeit über andere Fördertöpfe – das Potenzial der internationalen Jugendarbeit ist größer, als es die in Anspruch genommenen Fördersummen vermitteln. Ein Roundtable-Gespräch mit Prof. Dr. Andreas Thimmel, einem der tiefsten Kenner der internationalen Jugendarbeit, hat zum Ergebnis geführt, dass wir als Vorstand noch einmal die interne Aufstellung in den Blick genommen haben. Die Bereiche internationale Arbeit, bilaterale Austauschförderung in den Jugendwerken, Europaarbeit und entwicklungspolitische Bildungsarbeit wollen wir in der personellen Struktur ab 2022 neu aufstellen und damit die internationale Arbeit verbandsintern verstärken. Wir werden auf der Mitgliederversammlung dazu berichten.



Neu begrüßen konnten wir im Vorstand als Vertreterin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) Frau Katrin Großmann. Wir freuen uns über ihre Mitarbeit in unserem Gremium. Die Zusammenarbeit mit dem ZdK wurde durch ein Gespräch mit dem Generalsekretär Marc Frings und einen Austausch mit der Arbeitsgruppe Kirche und Gesellschaft intensiviert. Perspektiven für eine verstärkte Zusammenarbeit sehen wir in den Fragen der Zukunft der Demokratie, für den interreligiösen/interkulturellen Dialog und in den sozialen Themen. Durch die Mitwirkung von Dr. Noreen van Elk vom katholischen Büro im Vorstand konnten wir wichtige bundespolitische Themen platzieren. Die Stellungnahme des katholischen Büros zum sogenannten Aufholpaket hat unsere Arbeit hilfreich unterstützt.

Starke Strukturen der Interessenvertretung auf Bundesebene unterstützen

Ein Dauerbrenner im Austausch mit dem katholischen Büro und der politischen Szene in Berlin sind die Überlegungen zu einem sogenannten Demokratiefördergesetz. Es ist neuerdings Bestandteil des Sondierungspapiers der Parteien, die nach der Wahl eine Regierung bilden wollen. Die dort vorgenommene Verbindung von Extremismusprävention und Demokratieförderung bestärkt unsere Skepsis: Die Tendenz, bundesweite Förderung der politischen Bildung einseitig auf Extremismusprävention auszurichten, kann einem defizitorientierten Blick auf unsere Gesellschaft Vorschub leisten. Als Vorstand der AKSB werben wir weiterhin für eine positive Vermittlung der Inhalte für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Unbenommen davon müssen die Projekte im Programm „Demokratie leben“ eine dauerhafte Förderung erhalten.

Die Unterstützung starker Strukturen der Interessenvertretung auf Bundesebene im Bundesausschuss Politische Bildung (bap) ist uns ein Anliegen. Deshalb haben wir die weitere Mitwirkung der Geschäftsfüh-

rung der AKSB für den im September neu zu wählenden Vorstand des bap unterstützt. Dies wurde durch das Ausscheiden des Geschäftsführers zum Jahresende durchkreuzt. Die Wichtigkeit dieses Engagements zeigte sich unter anderem im vergangenen Jahr durch eine Veranstaltung der GEMINI zum 16. Kinder- und Jugendbericht sowie in einer Podiumsdiskussion der jugendpolitischen Sprecher/-innen der Parteien im Rahmen des Jugendhilfetages. Die dazu aufgelegte Kampagne „Demokratiestärker:innen“ wurde hervorragend angenommen. Politische Jugend- und Erwachsenenbildung kann im Verbund mit anderen Partnern ihre Leistung stärker darstellen. Dies gilt auch in der Zusammenarbeit mit der KEB, mit der in Zusammenarbeit mit dem Akademieleiterkreis eine stark besetzte Fachtagung zum Thema „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ durchgeführt wurde.

Zu den wenig spektakulären, aber fundamentalen Aufgaben des Vorstandes gehört die Sicherung der finanziellen Grundlagen des Verbandes. Mit dem Wechsel der Wirtschaftsprüfung zur Curacon ist zugleich eine neue bilanzielle Darstellung der Finanzen verbunden. Damit sind jetzt die Voraussetzungen geschaffen, um den 2018 initiierten und 2019 konkretisierten Beschluss der Mitgliederversammlung zum Beitritt zur Transparenzinitiative vollständig umzusetzen.

Ungeplant kam im Spätsommer die Suche nach einer neuen Geschäftsführung mit auf die Agenda des Vorstandes. Hierzu hoffen wir, auf der Mitgliederversammlung zu neuen Entwicklungen zu berichten. Zuvor werden wir im Austausch auf der Jahrestagung den Beitrag der politischen Bildungsarbeit in katholischer Trägerschaft zur Zukunft der liberalen Demokratie darstellen. Wir freuen uns auf das Wiedersehen – hoffentlich in Präsenz in der Akademie Klausenhof in Hamminkeln.



Bundesweite Zusammenarbeit

Die AKSB organisiert ihrem satzungsgemäßen Auftrag nach als Fachorganisation politischer Bildung die bundesweite Zusammenarbeit (BZA) ihrer Mitgliedseinrichtungen. Sie verfolgt dabei das Ziel, den fachlichen Austausch, die gemeinsame Ergebnissicherung, Qualitäts- und Projektentwicklung katholisch-sozial orientierter politischer Bildung bundesweit zu fördern. Damit leistet sie einen Beitrag zur bundesweiten Vernetzung und Nachhaltigkeit politischer Bildungsarbeit und entwickelt die Professionalität politischer Jugend- und Erwachsenenbildung weiter. Gemeinsames Herzstück der BZA ist die Arbeit der Infrastrukturstellen-Konferenz (IST-Konferenz) und der Fachgruppen.

Die IST-Konferenz setzt sich zusammen aus den Infrastrukturstellen, der Leitung des Europabüros in Brüssel und der Referentin für politische Bildung in der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge (afj). Sechs Infrastrukturstellen leiten die Fachgruppen, zwei Infrastrukturstellen widmen sich im Aufgabenfeld *Politische Bildung in der Praxis* der methodischen Weiterentwicklung in der AKSB-Bildungsarbeit. Alle Inhaber/-innen von Infrastrukturstellen sind Mitarbeitende der AKSB-Mitgliedseinrichtungen.

Für die Arbeit der IST-Konferenz sowie die Zusammenarbeit der Infrastrukturstellen ist in der AKSB-Geschäftsstelle Markus Schuck, Referent für politische Bildung, im Auftrag der Geschäftsführung tätig. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die IST-Konferenz auch in 2021 nicht als Präsenzveranstaltung stattfinden. Um die Arbeitsfähigkeit der IST-Konferenz zu erhalten, wurde der regelmäßige Austausch in der bereits 2020 bewährten Form eines digitalen Jour Fixe fortgesetzt. Markus Schuck koordiniert zudem die bundesweite inhaltliche Bildungsarbeit der Fachgruppen.

Mit der Neuorientierung der BZA durch das 2018 verabschiedete Papier sind für alle Infrastrukturstellen Zielvereinbarungen für die laufende Arbeitsperiode eingeführt worden, um eine stärkere Abstimmung zwischen den Fachgruppen zu ermöglichen. Die im Jahr 2020 mit den Infrastrukturstellen neu vereinbarten Zielvereinbarungen sind im April 2021 hinsichtlich ihrer Umsetzung überprüft und angepasst worden.

Die IST-Konferenz übernimmt die Koordination der inhaltlichen Arbeit der AKSB in den Fachgruppen. Sie hat gemeinsam mit dem AKSB-Vorstand ein Evaluationskonzept als wesentliches Element der Qualitätssicherung entwickelt, das sich seit dem Beschluss der Mitgliederversammlung 2018 in der Umsetzung befindet. Das Konzept sieht eine Evaluierung auf drei Ebenen (BZA, Geschäftsstelle, Mitgliedseinrichtungen) sowie eine didaktische Auswertung vor. Die dazu notwendigen Umsetzungsschritte auf Ebene der BZA und der Geschäftsstelle sind bereits erfolgt. Die Umsetzung auf Ebene der Mitgliedseinrichtungen wird Corona-bedingt noch erfolgen.

In den Fachgruppenkonferenzen findet der regelmäßige inhaltliche Austausch unter den pädagogischen Verantwortlichen statt. Die Fachgruppenkonferenzen im Februar mussten noch online durchgeführt werden, die Fachgruppenkonferenzen im September konnten dagegen erstmalig wieder als Präsenzveranstaltung in der Benediktushöhe in Retzbach stattfinden.

In den Fachgruppen werden zentrale Themen mit bundesweiter und internationaler Perspektive diskutiert: Die Fachgruppe I *Politik – Menschenrechte – Medien* setzte ihre Auseinandersetzung mit dem Thema Menschenrechte fort, in 2021 mit den Schwerpunkten „Diversität und Menschenrechte“ sowie „Politische Partizipation von Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung“. Die Fachgruppe II *Arbeit – Bildung – Soziales* widmete sich den Themen Pflege und „Bildung für nachhaltige Entwicklung und sozial-ökologische Transformation“ mit besonderem Blick auf die politische Jugendbildung. Die Fachgruppe III begann ihren Diskurs über das neue Schwerpunktthema „Alternative Realität(en) – Bedrohung für die gesellschaftliche Ordnung?!“. Mit Blick auf die Bundestagswahl wurde u.a. die Fragestellung behandelt, wie „alternative Fakten“ immer stärker die Wahlen und vor allen Dingen Erstwähler/-innen beeinflussen.

Aufgrund der tiefgreifenden Veränderungen in der KJP-Landschaft durch den Mittelaufwuchs hat auch die bisher bestehende BZA-Struktur eine Neuausrichtung erfahren. Mit dem Beschluss der Online-Mitgliederversammlung vom 1. Juli 2021 werden die Fachgruppenkonferenzen in der bisherigen Form zum



31. März 2022 auslaufen und in den neu gegründeten Schwerpunkten integriert werden.

Die Mitgliederversammlung beschloss folgende Schwerpunkte für die Jahre 2022 bis 2027:

- sozial-ökologische Transformation („große“ Transformation)
- Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte
- Sozialstaat und Arbeitswelt, inklusive Gesundheitswesen
- Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung

Mit der längerfristigen Bearbeitung von bundesweiten inhaltlichen Schwerpunkten soll die themenbezogene Auseinandersetzung in Form von entsprechenden politischen Bildungsmaßnahmen vor Ort personell und inhaltlich gestärkt und in trägerübergreifende Strategien eingebunden werden. Die Ausgestaltung und Organisation der zukünftigen bundesweiten politischen Bildungsarbeit in Schwerpunkten wird in einer Neufassung des BZA-Merkblattes sichtbar, das der Mitgliederversammlung im November 2021 zum Beschluss vorgelegt wird.

Von Daten zu Qualität: Der Weg ist weiter, als man denkt

Politische Bildung, verstanden als Auftrag, Menschen zur gesellschaftlichen Verantwortung zu befähigen, braucht diese Auseinandersetzung um die Qualität ihrer Arbeit. Das Evaluierungskonzept der AKSB beruht auf mehreren Säulen: auf einer Veranstaltungsevaluation, die im Wesentlichen bei den Trägern durchgeführt wird, einer Querschnittsevaluation einzelner Aktivitäten, die inhaltlich über die Fachgruppen erfolgt, und auf einer Trägerevaluation, die aber Corona-bedingt derzeit noch in den Kinderschuhen steckt.

Von Daten zu Qualität: Der Weg ist weiter, als man denkt. Fakten wie die Anzahl der Teilnehmenden, die Programme der durchgeführten Kurse, die Verteilung auf Bundesländer oder Gendergesichtspunkte sind in unserer Datenbank ONZUMA überreichlich vorhanden. Inhaltliche Stichproben, die in der AKSB durch die Fachgruppenleitung zu Einzelthemen im Sinne einer Querschnittsevaluierung erhoben werden, gibt es ebenfalls. Was fehlt, ist eine systematisch qualitative Beurteilung, wie jenseits des Einzelkurses politische Bildung im Gesamtsetting der durchführenden Einrichtungen verortet ist, mit welchen Konzepten Mitarbeiter/-innen geschult und weitergebildet werden und auf welcher Grundlage ein Dachverband wie die AKSB für die Sicherung des inhaltlichen „Grundwasserspiegels“ und für Weiterentwicklungen noch zielgerichteter tätig werden kann.

In den vielgestaltigen Zertifizierungsprozessen, die Einrichtungen durchlaufen, wenn sie öffentliche oder kirchliche Mittel in Anspruch nehmen wollen, ist Qualitätssicherung nicht wegzudenken. Oftmals signalisieren mehrere Siegel auf der Homepage zertifizierte Qualität einer Einrichtung. Der Zeitaufwand dieser Verfahren ist immens: Alle Beteiligten können ein Lied davon singen. Deshalb lag es uns als Dachverband der politischen Bildung fern, ein weiteres aufwändiges Verfahren für die politische Bildung zu installieren. Im Rahmen des Projekts *Mehrwert Verantwortung* haben wir, gefördert von der Bundeszentrale für

politische Bildung, eine Expertise zu den möglichen Inhalten der politischen Bildung in den gängigen Gütesiegeln in Auftrag gegeben. Diese liegt jetzt unter dem Titel „Berichtswesen und Gütesiegel in der politischen Erwachsenenbildung“ vor. Die Autorin, Dr. Helle Becker, brachte ihre langjährige Erfahrung in der Evaluierung von Bildungsprozessen mit in die Studie ein. Durch den konzentrierten Austausch mit ihr ist es gelungen, die Fragestellung zu schärfen und – so die Hoffnung – das reflektierte Wissen über unseren Verband hinaus in der politischen Erwachsenenbildung fruchtbar zu machen. Auch für die politische Jugendbildung lassen sich daraus Schlüsse ziehen. Die Wirkung reflektierter politischer Bildung macht nicht an Altersgrenzen Halt.



Dr. Helle Becker

Berichtswesen und Gütesiegel in der politischen Erwachsenenbildung

Expertise für die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB e.V.)

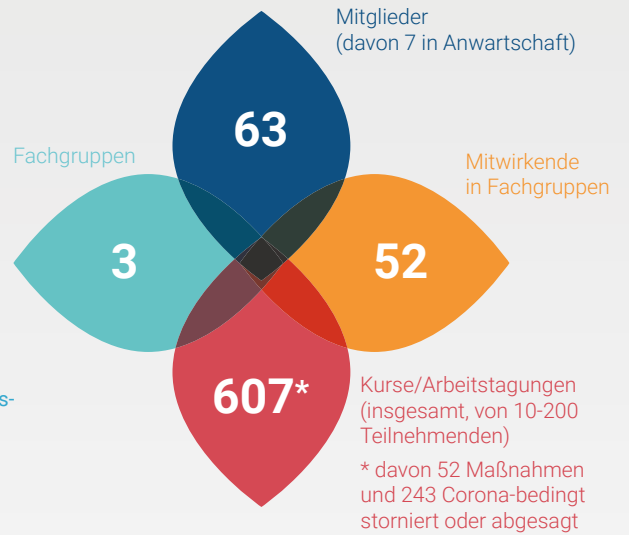
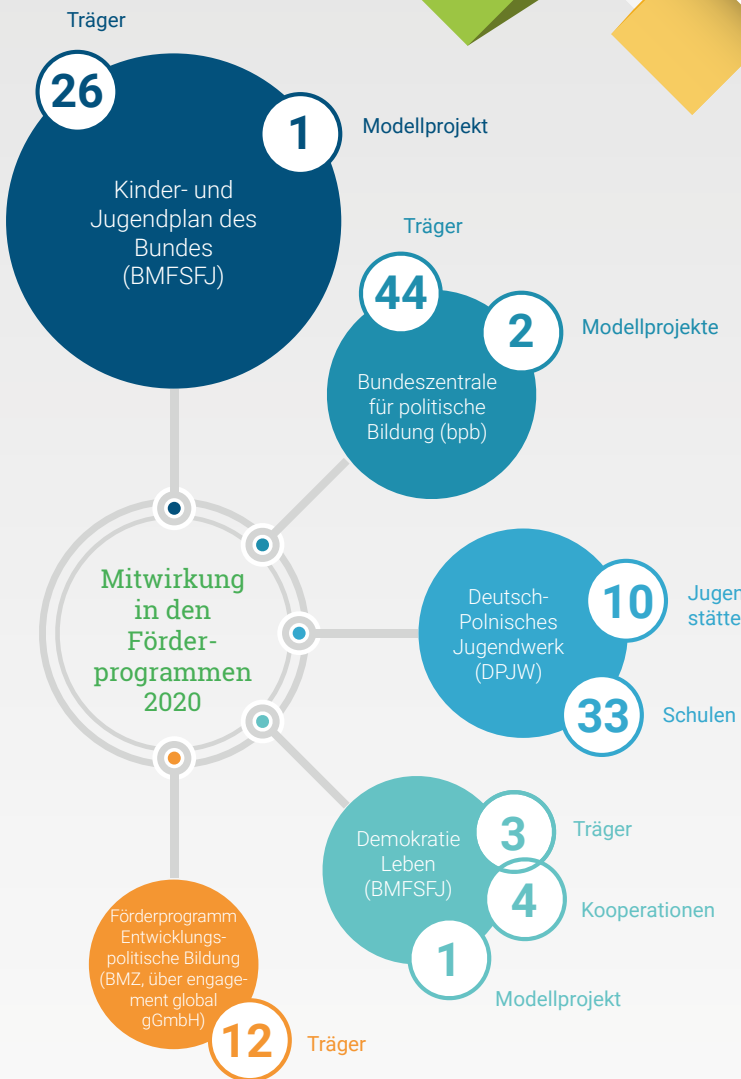
im Rahmen des Projekts „Mehrwert Verantwortung – Politische Erwachsenenbildung in neuen Formaten“



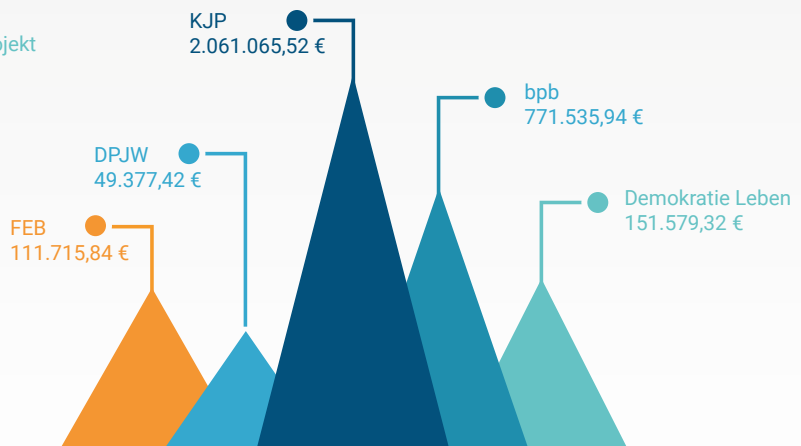
AKSB in Zahlen

Die AKSB-Mitgliederversammlung hat am 27. November 2019 beschlossen, mit der Rechnungslegung für das Geschäftsjahr 2020 der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ beizutreten.

Zukünftig finden Sie die Angaben unter aksb.de/ueber-uns/transparenz/



Zusammenarbeit innerhalb der AKSB



Stand: 31. Dezember 2020

Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln 2020

AKSB-Mitglieder

Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus
Nürnberg

Akademie der Diözese Hildesheim
St. Jakobushaus

Goslar
(Tagungsbetrieb zum 31. Juli 2021
eingestellt)

Akademie der Diözese
Rottenburg-Stuttgart
Stuttgart

Akademie Klausenhof gGmbH
Hamminkeln

Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der
Deutschen Bischofskonferenz (afj)
Düsseldorf

BDKJ Bundesstelle Bund der Deutschen
Katholischen Jugend
Düsseldorf

Bischöfliche Akademie des Bistums
Aachen
Aachen

Bonifatiushaus, Haus der Weiterbildung
der Diözese Fulda
Fulda

CAJ, Christliche ArbeiterInnenjugend e. V.
Essen

DIE HEGGE, Christliches Bildungswerk
Willebadessen-Niesen

Domberg-Akademie *
Freising

Forum Soziale Bildung Benediktushöhe
Zellingen-Retzbach

Franziskanisches Bildungswerk e.V.
Großkrotzenburg

Gemeinnütziges Sozialwerk der
KAB Deutschlands e.V.
Köln

Haus am Maiberg, Akademie für
politische und soziale Bildung
Heppenheim

Haus Ohrbeck, Katholische Bildungs-
stätte und Heimvolkshochschule
Georgsmarienhütte

Haus Wasserburg
Bildungs- und Gästehaus
Vallendar

Heimvolkshochschule Gottfried
Könzgen KAB/CAJ gem. GmbH
Haltern am See

Heinrich Pesch Haus
Bildungszentrum Ludwigshafen e.V.
Ludwigshafen

IN VIA Akademie/Meinwerk-Institut
gGmbH *
Paderborn

Initiative Christen für Europa e.V.
Dresden

Institut für Migrations- und Aussiedler-
fragen Heimvolkshochschule
St. Hedwigs-Haus e. V.
Oerlinghausen

Internationales Begegnungszentrum
St. Marienthal
Ostritz

Jugend- und Erwachsenenbildungs-
haus Marcel Callo
Heilbad Heiligenstadt

Jugendakademie Walberberg
Bornheim

Jugendbildungs- und Freizeitgestal-
tungsverein der KAB Verbandszentrale
e.V.
Köln

Jugendbildungsstätte Haus Altenberg
e. V. *
Odenthal-Altenberg

Jugendbildungsstätte der KAB und CAJ
gGmbH
Waldmünchen

Jugendbildungsstätte Haus Maria
Frieden
Wallenhorst-Rulle

Jugendbildungsstätte Marstall
Clemenswerth
Sögel

Jugendhaus Burg Feuerstein
Ebermannstadt

Jugendwerk für internationale Zusam-
menarbeit e. V., Bleiberger Fabrik
Aachen

KAB Katholische Arbeitnehmer-
Bewegung Deutschlands e.V.
Köln

Katholische Akademie der Erzdiözese
Freiburg*
Freiburg

Katholische Akademie des Bistums
Dresden-Meißen
Dresden

Katholische Akademie Die Wolfsburg
Mülheim an der Ruhr

Katholische Akademie Hamburg
Hamburg

Katholische Akademie in Bayern
München

Katholische Akademie in Berlin e.V.
Berlin

Katholische Akademie Rabanus Maurus
Haus am Dom
Frankfurt

Katholische Akademie Stapelfeld/
Stiftung Kardinal von Galen
Cloppenburg

Katholische Erwachsenenbildung im
Bistum Limburg, Diözesanbildungswerk
Frankfurt

Katholische Erwachsenen- und Familien-
bildung im Bistum Essen *
Essen

Katholische Landvolkshochschule
Freckenhorst Schorlemer Alst
Warendorf

Katholisches Militärbischofsamt
Berlin

Katholisches Soziales Bildungswerk
(KSB) Freiburg
Freiburg

Katholisch-Soziale Akademie
Franz Hitze Haus
Münster

Katholisch-soziales Bildungswerk
Stuttgart e. V.
Stuttgart

Katholisch-Soziales Institut (KSI)
Siegburg

kifas gGmbH
KAB Institut für Fortbildung und
angewandte Sozialethik
Waldmünchen

KKV Bundesverband der Katholiken in
Wirtschaft und Verwaltung e.V.
Essen

Kolping-Bildungswerk Paderborn gGmbH
Soest

Kolpingwerk Deutschland
Köln

Kommende Dortmund, Sozialinstitut
des Erzbistums Paderborn
Dortmund

Liborianum, Bildungs- und Gästehaus
des Erzbistums Paderborn
Paderborn

Ludwig-Windthorst-Haus e.V.
Lingen-Holthausen

Nell-Breuning-Haus
Bildungs- und Begegnungsstätte der
KAB und CAJ im Bistum Aachen e. V.
Herzogenrath

pax christi
Sekretariat der deutschen Sektion
Berlin

Soziales Seminar der Diözese
Osnabrück e.V., Marcel-Callo-Haus
Osnabrück

Soziales Seminar des Erzbistums
Paderborn
Dortmund

Thomas-Morus-Akademie
Bensberg
Bergisch Gladbach

Mit * markierte Einrichtungen befinden
sich in Anwartschaft.

AKSB im Überblick 2021

Vorstand der AKSB (Amtsperiode 2020-2023)

Vorsitzender



Gunter Geiger
Bonifatiushaus

Zweiter Vorsitzender



Benedikt Widmaier
Haus am Maiberg

Vorstandsmitglieder



Dr. Ruth Bendels
Akademie der Diözese Hildesheim
St. Jakobushaus



Rüdiger Paus-Burkard
Akademie Klausenhof



Martina Weishaupt
Akademie der Diözese Rottenburg-
Stuttgart

Beratende Mitglieder

Dr. Noreen van Elk
Kommissariat der katholischen Bischöfe
Deutschlands

Katrin Großmann
Zentralkomitee der Deutschen
Katholiken (ZdK), Bonn (seit Mai 2021)

Dr. Jakob Johannes Koch
Sekretariat der Deutschen Bischofs-
konferenz, Bonn
Dr. Karl Weber, Geschäftsführer der
AKSB, zugleich auch Besonderer Ver-
treter des Vereins nach § 30 BGB

Kassenprüfung

Michael Peters
Katholisch-Soziale Akademie
Franz Hitze Haus
Stefan Klaus
Caritas-Pirckheimer-Haus

Bundesweite Zusammenarbeit

Infrastrukturstellenkonferenz

Markus Schuck (Leitung)
Referent für politische Bildung, AKSB
Alexander Mack (FG I)
Veronika Schniederalters (FG I)
Wilfried Wienen (FG II, bis 31. März
2021)
Robert Kläsener (FG II)
Matthias Blöcher (FG II, seit 1. April
2021)
Ann-Kristin Beinlich (FG III)
Thorsten Gonska (FG III)
Ulrike Maqua
(Politische Bildung in der Praxis)
Lena Wacker (bis 30. Juni 2021)
(Politische Bildung in der Praxis)
Marie Schwinning (afj – Arbeitsstelle
für Jugendseelsorge)
Florian Sanden (Europabüro)
Benedikt Widmaier (Vorstand)
Dr. Karl Weber (Geschäftsführung)

Mitglieder der Fachgruppen (FG)

FG I Politik – Menschenrechte – Medien

Alexander Mack (Leitung)
Haus am Maiberg, Heppenheim
Veronika Schniederalters (Leitung)
Ludwig-Windthorst-Haus e.V.,
Lingen-Holthausen
Gunter Geiger (Vorstand)
Bonifatiushaus Fulda
Meike Müller
DeZentrale e. V.
Florian Eutebach
Bischöfliches Jugendamt
Detlef Herbers
Kommende Dortmund

Michaela Jacobs

Haus am Maiberg

Ulrike Maqua

Franziskanisches Bildungswerk

Martin Stankewitz-Sybertz

Bischöfliche Akademie des Bistums
Aachen

Sebastian Lanwer

Katholisch-Soziale Akademie

Franz Hitze Haus

Andreas Bär

Katholische Gefängnisseelsorge

Dr. Heike Wagner

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Dr. Theresa Beilschmidt (bis Februar
2021) Akademie St. Jakobushaus

Meike Unland

Akademie Klausenhof, Hamminkeln

Martin Stammler

Akademie Caritas-Pirckheimer, Nürnberg

Jonas Lietz

Katholische Akademie des Bistums

Dresden-Meißen

N.N.

HVHS G. Könzgen KAB/CAJ gem. GmbH
Haltern

FG II Arbeit – Bildung – Soziales

Wilfried Wienen (Leitung, bis 31. März

2021) Katholische Arbeitnehmer-
bewegung Deutschlands

Robert Kläsener (Leitung)

Kommende Dortmund

Matthias Blöcher (Leitung, seit 1. April

2021) Katholische Arbeitsnehmer-
bewegung Deutschlands

Rüdiger Paus-Burkard (Vorstand)

Akademie Klausenhof

Lena Wacker (bis 30. Juni 2021)

Eva Wissing

Jugendakademie Walberberg

Lena Rüger

Jugendbildungsstätte Waldmünchen

Titus Möllenbeck

Haus am Maiberg

Sandra Ohlow

Bildungsinstitut der arbeitenden Jugend,
Essen

Dr. Thomas König

Akademie der Diözese Rottenburg-
Stuttgart

Dr. Fabian Sandkühler

Soziales Seminar der Diözese Osnabrück

Kristina Hamm

Nell-Breuning-Haus

Mark Radtke

Katholische Akademie „Die Wolfsburg“
Mülheim

Cornelia Schmedes

Katholische Akademie Stapelfeld

Maria Mnich (bis 31. Juli 2021)

N.N.

Bonifatiushaus, Fulda

Stefan Falk
Arbeitnehmerseelsorge Freiburg, Offenburg

FG III Gesellschaft im Wandel:

Trends – Themen – Tools

Ann-Kristin Beinlich (Leitung)

St. Jakobushaus

Thorsten Gonska (Leitung)

Akademie Klausenhof

Dr. Ruth Bendels (Vorstand)

St. Jakobushaus

Melanie Gehenzig

Haus Wasserburg

Georg Salditt

Internationales Begegnungszentrum

St. Marienthal

Aadel Anuth

Haus Ohrbeck

Wolfgang Hansen

Kolping-Bildungswerk Paderborn

Benedikt Heuer

Jugendbildungsstätte Haus

Maria Frieden

Hanne Kleinemas

Haus am Maiberg

Michael Engbers / Kai Sommer

Jugendbildungsstätte Marstall

Clemenswerth

Karsten Pieper

Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen

Elisa Köhr

Akademie Junges Land e. V., Bad Honnef

Damian Lazarek

DIE HEGGE

Anne Krumpp

kifas gGmbH

Dr. Maria-Luise Schneider

Katholische Akademie in Berlin e. V.

Marie Schwinning

afj – Arbeitsstelle für Jugendseelsorge

Elena Rother

Initiative Christen für Europa e. V.

Dr. Christina Herrmann

Nell-Breuning-Haus, Herzogenrath

Angelika Bergmann Zamorano

Katholisch-Soziales Institut

Hannah Naundorf

Haus Wasserburg, Vallendar

Politische Bildung in der Praxis

Ulrike Maqua

Franziskanisches Bildungswerk e. V.,

Großkrotzenburg

Lena Wacker (bis 30. Juni 2021)

Jugendakademie Walberberg, Bornheim

Strategiegruppe

Dr. Ruth Bendels

Rüdiger Paus-Burkard

Dr. Karl Weber

Dr. Christiane Bongartz

Bischöfliche Akademie Aachen

Reinhard Griep

Jugendakademie Walberberg

Norbert Jansen

Könzgenhaus

Christian Thien

Jugendbildungsstätte Marstall

Clemenswerth

Claudia Krupp

AKSB

Alexander Mack

Ulrike Maqua

Mitgliedschaften, Kooperationen, Netzwerke

Bundesausschuss Politische Bildung (bap)

Dr. Karl Weber (Beisitzender im Vorstand, bis September 2021)

Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap (GEMINI)

Dr. Karl Weber (Sprecher)

Redaktion „Journal Politische Bildung“

Benedikt Widmaier

Deutscher Bundesjugendring (DBJR)

Florian Sanden (AG „Europa“)

European Association for the Education of Adults (EAEA)

Florian Sanden

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (IJAB)

Benedikt Widmaier

(Mitgliederversammlung)

Forum Hochschule und Kirche (FHoK)

Dr. Karl Weber (Mitgliederversammlung)

Leiterkreis der Katholischen Akademien

Dr. Ruth Bendels

Gunter Geiger

Katholische Erwachsenenbildung Deutschland (KEB), Bonn

Rüdiger Paus-Burkard (Mitglied im Vorstand, 2. stellvertretender Vorsitzender)

Markus Schuck (Medienkommission)

Rüdiger Paus-Burkard (Ständige Fachkommission Berufliche Bildung)

Dr. Karl Weber (Ständige Fachkommission Berufliche Bildung)

Netzwerk Politische Bildung in der Bundeswehr

Gunter Geiger, Dr. Karl Weber

Nationaler Beirat für die EU-Programme „Erasmus+ Jugend in Aktion“ und „Europäisches Solidaritätskorps“

Florian Sanden (bis September 2021)

Trägerkreis Katholische Träger der Jugendhilfe

Dr. Karl Weber

zebis - Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften, Hamburg

Gunter Geiger (Beirat)

Fördergeber

Politische Jugend- und Erwachsenenbildung (national und international)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

- Kinder- und Jugendplan des Bundes

(KJP)

- Demokratie leben

Bundeszentrale für politische Bildung

(bpb)

Internationale Jugendarbeit

Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)

Deutsch-Französisches Jugendwerk

(DFJW)

Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch

(DRJA)

ConAct Koordinierungszentrum

Deutsch-Israelischer Jugendaustausch

Deutsch-Griechischer Jugendaustausch

TANDEM – Deutsch-Tschechischer

Jugendaustausch

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit

Engagement Global – Service für Entwicklungsinitiativen, Bonn

Mitarbeit in den Gremien der Fördergeber

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Dr. Karl Weber (Handlungsfeldübergreifende Arbeitsgruppe (HüAG), Handlungsfeldspezifische Arbeitsgruppe (HsAG)

(über GEMINI), Unterarbeitsgruppe

Politische Bildung (UAG))

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Dr. Karl Weber (Runder Tisch)

Deutsch-Tschechischer Jugendrat

Alois Nock, Waldmünchen

(über GEMINI, bis September 2021)

Termine der AKSB



2022

14.-15.02.22	Fachgruppenkonferenzen	HPH, Ludwigshafen
14.-15.03.22	Infrastrukturstellenkonferenz	CPH, Nürnberg
11.-12.05.22	mepodi „Aus Erfahrung gut?! Politische und Medien-Bildungsarbeit nach Corona“	Bonifatiushaus, Fulda
08.-10.06.22	Verwaltungsfachtagung	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
22.06.22	Kooperationskonferenz (KoKo) „Politische Erwachsenenbildung“, Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“ und „entwicklungspolitische Bildungsarbeit“ in der AKSB	Uniclub, Bonn
22.-23.06.22	Infrastrukturstellenkonferenz	Uniclub, Bonn
06.09.22	Fachkonferenz „Politische Bildung - Zusammenarbeit mit Bundeswehr, katholischer Militär- und Polizeiseelsorge	Bonifatiushaus Fulda
13.09.22	Fachtagung „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“	Haus am Dom, Frankfurt
05.10.22	Tagung „Qualität und Wirkung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“	AKSB-Geschäftsstelle, Bonn, oder Online
November 22	DPJW-Fachtagung	noch offen
21.-22.11.22	Jahrestagung der AKSB: „70 Jahre AKSB“ inkl. Fachgruppenkonferenzen	JugendKulturZentrum PUMPE, Berlin
22.-23.11.22	Mitgliederversammlung der AKSB: „70 Jahre AKSB“	JugendKulturZentrum PUMPE, Berlin
12.12.22	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt

2023

06.-07.02.23	Fachgruppenkonferenzen	noch offen
06.-03.23	Infrastrukturstellenkonferenz	noch offen
12.06.23	Kooperationskonferenz (KoKo) „Politische Erwachsenenbildung“, Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“ und „entwicklungspolitische Bildungsarbeit“ in der AKSB	Bonn
12.-13.06.23	Infrastrukturstellenkonferenz	Bonn
19.-21.06.23	Verwaltungsfachtagung	Bonifatiushaus Fulda
04.09.23	Fachkonferenz „Politische Bildung - Zusammenarbeit mit Bundeswehr, kath. Militär- und Polizeiseelsorge	Bonifatiushaus Fulda
13.09.23	Fachtagung „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“	Haus am Dom, Frankfurt
18.-19.09.23	Fachgruppenkonferenzen	noch offen
17.10.23	Tagung „Qualität und Wirkung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“	noch offen
November 23	DPJW-Fachtagung	noch offen
27.-28.11.23	Jahrestagung der AKSB	LWH, Lingen
28.-29.11.23	Mitgliederversammlung der AKSB	LWH, Lingen
04.12.23	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt

Aktuelle Termine unter aksb.de/veranstaltungen